

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Herbst 2017



Editorial von Ferdinand Fichtner, Guido Baldi, Karl Brenke, Marius Clemens, Christian Dreger, Hella Engerer, Marcel Fratzscher, Stefan Gebauer, Simon Junker, Claus Michelsen, Malte Rieth und Thore Schlaak

Deutsche Wirtschaft macht weiter Tempo,
Überhitzung droht aber nicht

703

Bericht von Ferdinand Fichtner, Guido Baldi, Christian Dreger, Hella Engerer, Stefan Gebauer und Malte Rieth

Weltwirtschaft und Euroraum: Aufschwung auf breitem Fundament 706

Bericht von Ferdinand Fichtner, Karl Brenke, Marius Clemens, Simon Junker, Claus Michelsen und Thore Schlaak

Deutsche Wirtschaft bleibt gut ausgelastet

715

Interview mit Ferdinand Fichtner

»Inflation wird die Zwei-Prozent-Marke auch
in den nächsten Jahren nicht knacken«

737

Hauptaggregate der Sektoren 2017–2018

738

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen
Gesamtrechnungen für Deutschland

741

Bericht von Lilo Wagner

Hochschulen: Weniger aussagekräftige Prüfungsnoten
können Vorteile haben

743

Am aktuellen Rand Kommentar von C. Katharina Spieß

Kindertagesbetreuung: Mehr finanzielles Engagement
des Bundes gefragt

752



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
84. Jahrgang
2017

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Johanna Möllerstrom, Ph.D.
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Redaktion

Renate Bogdanovic
Dr. Franziska Bremus
Claudia Cohnen-Beck
Prof. Dr. Christian Dreger
Sebastian Kollmann
Markus Reiniger
Mathilde Richter
Dr. Alexander Zerrahn

Lektorat

Karl Brenke
Dr. Frauke Peter

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304
ISSN 1860-8787 (Online)

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.



Der DIW Wochenbericht wirft einen unabhängigen Blick auf die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und der Welt. Er richtet sich an die Medien sowie an Führungskräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Wenn Sie sich für ein Abonnement interessieren, können Sie zwischen den folgenden Optionen wählen:

Standard-Abo: 179,90 Euro im Jahr (inkl. MwSt. und Versand).

Studenten-Abo: 49,90 Euro.

Probe-Abo: 14,90 Euro für sechs Hefte.

Bestellungen richten Sie bitte an leserservice@diw.de oder den DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg; Tel. (01806) 14 00 50 25, 20 Cent/Anruf aus dem dt. Festnetz, 60 Cent maximal/Anruf aus dem Mobilnetz. Abbestellungen von Abonnements spätestens sechs Wochen vor Laufzeitende

NEWSLETTER DES DIW BERLIN



Der DIW Newsletter liefert Ihnen wöchentlich auf Ihre Interessen zugeschnittene Informationen zu Forschungsergebnissen, Publikationen, Nachrichten und Veranstaltungen des Instituts. Wählen Sie bei der Anmeldung die Themen und Formate aus, die Sie interessieren. Ihre Auswahl können Sie jederzeit ändern, oder den Newsletter abbestellen. Nutzen Sie hierfür bitte den entsprechenden Link am Ende des Newsletters.

>> Hier Newsletter des DIW Berlin abonnieren: www.diw.de/newsletter

RÜCKBLIQUE: IM WOCHENBERICHT VOR 40 JAHREN

Öffentliche Haushalte 1977/78 – durchgreifender Kurswechsel in der Finanzpolitik erforderlich

Bund, Länder und Gemeinden hatten sich für 1977 zwei – allerdings widersprüchliche – finanzpolitische Ziele gesetzt: eine konjunkturstützende Ausgabengestaltung bei gleichzeitiger Fortführung der Ende 1975 begonnenen Konsolidierung der öffentlichen Haushalte. Der bisherige Haushaltsvollzug zeigt indes eine einseitige Ausrichtung auf das Konsolidierungsziel. In noch stärkerem Maße als 1976 gingen im ersten Halbjahr 1977 von den Staatsausgaben restriktive Einflüsse auf die Konjunktur aus.

Angesichts der besorgniserregend hohen Arbeitslosigkeit und des enttäuschten Konjunkturverlaufs ist ein finanzpolitischer Kurswechsel nicht mehr zu umgehen. Diese Erkenntnis hat sich nun auch bei den wirtschaftspolitischen Instanzen durchgesetzt. Über Art und Umfang des einzusetzenden Instrumentariums für eine expansive Haushaltspolitik gegeben: Ähnlich wie 1976 werden in diesem Jahr die Einnahmen der Gebietskörperschaften mit 11 vH doppelt so schnell steigen wie die Ausgaben, sodass am Jahresende das Finanzierungsdefizit mit 33 Milliarden DM um die Hälfte unter der Rekordmarke von 1975 liegen wird.

aus dem Wochenbericht Nr. 36 vom 7. September 1977

Deutsche Wirtschaft macht weiter Tempo, Überhitzung droht aber nicht

Von Ferdinand Fichtner, Guido Baldi, Karl Brenke, Marius Clemens, Christian Dreger, Hella Engerer, Marcel Fratzscher, Stefan Gebauer, Simon Junker, Claus Michelsen, Malte Rieth und Thore Schlaak

Die deutsche Wirtschaft folgt weiter ihrem klaren Aufwärtkurs. Anhaltend gute weltwirtschaftliche Rahmenbedingungen und eine robuste binnenwirtschaftliche Entwicklung sorgen dafür, dass das Bruttoinlandsprodukt weiter deutlich wächst: Nach einem unerwartet kräftigen ersten Halbjahr 2017 erwartet das DIW Berlin für das laufende und das kommende Jahr jeweils einen Anstieg der hiesigen Wirtschaftsleistung um 1,9 Prozent. Im Juni waren noch 1,5 Prozent für 2017 und 1,7 Prozent für 2018 erwartet worden. Im Jahr 2019 dürfte die deutsche Wirtschaft dann etwas an Schwung verlieren und um 1,6 Prozent zulegen.

Die Produktionskapazitäten bleiben damit gut ausgelastet. Bereits in den vergangenen fünf Jahren war die gesamtwirtschaftliche Produktionslücke nahezu geschlossen, die tatsächliche Produktion entsprach also in etwa dem Produktionspotential. Im Zuge der anhaltend guten Konjunktur dürfte die Wirtschaft im Prognosezeitraum im oberen Bereich der Normalauslastung produzieren.

Eine Überhitzung der deutschen Wirtschaft ist für den Prognosezeitraum aber nicht zu erwarten. Abgesehen von energiepreisbedingten Schwankungen steigt die Inflationsrate nur allmählich an und dürfte auch bis 2019 nicht dauerhaft über die Marke von zwei Prozent klettern. Die Preisstabilität wird durch die kräftige wirtschaftliche Entwicklung also nicht gefährdet. Von einer Überhitzung, also einer Überauslastung der Konjunktur in Verbindung mit kräftig steigenden Preisen, kann vor diesem Hintergrund keine Rede sein.

Vor allem am Arbeitsmarkt zeichnen sich dennoch Engpässe ab: Die Beschäftigung steigt kräftig, um rund 640 000 Personen in diesem und um rund 370 000 Personen im kommenden Jahr; im Jahr 2019 steigt sie nochmals um 250 000 Personen. Deshalb sinkt zum einen die Arbeitslosigkeit weiter. Die Quote dürfte mit 5,6 Prozent im Jahr 2019 aber nur wenig unter ihren aktuellen Wert sinken; die anders abgegrenzte, für internationale Vergleiche geeignete Erwerbslosenquote dürfte dann bei 3,6 Prozent liegen. Vor allem aber speist sich die zunehmende Erwerbstätigkeit nämlich aus der Zuwanderung; die inländische Bevölkerung geht zurück. Dass die Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren weiter steigt, reicht alleine nicht aus, um die steigende Nachfrage nach Arbeitskräften zu decken.

In diesem Umfeld dürften die Löhne im Prognosezeitraum etwas an Tempo gewinnen. Gemessen an der sehr guten Lage am Arbeitsmarkt bleiben die Lohnanstiege aber verhalten. Das liegt auch daran, dass manche Gewerkschaften neben Tariflohnhebungen andere Prioritäten im Sinn haben – etwa Regelungen zum Vorruhestand oder zur Arbeitszeitflexibilität. Da die Inflationsraten deutlich höher sein dürften als in den vergangenen Jahren – hier machen sich allerdings nahezu ausschließlich die gestiegenen Energiepreise bemerkbar –, werden die Kaufkraftzuwächse der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer wohl vergleichsweise niedrig ausfallen; die Reallöhne steigen im Prognosezeitraum, gemessen an der Dynamik in den vergangenen Jahren, nur wenig. Die Unternehmen werden dagegen aller Voraussicht nach weiterhin ordentliche

Gewinne einfahren – unter dem Strich geht die Lohnquote im Prognosezeitraum zurück.

Nur in einzelnen Wirtschaftsbereichen wie der Bauwirtschaft wird die hohe Auslastung zu kräftig steigenden Preisen führen – auch, weil die Baufirmen aufgrund weitgehend fehlender ausländischer Konkurrenz größere Spielräume haben als in anderen Branchen, die Preise nach oben zu schrauben. Dies dürfte der kräftigen Entwicklung der Bauinvestitionen allerdings keinen Abbruch tun, denn das Finanzierungsumfeld für Immobilien bleibt aufgrund der niedrigen Zinsen günstig.

Dabei ist davon auszugehen, dass die Europäische Zentralbank in den kommenden Quartalen einen etwas weniger expansiven geldpolitischen Kurs einschlägt und so die Zinsen allmählich steigen werden. Die Konjunktur im Euro-Raum zeigte sich zuletzt ausgesprochen kräftig und steht auf einem breiten Fundament: In allen Mitgliedsländern der Währungsunion war die wirtschaftliche Entwicklung trendmäßig zuletzt aufwärtsgerichtet und selbst Sorgenkinder wie Italien oder Portugal folgen einem stetigen Aufwärtstrend.

Obwohl angesichts der in vielen Mitgliedsländern weiterhin sehr hohen Arbeitslosigkeit kaum zu erwarten ist, dass die Löhne kräftig steigen und die Inflationsrate schnell nach oben treiben, wird in diesem Umfeld wohl auch die Teuerung in der Währungsunion allmählich zunehmen. Daher wäre die Europäische Zentralbank gut beraten, die Märkte jetzt auf eine Normalisierung der Geldpolitik vorzubereiten. Eingeleitet werden sollte diese mit einer Rückführung der Anleihekaufprogramme ab der Jahreswende 2017/18; unterstellt wird in dieser Prognose zudem eine erste Zinserhöhung Anfang 2019. Auch andere Zentralbanken dürften im Prognosezeitraum die Zügel etwas anziehen. Dies wird die derzeit kräftige weltwirtschaftliche Dynamik wohl etwas dämpfen.

Daher verlieren auch die deutschen Exporte, die zuletzt deutlich gestiegen sind, im Prognosezeitraum etwas an Schwung. Kurzfristig dürfte sich auch die spürbare Aufwer-

tung des Euro in der ersten Jahreshälfte 2017 bemerkbar machen, die die deutschen Produkte auf den außereuropäischen Absatzmärkten verteuert. An dem auch im Prognosezeitraum exzessiv hohen Leistungsbilanzüberschuss ändert dies indes nur wenig; er dürfte in der Größenordnung von acht Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt bleiben und damit weiterhin deutlich über dem im Rahmen des Makroökonomischen Ungleichgewichtsverfahrens der Europäischen Union festgelegten Schwellenwert von sechs Prozent.

Die mit dem hohen Leistungsbilanzüberschuss verbundenen Kapitalabflüsse spiegeln wider, dass es für deutsche Unternehmen weiterhin attraktiver ist, im Ausland zu investieren als in Deutschland. Dies zeigt sich auch daran, dass die hiesigen Unternehmen gemessen an der guten konjunkturellen Lage weiterhin nur zurückhaltend in neue Maschinen und Ausrüstungen investieren. Das geht indes auch darauf zurück, dass der Aufschwung in besonderem Maße von Wirtschaftsbereichen getragen wird, in denen wenig kapitalintensiv produziert wird. Kurzfristig trägt die Investitionsschwäche dazu bei, dass die Konjunktur nicht, wie in früheren Aufschwüngen, noch zusätzlich Fahrt aufnimmt und in eine Überhitzung läuft. Mittelfristig wird so das Wachstum des Kapitalstocks beeinträchtigt – und damit das Produktionspotential der deutschen Wirtschaft.

Angesichts der absehbar ungünstigen demografischen Entwicklung, die das Potentialwachstum zusätzlich dämpfen wird, ist die Politik gefordert, die Rahmenbedingungen für Investitionen in Deutschland attraktiver zu gestalten. Dies kann durch gezielte öffentliche Ausgaben mit investivem Charakter – etwa in Bildung oder Infrastruktur – geschehen; in begrenztem Umfang bestehen hierfür fiskalische Spielräume. Für die derzeit im Bundestagswahlkampf geforderten kräftigen Steuersenkungen reichen die Spielräume indes nicht aus, denn ein großer Teil der Überschüsse in den öffentlichen Haushalten geht auf die gute konjunkturelle Lage zurück, ist somit nicht dauerhaft und sollte deshalb auch nicht dauerhaft verplant werden. Zu hoffen ist, dass die Politik nach der Bundestagswahl die richtigen Prioritäten setzt.

Wie treffsicher die vorliegende Prognose ist, hängt deshalb nicht zuletzt vom Ausgang der Bundestagswahl ab. So dürfte der finanzpolitische Kurs – etwa hinsichtlich der Prioritätensetzung zwischen kurz- und langfristig wirksamen Maßnahmen – wesentlich durch die künftigen Mehrheitsverhältnisse im Bundestag geprägt sein; im Ergebnis hängt auch die konjunkturelle Entwicklung vom Wahlausgang ab. In dieser Prognose wird vom finanzpolitischen Status Quo ausgegangen, berücksichtigt werden also nur diejenigen finanzpolitischen Maßnahmen, die sich bereits im Gesetzgebungsprozess befinden. Vor diesem Hintergrund ist die hier vorgelegte Prognose mit entsprechendem Vorbehalt zu lesen.

Unwägbarkeiten für die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland gehen darüber hinaus vor allem vom außenwirtschaftlichen Umfeld aus. Der wirtschaftspolitische Kurs in den USA ist derzeit kaum abzuschätzen, vor allem weil die Regierung in den vergangenen Monaten an den

Durchsetzungsfähigkeit verloren zu haben scheint und zentrale Vorhaben der US-Regierung zuletzt ins Stocken geraten sind. In welchem Maße die angekündigten wirtschaftspolitischen Maßnahmen wie Steuersenkungen und Investitionsprogramme, aber auch die Aufkündigung von Handelsabkommen, in die Realität umgesetzt werden, ist unklar. Für diese Prognose wird unterstellt, dass in den kommenden Jahren keine nennenswerten Impulse von solchen Maßnahmen auf die Konjunktur ausgehen. Risiken für die deutsche Konjunktur erwachsen schließlich auch weiterhin aus der wirtschaftlichen Lage im Euroraum. Zwar ging es zuletzt deutlich aufwärts; allerdings sind die Banken in manchen Ländern, vor allem in Italien, weiterhin durch ausfallgefährdete Kredite belastet. Ein schneller Anstieg der Zinsen im Zuge der Reduzierung des Expansionsgrads der Geldpolitik könnte diese Banken an ihre Belastungsgrenze bringen und dazu führen, dass die Finanzkrise im Euroraum wieder aufflammt – mit entsprechenden Folgen für die Konjunktur.

Weltwirtschaft und Euroraum: Aufschwung auf breitem Fundament

Von Ferdinand Fichtner, Guido Baldi, Christian Dreger, Hella Engerer, Stefan Gebauer und Malte Rieth

Die weltweite Wirtschaftsleistung zieht in diesem und den beiden kommenden Jahren etwas kräftiger an als bisher erwartet: Das Wachstum dürfte bei jährlich knapp vier Prozent liegen. In den entwickelten Volkswirtschaften wird vor allem der Konsum durch die sich weiter verbessernde Lage am Arbeitsmarkt angetrieben, aber auch die Investitionstätigkeit der Unternehmen gewinnt an Dynamik. Im weiteren Verlauf werden langsam steigende Inflationsraten und eine etwas straffere Geldpolitik den privaten Verbrauch allmählich dämpfen. Die Schwellenländer können indes ihr jüngst etwas kräftigeres Wachstum halten: In China bleiben die Produktionszuwächse hoch, und in Brasilien und Russland bringen die sich stabilisierenden Rohstoffpreise und rückläufige Inflationsraten die Wirtschaft in Schwung. Risiken für die Weltwirtschaft bestehen insbesondere durch Unsicherheiten über die Wirtschaftspolitik der US-Regierung, aber auch durch den geopolitischen Konflikt um Nordkorea.

Die Weltwirtschaft hat zuletzt weiter an Fahrt gewonnen. Sowohl in den entwickelten Volkswirtschaften als auch in den Schwellenländern erhöhte sich das Expansions-tempo im zweiten Quartal 2017 gegenüber dem Jahresauftakt. Vor allem in Japan und im Euroraum wuchs die Produktion kräftig. Auch in den USA nahm das Tempo zu. In der Gruppe der Schwellenländer kehrte insbesondere die chinesische Wirtschaft zu höheren Wachstumsraten zurück, nachdem das erste Quartal dort recht schwach ausgefallen war. Zudem mehrten sich die Anzeichen dafür, dass die Wirtschaft in Russland und Brasilien nach langer Phase der Schwäche in Schwung kommt.

Damit steht der globale Aufschwung auf einem breiten Fundament; dies dürfte auch im Prognosezeitraum so bleiben (Abbildung 1). Aufgrund der sich stetig verbessernden Lage auf dem Arbeitsmarkt und zunächst geringem Preisauftrieb dürfte in den entwickelten Volkswirtschaften vor allem der private Konsum das Wachstum treiben. Vor diesem Hintergrund werden die Investitionen der Unternehmen wohl ausgeweitet werden. Allerdings dürfte der Beschäftigungsaufbau – vor allem in den USA aber auch im Euroraum – zu allmählich steigenden Löhnen und Inflationsraten führen; zu höheren Inflationsraten trägt auch bei, dass sich der Preisrückgang bei Rohstoffen nicht weiter fortsetzt. Die stärkere Teuerung dämpft die Kaufkraft der privaten Haushalte und wird wohl eine allmählich weniger expansive Geldpolitik nach sich ziehen, die die Investitionstätigkeit etwas bremst. Im späteren Prognosezeitraum schwenkt die Weltwirtschaft daher auf einen etwas flacheren Kurs ein, obwohl die Konjunktur in den Schwellenländern, primär in Russland und Brasilien, von den nicht mehr sinkenden Rohstoffpreisen profitiert. Die mittel- und osteuropäischen Länder dürften zudem weiterhin kräftige, konsumgetriebene Wachstumsraten aufweisen. In den kommenden Jahren macht sich die graduelle Verlangsamung des Expansionstempos in China bemerkbar.

Die Weltwirtschaft dürfte im Prognosezeitraum jährlich um knapp vier Prozent wachsen. Die Prognose wurde

damit im Vergleich zu den Sommergrundlinien vom Juni 2017 leicht angehoben (Tabelle).

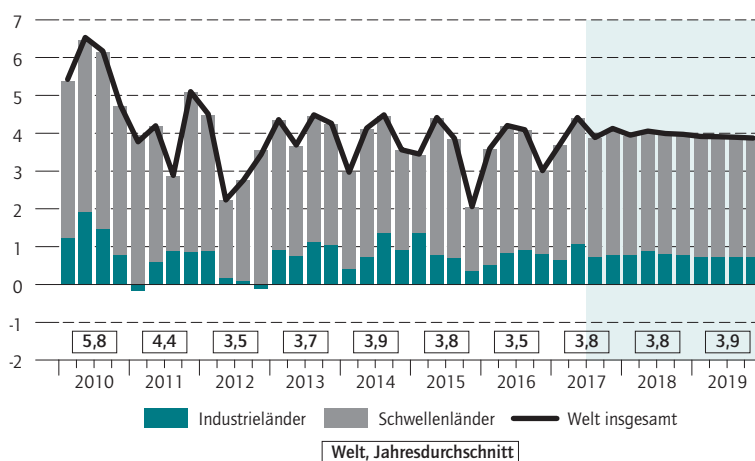
Die Geldpolitik wird wohl etwas weniger expansiv ausgerichtet sein. In den USA wird die Zentralbank mit der Verkleinerung ihrer Bilanz beginnen und ihren Pfad moderater Zinsanhebungen beibehalten. Im Euroraum dürfte das Ankaufprogramm der Europäischen Zentralbank durch eine graduelle Reduktion der Ankäufe im Lauf der ersten Jahreshälfte 2018 beendet werden. Eine erste Anhebung der Leitzinsen um zehn Basispunkte wird für das zweite Quartal 2019 angenommen. Demgegenüber zeichnet sich für die japanische Zentralbank derzeit kein Handlungsdruck ab, ihre starke Akkommodierung zu reduzieren. Die Finanzpolitik dürfte global etwas weniger restriktiv ausgerichtet sein (Abbildung 2).

Es besteht aber eine Reihe von Risiken für die Weltwirtschaft. Insbesondere in den USA sind die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen derzeit durch hohe Unsicherheit gekennzeichnet. Hinzu kommen geopolitische Risiken um Nordkorea. Ein unerwarteter Anstieg der Unsicherheit könnte die globale Investitionstätigkeit belasten. Im Euroraum hat sich die politische Unsicher-

Abbildung 1

Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts

Annualisiert, in Prozent, Prozentpunkten



Quellen: Nationale statistische Ämter; DIW Herbstgrundlinien 2017.

© DIW Berlin 2017

Der globale Aufschwung setzt sich fort.

Tabelle

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Weltwirtschaft

In Prozent

	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote in Prozent			
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent											
	2016	2017	2018	2019	2016	2017	2018	2019	2016	2017	2018	2019
Euroraum	1,7	2,1	1,9	1,6	0,4	1,3	1,4	1,6	10,0	9,1	8,8	8,7
ohne Deutschland	1,7	2,0	1,9	1,5	0,3	1,1	1,4	1,6	12,7	11,6	11,2	11,1
Frankreich	1,1	1,7	1,8	1,5	0,2	1,1	1,4	1,5	10,1	9,6	9,4	9,3
Italien	1,0	1,3	1,2	1,0	0,0	1,3	1,2	1,2	11,7	11,4	11,3	11,3
Spanien	3,2	3,1	2,5	2,1	-0,2	2,8	2,3	2,3	19,7	17,2	16,0	15,7
Niederlande	2,1	3,3	2,6	1,9	0,1	1,5	1,2	1,3	6,0	4,9	4,8	4,7
Vereinigtes Königreich	1,8	1,4	1,4	1,7	0,7	2,7	2,6	2,3	5,0	4,8	4,9	5,0
USA	1,5	2,1	2,4	2,3	1,3	1,8	1,6	2,1	4,9	4,4	4,2	4,1
Japan	1,0	1,9	1,3	1,4	-0,1	0,3	0,5	1,1	3,1	3,1	3,1	3,0
Südkorea	2,8	2,7	2,6	2,5	1,0	2,2	2,5	2,7	3,7	3,4	3,0	3,0
Mittel- und Osteuropa	3,0	4,2	3,3	3,4	-0,2	2,0	2,3	2,4	5,7	4,7	4,3	4,1
Türkei	3,0	4,2	3,3	3,5	7,8	10,9	7,7	7,7	10,9	11,1	11,4	11,5
Russland	-0,2	0,9	1,5	1,7	7,1	4,2	4,1	4,0	5,5	5,2	5,1	4,8
China	6,9	6,6	6,5	6,2	1,6	1,7	2,5	3,3	4,1	4,1	4,0	3,9
Indien	7,5	5,8	7,1	7,0	3,3	5,5	6,1	6,1				
Brasilien	-3,6	0,6	1,2	1,7	8,7	4,1	5,5	6,0	11,3	12,8	10,6	8,4
Mexiko	2,0	2,6	2,3	2,2	2,8	5,7	3,2	3,2	3,9	4,5	4,4	4,3
Entwickelte Volkswirtschaften	1,6	2,0	2,1	1,9	0,8	1,6	1,5	1,9	5,9	5,4	5,2	5,1
Schwellenländer	4,9	5,1	5,4	5,3	3,3	3,5	3,9	4,4	5,4	5,5	5,3	5,0
Welt	3,5	3,8	4,0	3,9	2,2	2,7	2,9	3,4	5,6	5,4	5,2	5,1

Quellen: Nationale statistische Ämter; DIW Herbstgrundlinien 2017.

© DIW Berlin 2017

heit zwar etwas gelegt. Vor allem in Italien sorgt aber die weiterhin fragile Situation im Bankensektor für Probleme. Die Brexit-Verhandlungen sowie die politischen Spannungen innerhalb der Europäischen Union dürften immer wieder für Verunsicherung sorgen und auf dem Außenhandel sowie dem Investitionsgeschehen lasten (Kasten).

US-Wirtschaft legt deutlich zu

In den Vereinigten Staaten hat das Bruttoinlandsprodukt im zweiten Quartal des laufenden Jahres um annualisiert 3,0 Prozent zugenommen. Sowohl der private Konsum als auch die Unternehmensinvestitionen haben sich merklich erhöht. Im Prognosezeitraum wird die US-Wirtschaft deutlich zulegen, selbst wenn die Wachstumsraten ein wenig geringer ausfallen werden als zuletzt. Im laufenden dritten Quartal dürften die durch den Hurrikan Harvey angerichteten Schäden das gesamtwirtschaftliche Wachstum etwas verringern. Die private Nachfrage geht in den betroffenen Bundesstaaten kurzfristig zurück. Außerdem ist es zu einem vorübergehenden Produktionsausfall in mehreren Raffinerien gekommen, der zu höheren Treibstoffpreisen geführt hat. Im vierten Quartal dürfte sich dann die private Nachfrage in den betroffenen Gebieten im Zuge von Nachholeffekten und der Beseitigung der Schäden wieder beleben.

Die kontinuierliche Verbesserung der Lage am Arbeitsmarkt kurbelt den privaten Konsum an. In den vergangenen drei Monaten wurden durchschnittlich 185 000 neue Stellen geschaffen; die verfügbaren Einkommen werden im Zuge dieser Entwicklung etwas kräftiger zunehmen als in den vergangenen Jahren und den privaten Konsum sowie den Wohnungsbau weiterhin stützen. Da die Kapazitätsauslastung steigt, werden die Unternehmen ihre Investitionen im Prognosezeitraum laufend ausweiten.

Angesichts der moderaten, aber stetigen Verbesserung der wirtschaftlichen Lage dürfte die US-Notenbank ihre Leitzinsen weiter schrittweise anheben. Angesichts niedriger Inflationsraten werden die Erhöhungen aber nur langsam erfolgen. Zudem ist im laufenden Jahr mit dem Beginn einer allmählichen Reduzierung der Anleihebestände der Notenbank zu rechnen. Wichtige wirtschaftspolitische Vorhaben der Regierung sind zuletzt ins Stocken geraten; offenbar ist ihre Durchsetzungsfähigkeit eingeschränkt. Vor diesem Hintergrund sind, abgesehen von geringfügigen Steuersenkungen, für den Prognosezeitraum keine konjunkturrelevanten wirtschaftspolitischen Maßnahmen unterstellt. Alles in allem dürfte die Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2017 bei 2,1 Prozent liegen. In den Jahren 2018 und 2019 wird die US-Wirtschaft wohl um 2,4 und 2,3 Prozent zulegen.

Die Lage in Japan bleibt durchwachsen

Japans Wirtschaft ist im zweiten Quartal um 1,0 Prozent gewachsen, nach 0,4 Prozent im Vorquartal. Die konjunkturelle Beschleunigung fußt auf einer regeren Binnennachfrage. Im Zuge steigender Lohnabschlüsse haben die privaten Haushalte ihre Ausgaben erhöht. Davon haben insbesondere die Hersteller von langlebigen Gütern wie Autos und Haushaltsgeräten profitiert. Zudem nimmt die Investitionsbereitschaft der Unternehmen zu. Die Exporte trugen im zweiten Quartal nicht mehr zum Wachstum bei, nachdem sie im ersten Quartal besonders stark zugelegt hatten. Die Inflation liegt mit 0,4 Prozent weit unter der angestrebten Marke der Notenbank von etwa zwei Prozent.

Mit der aktuellen Entwicklung ist der langanhaltende Trend schwachen Wirtschaftswachstums in Japan nicht nachhaltig durchbrochen. Zwar deuten die entsprechenden Indikatoren darauf hin, dass sich die Erwartungen von Haushalten und Unternehmen am aktuellen Rand aufgehellt haben. Gleichwohl ist die derzeitige Beschleunigung der Konjunktur vor allem auf Nachholeffekte zurückzuführen. Darüber hinaus geht ein Drittel des Wachstums auf höhere Staatsausgaben zurück. Daher wird das höhere Wachstum längerfristig kaum aufrechterhalten werden können. Vielmehr ist mit einer stärkeren Konsolidierung der hoch verschuldeten öffentlichen Haushalte zu rechnen, die das konjunkturelle Geschehen belasten dürfte. Alles in allem dürfte das Wachstum in diesem Jahr bei 1,9 Prozent liegen, in den kommenden Jahren dürfte es etwas weniger sein.

Chinesische Konjunktur läuft

Die Produktion in China ist im zweiten Quartal um 1,7 Prozent gestiegen. Dabei hat sich vor allem der private Verbrauch als Wachstumsstütze erwiesen. Dagegen legten die Anlageinvestitionen wegen der bestehenden Überkapazitäten und schwächeren Aktivitäten im Wohnungsbau unterproportional zu. Der außenwirtschaftliche Impuls war negativ: Im Quartalsvergleich sind die Exporte gesunken, während die Importe leicht angezogen haben. Durch die wirtschaftliche Transformation, die mit stärker steigenden Löhnen einhergeht, schmelzen die Kostenvorteile chinesischer Unternehmen auf internationalen Märkten ab.

Im weiteren Verlauf wird die Expansion nur leicht an Tempo verlieren. Frühindikatoren wie die Einkaufsmanagerindizes der Industrie und der Dienstleister deuten auf eine etwas langsamere Ausweitung der Aktivität in den kommenden Monaten hin. Die Produktion in der Industrie ist zuletzt weniger stark gestiegen. Auch die Steigerungsraten im internationalen Handel, vor allem mit den USA, dürften bei einer höheren Unsicherheit infolge protektionistischer Bestrebungen etwas geringer

ausfallen. Insgesamt wird die Produktion in diesem Jahr wohl um 6,6 Prozent steigen. Im kommenden Jahr wird die Expansion voraussichtlich mit 6,5 Prozent genau der Zielmarke der Regierung entsprechen und sich dann etwas abschwächen.

Privater Konsum stützt Wachstum im Euroraum

Im Euroraum setzt sich die wirtschaftliche Erholung fort. Das Bruttoinlandsprodukt wuchs im zweiten Quartal um 0,6 Prozent und somit etwas kräftiger als noch zu Jahresbeginn. Die wirtschaftliche Entwicklung wurde erneut von einer starken Binnennachfrage getragen. Hierfür dürfte die insgesamt verbesserte Lage am Arbeitsmarkt verantwortlich gewesen sein sowie die sich aufhellende Stimmung in den Unternehmen, die sich in zunehmenden Investitionen niedergeschlagen haben dürfte.

Der private Verbrauch wird wohl auch in den kommenden Quartalen das Wachstum im Euroraum stützen. Das Konsumentenvertrauen ist in den wichtigsten Volkswirtschaften weiter hoch und legte im gesamten Euroraum erneut zu (Abbildung 3). Die Verbraucherpreise stiegen in den vergangenen Monaten im Vergleich zum Jahresauftakt weniger stark, dies dürfte die verfügbaren Einkommen stützen.

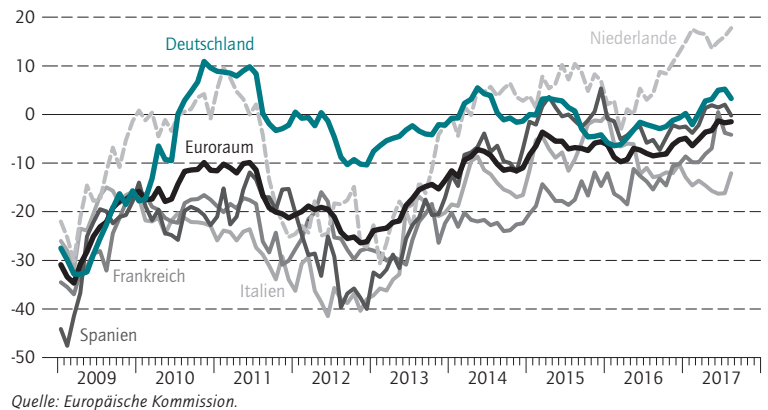
Vom Außenhandel werden vorerst wohl positive Impulse ausgehen, jedoch dürfte sich der im zweiten Quartal gestiegene Außenwert des Euro zunehmend dämpfend auf die Exporte auswirken. Zudem ist im weiteren Verlauf von einer leichten Abschwächung der zuletzt anziehenden Investitionstätigkeit auszugehen. Neben weiterhin bestehenden Risiken – wie ungelöste Probleme im italienischen Bankensektor oder die anhaltend hohe private und öffentliche Verschuldung in einigen Mitgliedsländern – wird wohl die für das kommende Jahr erwartete allmähliche Straffung der Geldpolitik dämpfend wirken. Zunächst dürften die Investitionen jedoch weiterhin stützen: Hierauf deuten neben einigen Stimmungsindikatoren auch der kräftige Anstieg der Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe sowie die Industrieproduktion hin.

Die kräftige Konjunktur im Euroraum hat zuletzt zu einer Aufwertung der Gemeinschaftswährung geführt, zumal sich im Zuge dessen auch die Erwartungen einer allmählichen Straffung der Geldpolitik verfestigt haben. Angenommen wird, dass die EZB ab Beginn des kommenden Jahres die Anleihekäufe in Höhe von derzeit 60 Milliarden Euro im Monat schrittweise um je zehn Milliarden Euro pro Monat reduzieren wird. Darüber hinaus wird unterstellt, dass die EZB den Leitzins im zweiten Quartal 2019 um zehn Basispunkte erhöht. Allerdings hängt der genaue Verlauf der geldpolitischen

Abbildung 3

Konsumentenzuversicht in Europa

Index, Abweichung vom langfristigen Durchschnitt



© DIW Berlin 2017

Die Konsumentenstimmung befindet sich auf weiterhin hohem Niveau, der private Verbrauch dürfte auch in den kommenden Monaten das Wachstum stützen.

Straffung maßgeblich von der weiteren Preisentwicklung ab.

Im Vergleich zum vergangenen Jahr zog die Teuerung zwar merklich an, liegt aber weiterhin deutlich unterhalb der seitens der EZB angestrebten Rate von unter, aber nahe zwei Prozent. Zwar ist in den kommenden Monaten bei sich wenig ändernden Rohstoffpreisen sowie aufgrund der kräftigen Aufwertung des Euro mit niedrigeren Inflationsraten als zu Beginn des Jahres zu rechnen. Im weiteren Verlauf dürften aber angesichts der kräftigen Beschäftigungsentwicklung die Löhne etwas anziehen und sich der Preisdruck allmählich erhöhen.

Im laufenden Jahr dürfte das Bruttoinlandsprodukt im Euroraum mit einem Plus von 2,1 Prozent das Vorjahresergebnis übertreffen, im kommenden Jahr wird die Wirtschaft dann wohl um 1,9 Prozent und 2019 um 1,6 Prozent wachsen.

Geringeres Wachstum im Vereinigten Königreich

Im Vereinigten Königreich setzte sich die Abschwächung des Expansionstempos fort. Die britische Wirtschaft wuchs im zweiten Quartal um lediglich 0,3 Prozent. Der Wachstumsbeitrag des privaten Verbrauchs war, bedingt durch einen deutlichen Anstieg der Verbraucherpreise zu Jahresbeginn, erneut gering. Zudem stagnierten die Investitionen der Unternehmen. Hier dürfte

Kasten

Brexit-Verhandlungen und die Effekte wirtschaftspolitischer Unsicherheit

Weiterhin unklare Austrittsmodalitäten

Auch mehr als ein Jahr nach dem Referendum vom 23. Juni 2016 über den Verbleib des Vereinigten Königreichs in der Europäischen Union sind die Austrittsmodalitäten weitgehend unklar. So führte auch die dritte Verhandlungsrunde Ende August nicht zu konkreten Ergebnissen. Zwar wurde mit der schriftlichen Mitteilung an den Europäischen Rat seitens der britischen Regierung am 29. März 2017 der Austrittsprozess gemäß Artikel 50 des Vertrags über die Europäische Union begonnen; dennoch ist weiterhin offen, in welchem Verhältnis Großbritannien und die Europäische Union nach Ablauf der zweijährigen Verhandlungsfrist im März 2019 zueinander stehen werden.

Ein im Januar 2017 veröffentlichter Zehn-Punkte-Plan hatte noch auf die Durchsetzung eines harten Brexits abgezielt, also auf ein Ausscheiden des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union unter Aufgabe der Mitgliedschaft im Europäischen Binnenmarkt einschließlich dem Ende der Personenfreizügigkeit sowie auf eine Einstellung weiterer Budgetzahlungen an Brüssel ab März 2019. Nach dem Ergebnis der vorgezogenen Parlamentswahlen vom 8. Juni 2017 ist ein solcher harter Brexit deutlich unwahrscheinlicher geworden.

Derzeit zeichnet sich ab, dass nunmehr eine Lösung angestrebt wird, nach der dem formalen Austritt im März 2019 eine Übergangsphase folgen soll. Dies könnte mit Hilfe von Anschlussverträgen, die bis zum offiziellen Austritt 2019 zu verhandeln wären, geschehen.

Die wesentlichen in den weiteren Verhandlungen zu klärenden Fragen umfassen vor allem die Personenfreizügigkeit zwischen beiden Wirtschaftsräumen, den Grad des Zugangs britischer Unternehmen zum europäischen Binnenmarkt, die Grenzmodalitäten zwischen dem künftigen Nicht-EU-Staat Nordirland und der weiterhin in der EU verbleibenden Republik Irland sowie die weiteren finanziellen Verpflichtungen Großbritanniens gegenüber der Europäischen Union und die Anerkennung des Europäischen Gerichtshofs. In all diesen Punkten würde ein weicher Brexit Zugeständnisse vor allem seitens Großbritanniens voraussetzen. Eine weiterhin fehlende einheitliche Position der britischen Regierung erschwert die konkreten Verhandlungen momentan jedoch merklich. So besteht weiterhin ein hohes Maß an Unsicherheit über den konkreten Verlauf des EU-Austritts und die anschließenden Beziehungen beider Wirtschaftsräume. Dies belastete die britische Wirtschaft zuletzt zunehmend und stellt auch in den kommenden Monaten eine Gefahr sowohl für die britische als auch für die europäische Konjunktur dar.

Modellrechnung legt negative Auswirkungen wirtschaftspolitischer Unsicherheit auf die Konjunktur nahe

In der Fachliteratur werden verschiedene Gründe erörtert, warum Unsicherheit die Wirtschaft beeinträchtigen kann.¹ Vor allem könnten Privathaushalte und Unternehmen ihre Konsum- beziehungsweise Investitionsentscheide aufschieben.² Für die hier vorgestellte Analyse wird ein strukturelles vektorautoregressives Modell für das Vereinigte Königreich und den Euroraum verwendet. Die Simulation bildet die in der Vergangenheit durchschnittlichen Effekte eines exogenen Anstiegs der Unsicherheit in beiden Wirtschaftsräumen ab. Sie ist keine Berechnung der tatsächlichen Effekte des Brexits oder der Brexit-Verhandlungen.

Das hier verwendete Maß für die (gleichgewichtete) wirtschaftspolitische Unsicherheit im Vereinigten Königreich und dem Euroraum basiert auf der Häufigkeit, mit der die Begriffe „Unsicher(heit)“ und „Wirtschaft(lich)“ zusammen mit weiteren politikrelevanten Wörtern in nationalen, überregionalen oder internationalen Zeitungen und Zeitschriften auftauchen.³ Die weiteren im Modell verwendeten Variablen sind die (logarithmierte) Industrieproduktion, die Arbeitslosenquote, die (logarithmierten) Konsumentenpreise, die Rendite auf Staatsanleihen mit einjähriger Laufzeit, die Investitionen und der nominale bilaterale Wechselkurs.

Das Modell wird mit der Methode von Bábura et al. (2010) bayesianisch geschätzt.⁴ Die Endogenität der Unsicherheit wird mit Hilfe einer Instrumentalvariablen adressiert (siehe Stock und Watson, 2012, sowie Mertens und Ravn, 2013), die auf Intratagesveränderungen des Goldpreises um ökonomisch relevante Ereignisse wie in Piffer und Podstawski (im Erscheinen) basiert.⁵ Es wird ein hypothetischer Unsicherheitsschock in die Modellökonomie gespeist, alle anderen exogenen Einflussfakto-

¹ Siehe Nicholas Bloom (2014): Fluctuations in uncertainty. *Journal of Economic Perspectives*, 28(2), 153–176 (online verfügbar, abgerufen am 1. September 2017). Dies gilt auch für alle anderen Online-Quellen dieses Berichts, sofern nicht anders vermerkt.

² Siehe Ben S. Bernanke (1983): Irreversibility, uncertainty, and cyclical investment. *Quarterly Journal of Economics*, 98(1), 85–106.

³ Siehe Scott R. Baker, Nicholas Bloom und Steven J. Davis (2016): Measuring economic policy uncertainty. *The Quarterly Journal of Economics* 131.4 (online verfügbar).

⁴ Marta Bábura, Domenico Giannone und Lucrezia Reichlin (2010): Large bayesian vector auto regressions. *Journal of Applied Econometrics* 25 (1), 71–92 (online verfügbar).

⁵ James H. Stock und Mark W. Watson (2012): Disentangling the channels of the 2007–09 recession. *Brookings Papers on Economic Activity* 81 (online verfügbar); Karel Mertens und Morten O. Ravn (2013): The dynamic effects of personal and corporate income tax changes in the United States. *The American Economic Review* 103.4, 1212–1247 (online verfügbar); Michele Piffer und Maximilian Podstawski, Identifying uncertainty shocks using the price of gold. *Economic Journal* (im Erscheinen).

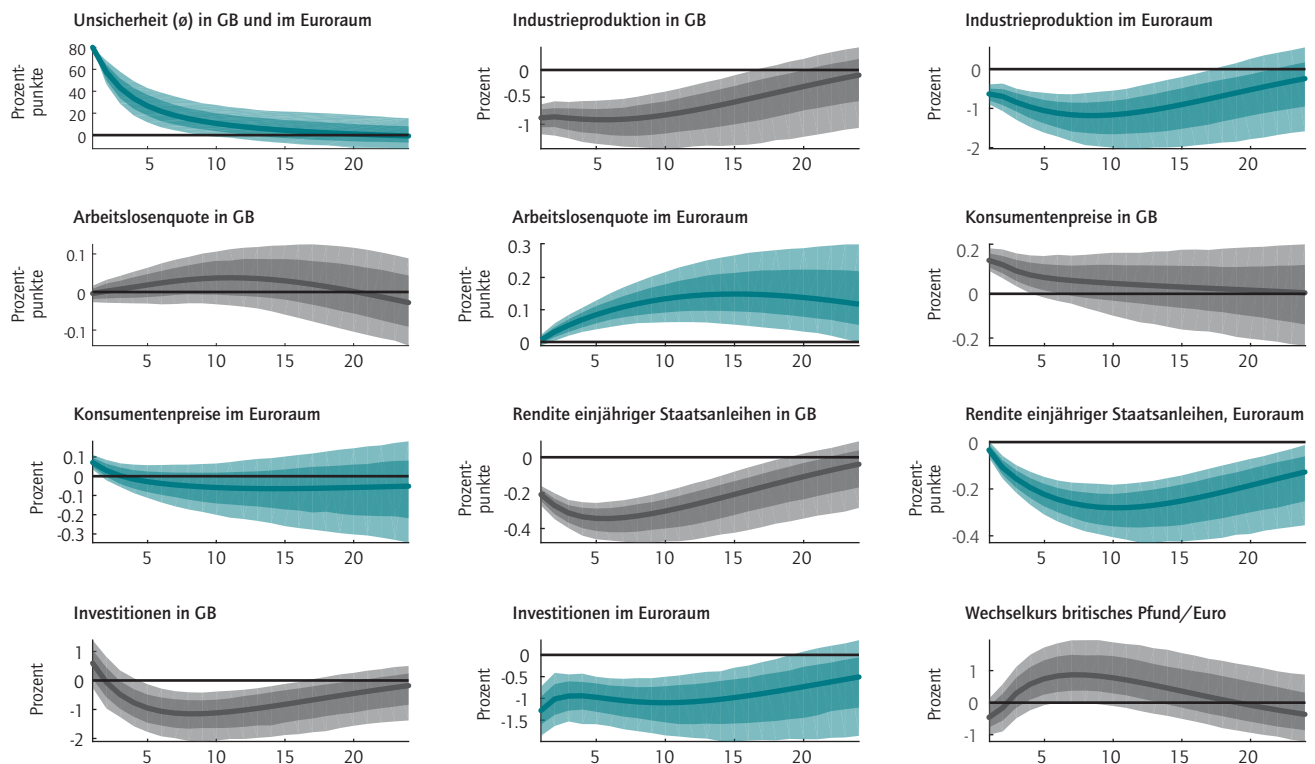
ren des Modells werden konstant gehalten. Der Schock wird auf eine Standardabweichung (von 80 Indexpunkten) gesetzt. Die Ergebnisse werden mittels Impulsantwortfunktionen dargestellt. Diese zeigen die Reaktion der Modellvariablen auf den Unsicherheitsschock. Zur Bewertung, ob die Reaktion statistisch von null unterscheidbar ist, werden Konfidenzbänder verwendet.

Die Simulation zeigt, dass die Unsicherheit nach dem exogenen Anstieg nur allmählich zurückgeht (Abbildung). Mehr Unsicherheit führt in beiden Regionen zu einem unmittelbaren Einbruch der Industrieproduktion, die sich erst nach etwa zwei Jahren erholt. Die Arbeitslosigkeit steigt tendenziell. Allerdings ist der Anstieg im Vereinigten Königreich nicht signifikant, während er im Euroraum gut einen Zehntelprozentpunkt beträgt. Die Konsumentenpreise steigen in beiden Währungsräumen. Hingegen fallen die kurzfristigen Zinsen; dies ist im Einklang mit der schwächeren Produktion und reflektiert eine geldpolitische Lockerung. Auch die Unternehmensinvestitionen geben nach. Schließlich wertet das Pfund gegenüber dem Euro nominal ab.

Insgesamt zeigen die Schätzungen, dass sich höhere wirtschaftspolitische Unsicherheit signifikant negativ auf die ökonomische Aktivität im Vereinigten Königreich und im Euroraum auswirkt. Zudem zeichnen sich einige quantitative Unterschiede in den Reaktionen der Ökonomien ab. So scheint der Euroraum stärker von der exogenen Erhöhung der Unsicherheit (die hier allerdings – möglicherweise im Unterschied zur Brexit-Unsicherheit – im Euroraum und dem Vereinigten Königreich gleich stark steigt) betroffen zu sein: Die Industrieproduktion und die Investitionen fallen mehr und die Arbeitslosenquote steigt stärker. Sowohl die aktivere Rolle der englischen gegenüber der Europäischen Zentralbank bei der Akkommodierung des Schocks als auch die Abwertung des Pfund und damit die relative Veränderung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit dürften hierbei eine Rolle spielen. Hinzu kommt wohl eine höhere Sensibilität der Anlageinvestitionen auf Unsicherheit und dass diese Investitionskomponente im Euroraum eine wichtigere Rolle in den Gesamtinvestitionen spielt als im Vereinigten Königreich.

Abbildung

Die makroökonomischen Effekte politischer Unsicherheit im Vereinigten Königreich und dem Euroraum Impulsantworten auf einen Unsicherheitsschock



Anmerkung: Die Schattierungen geben die 68 Prozent (dunkel) und 90 Prozent (hell) credible sets an. Auf der X-Achse stehen Monate.

Quelle: Eigene Berechnungen.

sich die anhaltend hohe Unsicherheit mit Blick auf den weiteren Verlauf der Brexit-Verhandlungen zunehmend bemerkbar machen (Kasten).¹ Der Außenhandelsbeitrag war bei gleichzeitig steigenden Warenaus- und einfuhren neutral. Wachstumsstützend wirkten lediglich die öffentlichen Ausgaben und Investitionen.

Auch in den kommenden Monaten wird der private Konsum nur schwach zulegen, hierauf deutet ein merklicher Rückgang des Konsumentenvertrauens im Juli hin. Die real verfügbaren Einkommen werden wohl auch im weiteren Verlauf aufgrund steigender Verbraucherpreise – hervorgerufen durch die zuletzt kräftige Abwertung des britischen Pfund – und einer gleichzeitig anhaltend schwachen Dynamik bei den Nominallohnen weiter sinken. Die günstige Bewertung des Pfund dürfte die Nachfrage aus dem Ausland jedoch steigern, so dass in den kommenden Quartalen mit einem positiven Außenhandelsbeitrag zu rechnen ist. Im weiteren Verlauf ist im Zuge eines sich stabilisierenden Wechselkurses und folglich moderateren Inflationsraten wieder mit stärkeren Wachstumsbeiträgen des inländischen Konsums und der privaten Investitionen zu rechnen.

In diesem und im kommenden Jahr dürfte die britische Wirtschaft jeweils um 1,4 Prozent im Vergleich zum Vorjahr zulegen. Für 2019 ist dann mit einem Wachstum von 1,7 Prozent zu rechnen.

Aufschwung in Mittel- und Osteuropa setzt sich fort

In Mittel- und Osteuropa hält der Aufschwung an. Im zweiten Quartal war das Wachstum im Vergleich zum Vorquartal besonders kräftig in Tschechien mit 2,3 Prozent sowie erneut in Rumänien mit 1,6 Prozent. Haupttreiber ist der private Konsum. Die Lage am Arbeitsmarkt verbessert sich weiterhin; in einigen Ländern wirkten vorübergehend zusätzlich Steuererleichterungen oder Zuschüsse für private Haushalte stimulierend. Der Index zum Konsumentenvertrauen zeigt allerdings, dass die Verbraucherinnen und Verbraucher die Lage nicht mehr so optimistisch sehen wie im Auftaktquartal; dies ist insbesondere in Tschechien und Rumänien der Fall. Ein ähnliches Bild zeichnet der Einkaufsmanagerindex für Tschechien.

Im Umfeld niedriger Zinsen kommen die Investitionen in einigen Ländern allmählich in Gang. Die Zentralban-

ken behalten angesichts nicht weiter anziehender Inflationsraten ihren geldpolitischen Kurs derzeit bei. Der steigende Inlandsverbrauch ist mit einer Zunahme der Importe verbunden. Die Exporte dürften zwar angesichts der belebten Auslandsnachfrage ebenfalls steigen; dämpfend wirkt in einigen Ländern, darunter Tschechien, aber die Aufwertung ihrer Währung. Insgesamt wird in der Region aufgrund der bislang kräftigen konjunkturellen Entwicklung dieses Jahr ein Wachstum von 4,0 Prozent erreicht. Im weiteren Prognosezeitraum dürfte sich die Zunahme bei 3,4 Prozent stabilisieren.

Russische Wirtschaft erholt sich weiter

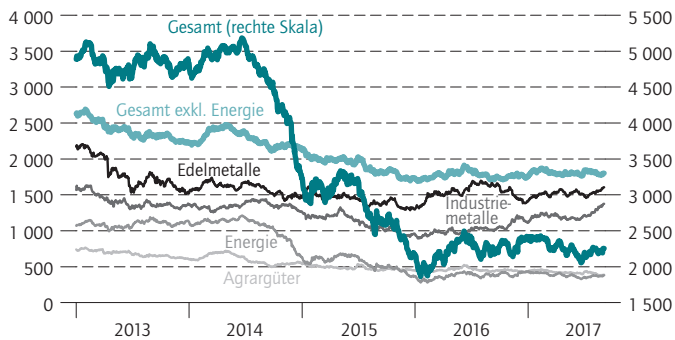
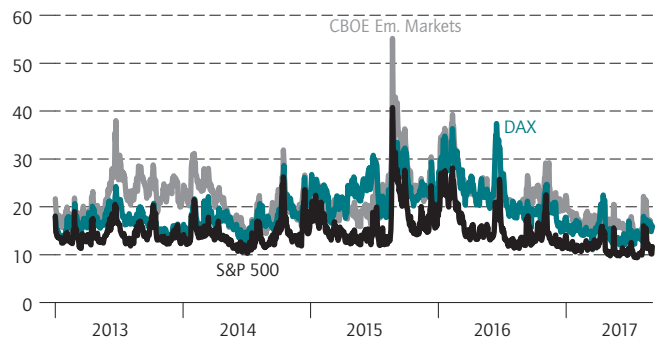
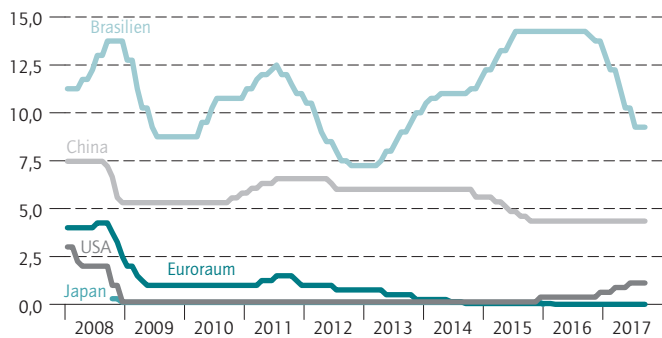
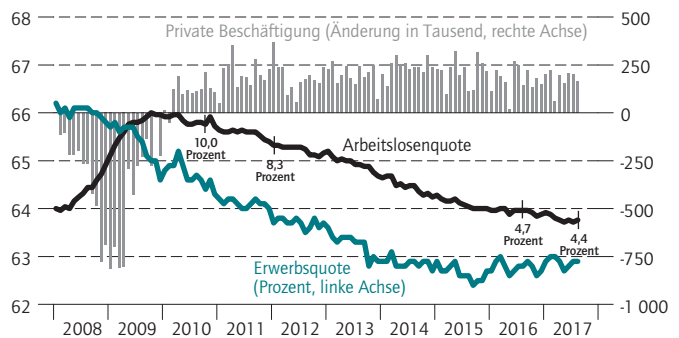
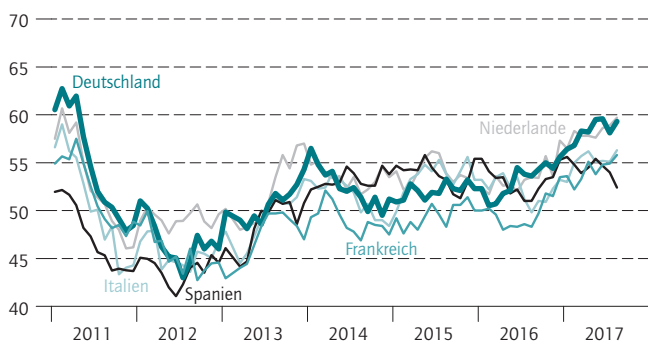
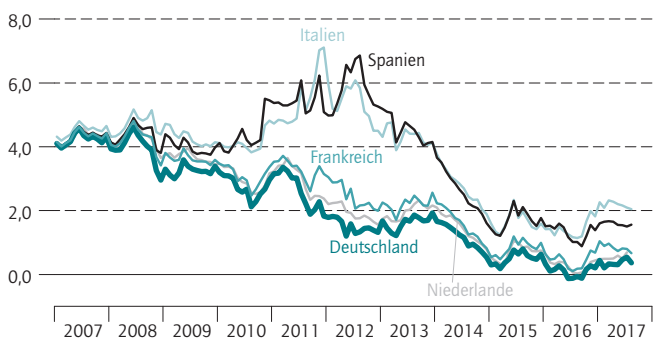
In Russland ist im ersten Halbjahr verglichen mit dem entsprechenden Vorjahreszeitraum das Bruttoinlandsprodukt um 1,5 Prozent gestiegen. Beim Inlandsverbrauch haben auch die Investitionen zugenommen. Stagnierende Einzelhandelsumsätze deuten darauf hin, dass der private Konsum im Inland wohl nicht deutlich gesteigert wurde. Allerdings ist das Konsumentenvertrauen weiter gestiegen, die Arbeitslosigkeit sinkt und die Teuerung nimmt ab, so dass im weiteren Verlauf die Konsumtätigkeit wieder zunehmen dürfte. Die Investitionen werden wohl weiter leicht steigen: Der Einkaufsmanagerindex für das verarbeitende Gewerbe lag auch im August über der Expansionsschwelle.

Im Außenhandel hatte sich der Rückgang des Ölpreises im zweiten Quartal wohl noch dämpfend ausgewirkt; eine Stabilisierung des Ölpreises wird zur weiteren Erholung der Wirtschaft beitragen. Die Europäische Union hat ihre Sanktionen gegenüber Russland zunächst bis Ende Januar 2018 verlängert. Die im August neu gefassten US-Sanktionen können unter anderem weitere Einschränkungen für den Energiesektor bedeuten; die Umsetzung und konkrete Auswirkungen sind noch unklar. In der Prognose werden sie nicht berücksichtigt.

Insgesamt ist für 2017 mit einem Wachstum von knapp einem Prozent zu rechnen; bis Ende des Prognosezeitraums könnte sich die Rate auf 1,7 Prozent erhöhen.

¹ Entgegen den Erwartungen konnte die konservative Regierungspartei bei den Wahlen am 8. Juni 2017 ihre Mehrheit im Parlament nicht ausweiten, sondern ist fortan auf eine Koalition mit der nordirischen Democratic Unionist Party (DUP) angewiesen. Dies hat die Unsicherheit etwa mit Blick auf eine Fortführung der Regierungsstrategie in Richtung eines „harten“ Austritts aus der Europäischen Union oder mit Blick auf die Möglichkeit erneuter vorgezogener Parlamentswahlen erhöht.

Abbildung 2

Indikatoren zum weltwirtschaftlichen Umfeld
1. S&P Goldman Sachs Commodity Index (Rohstoffe)
 Total return, US-Dollar

2. Implizite Volatilität
 Indexpreis

3. Leitzinsen
 In Prozent

4. USA: Arbeitsmarktsituation
 Monats-/Quartalsdaten, saisonbereinigt

5. Einkaufsmanagerindizes in Europa
 Punkte, verarbeitendes Gewerbe

6. Zehnjahresrenditen Staatsanleihen Europa
 In Prozent


Quellen: Bloomberg und Bureau of Labor Statistics.

Ferdinand Fichtner ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | ffichtner@diw.de

Guido Baldi ist Gastwissenschaftler in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | gbaldi@diw.de

Christian Dreger ist Forschungsdirektor International Economics am DIW Berlin | cdreger@diw.de

Hella Engerer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in den Abteilungen Konjunkturpolitik und Energie, Verkehr, Umwelt am DIW Berlin | hengerer@diw.de

Stefan Gebauer ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | sgebauer@diw.de

Malte Rieth ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Makroökonomie am DIW Berlin | mrieth@diw.de

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Business cycle forecast, economic outlook

This report is also available in an English version as DIW Economic Bulletin 36/2017:

www.diw.de/econbull



Deutsche Wirtschaft bleibt gut ausgelastet

Von Ferdinand Fichtner, Karl Brenke, Marius Clemens, Simon Junker, Claus Michelsen und Thore Schlaak

Die deutsche Wirtschaft bleibt auf Wachstumskurs. Aufgrund des unerwartet kräftigen ersten Halbjahres 2017 hebt das DIW Berlin seine Prognose für das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts auf 1,9 Prozent für dieses Jahr an. Die Produktion übersteigt in diesem Jahr und wohl auch in den kommenden beiden Jahren das Produktionspotential – eine Überhitzung droht gleichwohl nicht. So wird die wirtschaftliche Entwicklung etwas an Tempo verlieren, nicht zuletzt, weil die Auslandsnachfrage ab kommendem Jahr weniger stark wachsen dürfte. Auch die Konsumausgaben der privaten Haushalte und des Staates werden sich moderater entwickeln. Zudem halten sich die Unternehmen mit Investitionen in neue Maschinen und Anlagen weiterhin zurück. Die Inflation dürfte nur leicht steigen, auch angesichts verhaltener Lohnsteigerungen; hier schlägt sich nieder, dass das Erwerbspersonenpotential weiter wächst. Es bestehen zahlreiche konjunkturelle Risiken. So könnten die Exporte beeinträchtigt werden, falls der Außenwert des Euro höher liegt – etwa im Zuge einer weniger expansiven Geldpolitik als hier unterstellt. Zudem ist nicht auszuschließen, dass der Welt-handel durch zunehmenden Protektionismus gehemmt wird.

Die deutsche Wirtschaft wird weiter kräftig wachsen, wenngleich mit etwas geringerem Tempo als in den vergangenen Quartalen. Die Produktionskapazitäten bleiben ordentlich ausgelastet, aber nicht übermäßig. Von einer Überhitzung der deutschen Wirtschaft kann also keine Rede sein, denn auch die Löhne sowie die Inflation bleiben verhalten. Im Prognosezeitraum legt die Teuerung nur leicht zu, sodass die Preisstabilität nicht gefährdet wird.

Nachdem die Konsumausgaben der privaten Haushalte und des Staates in den vergangenen beiden Jahren wegen der Zuwanderung Geflüchteter und der Ölpreiserückgänge eine große Rolle für die konjunkturelle Entwicklung gespielt haben (Abbildung 1), verlieren diese Effekte nun an Bedeutung. Die nachlassende Konsumdynamik wird sich vor allem auf die Dienstleistungsbereiche – zum Teil aber auch auf die Konsumgüterindustrie – auswirken. Schon deswegen verliert die Wirtschaft etwas Tempo (Kasten 1).

Die exportorientierten Industrieunternehmen profitieren noch eine Weile von einer dynamischen Auslandsnachfrage. Die deutliche Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar dürfte jedoch in den kommenden Quartalen dämpfend wirken, zudem verlieren wichtige Absatzmärkte ab Mitte des kommenden Jahres etwas an Schwung – insbesondere der Euroraum, dessen Wirtschaft sich zuletzt günstig entwickelt hatte. Auch die Nachfrage aus den Schwellenländern war zuletzt kräftig, wird sich voraussichtlich aber ebenfalls abschwächen, vor allem aufgrund der strukturellen, graduellen Verlangsamung in China.¹

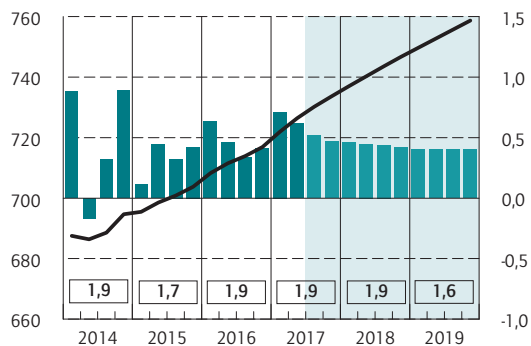
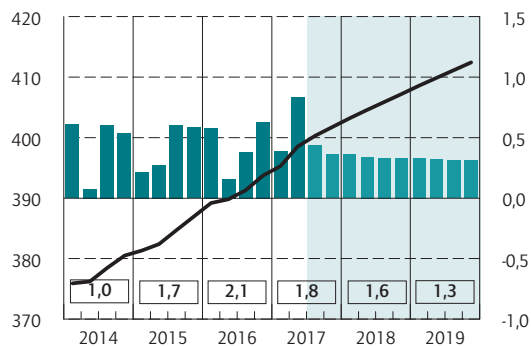
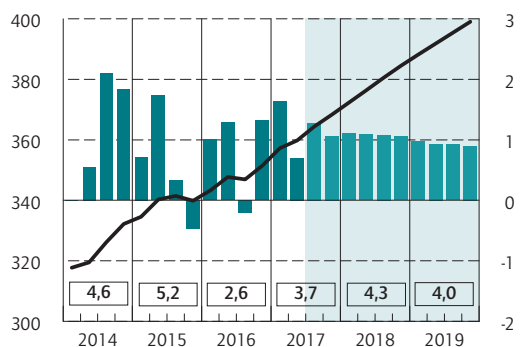
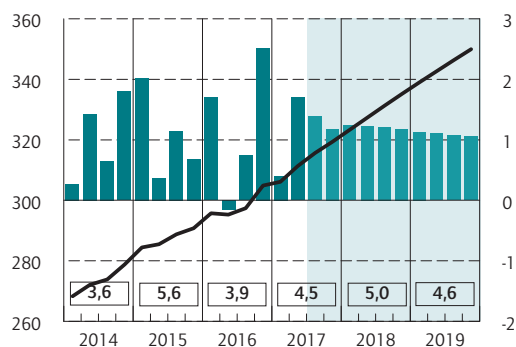
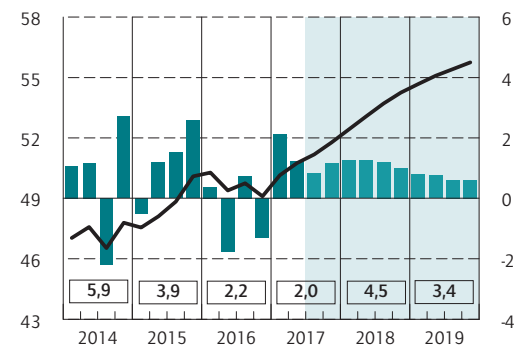
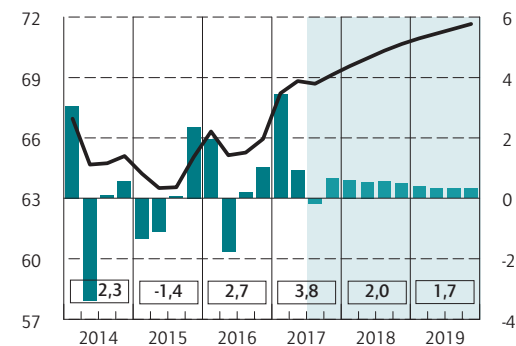
Somit wird sich nicht nur das binnenwirtschaftliche Tempo mindern, auch die Exporte entwickeln sich nach und nach etwas gemächlicher als zuletzt (Tabelle 1). Zwar

¹ Vgl. dazu in dieser Ausgabe des DIW Wochenberichts Ferdinand Fichtner et al. (2017a): Weltwirtschaft und Euroraum: Aufschwung auf breiterem Fundament. DIW Wochenbericht Nr. 36, 706–714.

Abbildung 1

Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

Bruttoinlandsprodukt**Konsumausgaben der privaten Haushalte****Exporte****Importe****Ausrüstungsinvestitionen****Bauinvestitionen**

— Verkettete Volumenangaben in Milliarden Euro (linke Skala)
 ■ Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent (rechte Skala)
 ■ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent (Ursprungswerte)

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW Herbstgrundlinien 2017, Prognose ab dem dritten Quartal 2017.

Tabelle 1

Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungskomponenten des realen Bruttoinlandsprodukts

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in Prozent; saison- und kalenderbereinigt

	2017				2018				2019			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Privater Verbrauch	0,4	0,8	0,4	0,4	0,4	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Öffentliche Konsumausgaben	0,2	0,6	0,7	0,2	0,5	0,6	0,4	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5
Bruttoanlageinvestitionen	2,7	1,0	0,3	0,8	0,8	0,8	0,8	0,7	0,5	0,5	0,5	0,5
Ausrüstungen	2,1	1,2	0,8	1,2	1,3	1,3	1,2	1,0	0,8	0,8	0,6	0,6
Bauten	3,4	0,9	-0,2	0,7	0,6	0,5	0,5	0,5	0,4	0,3	0,3	0,3
Sonstige Investitionen	2,0	0,9	0,7	0,8	0,8	0,9	0,8	0,7	0,6	0,6	0,6	0,6
Lagerveränderung ¹	-0,7	0,2	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Inländische Verwendung	0,1	1,0	0,5	0,5	0,5	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4
Außenbeitrag ¹	0,6	-0,3	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
Export	1,6	0,7	1,3	1,1	1,1	1,1	1,1	1,1	1,0	0,9	0,9	0,9
Import	0,4	1,7	1,4	1,2	1,2	1,2	1,2	1,2	1,1	1,1	1,1	1,1
Bruttoinlandsprodukt	0,7	0,6	0,5	0,5	0,5	0,5	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4	0,4

¹ Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW Herbstgrundlinien 2017, Prognose ab dem dritten Quartal 2017.

© DIW Berlin 2017

stellen die Unternehmen weiterhin zusätzliche Arbeitskräfte ein, der Beschäftigungsaufbau wird sich jedoch abschwächen. Die Lohneinkommen wachsen in der Summe deshalb langsamer, auch wenn für den späteren Verlauf des Prognosezeitraums etwas kräftigere Lohnsteigerungen zu erwarten sind: Im Zuge des demografischen Wandels verlangsamt sich der Anstieg der Erwerbsper-

sonen, auch weil aus den sich wirtschaftlich erholenden Ländern der Europäischen Union immer weniger Personen nach Deutschland kommen.

Unter dem Strich dürfte die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr um 1,9 Prozent wachsen (Tabelle 2). Im Vergleich zum Juni hebt das DIW Berlin seine Prognose damit deut-

Tabelle 2

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Reales Bruttoinlandsprodukt [1] (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	1,9	1,7	1,9	1,9	1,9	1,6
Erwerbstätige im Inland (1000 Personen)	42 672	43 069	43 638	44 276	44 643	44 896
Erwerbslose, ILO	2 092	1 949	1 775	1 618	1 619	1 589
Arbeitslose, BA	2 898	2 795	2 691	2 543	2 556	2 526
Erwerbslosenquote, ILO [2]	5,0	4,6	4,1	3,8	3,7	3,6
Arbeitslosenquote, BA [2]	6,7	6,4	6,1	5,7	5,7	5,6
Verbraucherpreise [3]	0,9	0,2	0,5	1,7	1,5	1,8
Lohnstückkosten [4]	1,4	1,8	1,6	1,8	1,4	1,9
Finanzierungssaldo des Staates [5]						
in Mrd. Euro	9,5	19,4	25,7	29,2	33,4	36,4
in Prozent des BIP	0,3	0,6	0,8	0,9	1,0	1,0
Leistungsbilanzsaldo in Prozent des BIP	7,4	8,5	8,3	8,1	7,9	7,8

¹ In Preisen des Vorjahres.² Bezogen auf die inländischen Erwerbspersonen insgesamt (ILO) bzw. zivilen Erwerbspersonen (BA).³ Verbraucherpreisindex.⁴ Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt. In Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigenstunde.⁵ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG).

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen; DIW Herbstgrundlinien 2017, Prognose ab 2017.

© DIW Berlin 2017

Kasten 1

Prognosemodelle

Um eine modellbasierte Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung am aktuellen Rand für jede Verwendungskomponente des Bruttoinlandsprodukts zu erstellen, sollte möglichst vielen relevanten Einflussfaktoren Rechnung getragen werden. Aus diesem Grund übersteigt in der Praxis die Zahl der vorliegenden Indikatorvariablen für die jeweilige Verwendungskomponente bei weitem die Anzahl der Variablen, die aus statistischen Gründen in traditionelle Eingleichungsmodelle aufgenommen werden können. Die Prognosen des DIW Berlin beruhen deshalb auf den Vorhersagen aus zwei Modellklassen, die durch die Möglichkeit zur Aufnahme einer hohen Anzahl erklärender Variablen charakterisiert sind. Einerseits kommen Faktormodelle zur Prognose der Verwendungskomponenten des Bruttoinlandsprodukts zur Anwendung. Andererseits werden die Verwendungskomponenten mit sogenannten Model-Averaging-Ansätzen prognostiziert.¹

Für das Bruttoinlandsprodukt zeichnet sich für das laufende Vierteljahr ein Quartalszuwachs von gut 0,6 Prozent ab. Diese Erwartung stützt sich unter anderem auf die bis zuletzt nahezu euphorische Stimmung unter Industrieunternehmen und – in Teilen – den Dienstleistern sowie auf die günstige Entwicklung der Auftragseingänge. In die Prognose fließt ein geringfügig geringerer Anstieg ein (Tabelle 1 im Haupttext), da die Verwendungsaggregate in der Summe einen etwas schwächeren Anstieg nahelegen.

Insbesondere der private Verbrauch fällt wohl nicht so kräftig aus wie im Vorquartal. So haben die Einzelhandelsumsätze – aber auch etwa das Verbrauchervertrauen – zuletzt nachgegeben. Zum Teil liegt der wohl etwas schwächere Zuwachs aber auch an der höheren Teuerung; vor allem die Preise für Nahrungsmittel sind im Sommer gestiegen.

Der Außenhandel dürfte, nachdem er, rein rechnerisch, im zweiten Quartal per saldo gebremst hat, im dritten Quartal wieder geringfügig zur Expansion des Bruttoinlandsprodukts beitragen. Das Wachstum der Ausfuhren dürfte sich bei weiter günstiger Konjunktur in der Europäischen Union deutlich beschleunigen.

Zwar verzeichnete die preisbereinigte Warenausfuhr in der Abgrenzung des Spezialhandels im Juni einen deutlichen Rücksetzer, was ein niedriges Ausgangsniveau zum Quartalsauftakt bedeutet. Demgegenüber sind die Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe aus dem Ausland (ohne Großaufträge), aber auch der ifo-Index zur Beurteilung des Auftragsbestands der Exportunternehmen sowie die ifo-Exporterwartungen in der Quartalsbetrachtung weiterhin deutlich aufwärtsgerichtet. Gleichmaßen stieg auch die Produktion von Investitionsgütern im verarbeitenden Gewerbe (ohne sonstigen Fahrzeugbau) im vergangenen Vierteljahr. Dies lässt ebenfalls auf eine Zunahme der Exporte schließen, da Investitionsgüter rund die Hälfte der Warenausfuhren ausmachen.

Auch die Einfuhren werden sich im Zuge der robusten Binnenkonjunktur wohl erneut kräftig entwickeln. Zwar können sie ihr Tempo aus dem Vorquartal nicht ganz halten, dürften aber erneut deutlicher zulegen als die Exporte. Entsprechend scheint auch hier der Rückgang der preisbereinigten Wareneinfuhr des Spezialhandels im Juni nur eine vorübergehende Eintrübung bei insgesamt positiven Aussichten zu sein.

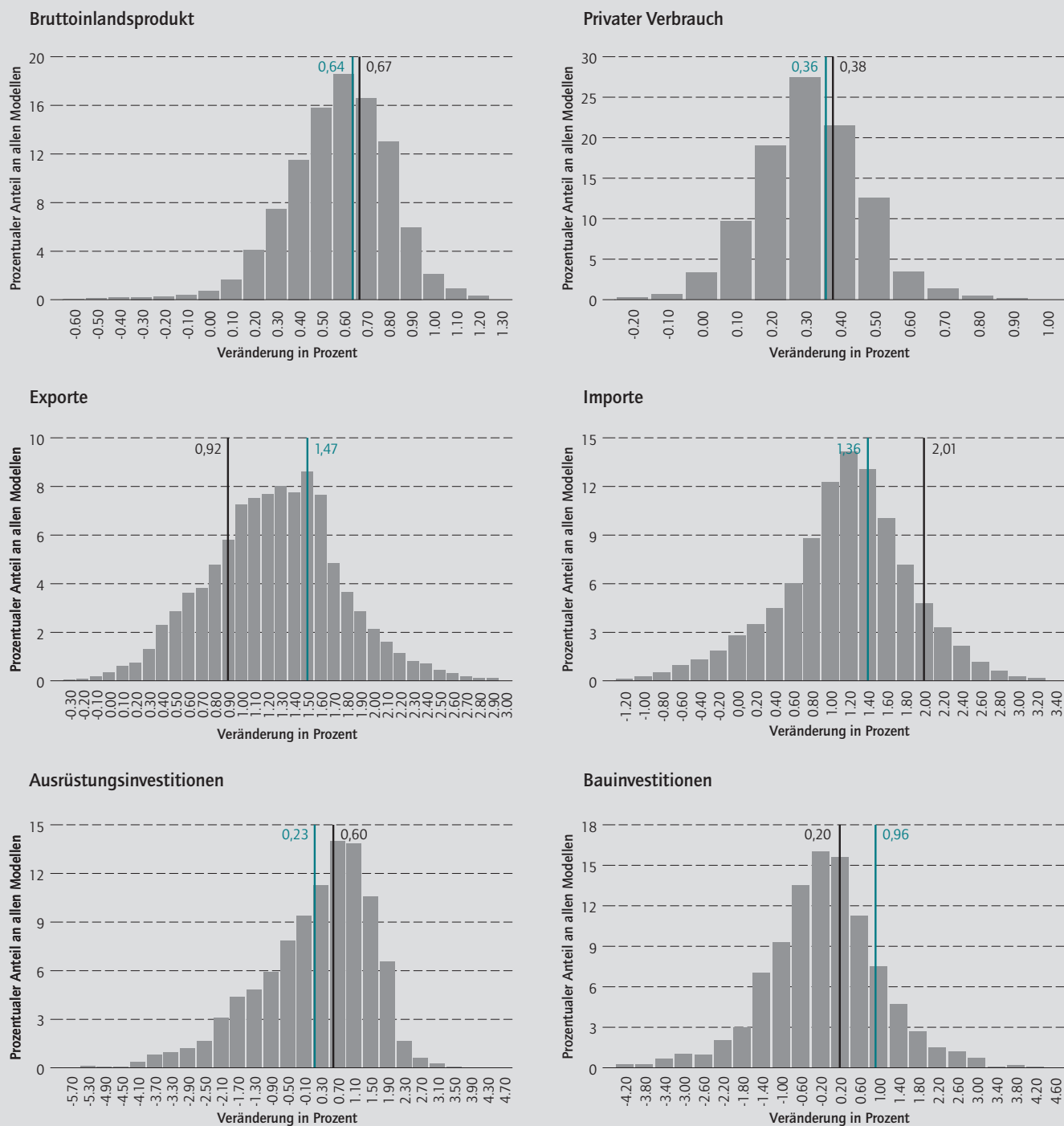
Von den Investitionen sind am aktuellen Rand geringere Impulse als zuletzt zu erwarten. Vor allem die Baukonjunktur dürfte sich nach dem starken Jahresauftakt im kommenden Quartal abkühlen. So ist die Produktion am aktuellen Rand in allen Baubereichen rückläufig, die Auftragseingänge haben sich nach einem Rücksetzer im Mai wieder etwas erholt. Gleichwohl sind die Auftragsbestände in allen Baubereichen hoch, sodass die Unternehmen weiterhin gut ausgelastet bleiben dürften. Die Geschäftserwartungen der Bauunternehmen haben sich nach deutlichen Abschlügen zu Jahresbeginn in den letzten Monaten auch wieder erholt.

Bei den Ausrüstungsinvestitionen sind die Auftragseingänge trotz der exzellenten Stimmung im verarbeitenden Gewerbe seit geraumer Zeit seitwärtsgerichtet, die Umsätze sind zuletzt aber wieder deutlich angesprungen. Alles in allem deuten die Flashschätzungen aber auf ein etwas schwächeres Quartal hin.

¹ Für eine Erläuterung vgl. Ferdinand Fichtner et al. (2017b), a. a. O., 475–485.

Abbildung

Histogramme der Model-Averaging-Ansätze und Punktschätzer aus beiden Modellklassen



Punktschätzer (mit Prognosegüte gewichteter Durchschnitt aller Modelle) des Model-Averaging Ansatzes

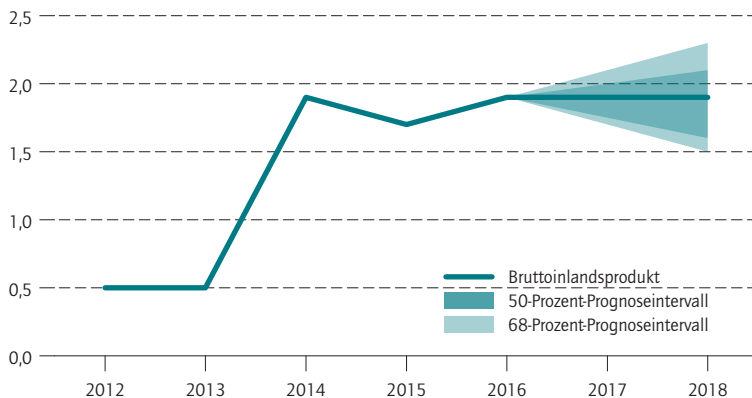
Punktschätzer des Faktormodells

Quelle: DIW Herbstgrundlinien 2017.

Abbildung 2

Prognoseunsicherheit für die Vorausschätzung des realen Bruttoinlandsprodukts

In Prozent



Anmerkung: Für das Jahr 2019 können noch keine entsprechenden Intervalle berechnet werden, da keine Prognosen in ausreichender Zahl für diesen Horizont vorliegen.

Quelle: DIW Herbstgrundlinien 2017.

© DIW Berlin 2017

lich, um vier Zehntel-Prozentpunkte, an.² In diesem Jahr fallen – im Vorjahresvergleich – drei Arbeitstage weniger an; ohne Berücksichtigung dieses Effekts würde die Wirtschaft sogar um 2,2 Prozent zulegen. Im Jahr 2018 dürfte das Bruttoinlandsprodukt um 1,9 Prozent wachsen und im darauffolgenden Jahr um 1,6 Prozent. Die Prognosen für das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts sind mit Unsicherheit behaftet. Ausgehend von den Prognosefehlern der vergangenen fünf Jahre ist davon auszugehen, dass das Wachstum in diesem Jahr mit einer Wahrscheinlichkeit von 68 Prozent zwischen 1,7 und 2,1 Prozent und im kommenden Jahr zwischen 1,5 und 2,3 Prozent liegt (Abbildung 2).³

Der Leistungsbilanzsaldo geht zwar im Prognosezeitraum geringfügig zurück, auf knapp unter acht Prozent im Jahr 2019, bleibt damit aber exzessiv hoch.

Die tatsächliche Produktion liegt derzeit geringfügig über dem Produktionspotential. Diese (positive) Produk-

tionslücke wird sich in diesem und im kommenden Jahr nochmals leicht weiten und im Jahr 2019 dann unverändert bleiben (Abbildung 3). Dass die Lücke sich nicht schließt, liegt auch daran, dass die demografische Entwicklung ab 2019 das potentielle Wirtschaftswachstum merklich senkt. Dass sie sich auf der anderen Seite aber auch nicht mehr nennenswert ausweiten wird, liegt nicht zuletzt daran, dass die Unternehmen weiterhin nur sehr verhalten in neue Maschinen und Anlagen investieren. In früheren Aufschwüngen hatten die Unternehmensinvestitionen viel kräftiger zugelegt, als dies derzeit zu erwarten ist – und damit eine Überauslastung überhaupt erst angeheizt.

Die schwachen Investitionen haben indes vielerlei Ursachen. So haben sich die Rahmenbedingungen für unternehmerische Tätigkeiten in Deutschland in den vergangenen Jahren anscheinend verschlechtert: Vom DIHK befragte Unternehmen beurteilen wesentliche Standortfaktoren deutlich schlechter als noch vor drei Jahren, allen voran das Breitbandnetz, die Verfügbarkeit von Gewerbeflächen und die Verkehrsinfrastruktur.⁴ Offenbar neigen die Unternehmen zudem derzeit dazu – auch mit Blick auf die Demografie und der damit verbundenen Entschleunigung des Wachstumspotentials – bei der Ausweitung des heimischen Kapitalstocks moderat zu disponieren. Hinzu kommt die zu erwartende Verlangsamung der Weltkonjunktur – auch aufgrund des aufkeimenden Protektionismus. Gerade die weltweit zahlreichen und anhaltenden politischen Unwägbarkeiten dürften die Unternehmen darin bestätigen, wie seit geraumer Zeit weiter auf Sicht zu fahren. Ferner wird im späteren Prognosezeitraum wohl auch die restriktivere Geldpolitik die Investitionen dämpfen.

Risiken für die Prognose erwachsen aus den vielzähligen geopolitischen Instabilitäten; diese könnten die Investitionen – nicht nur in Deutschland – empfindlicher treffen als in der Prognose unterstellt, was auch die stark auf Investitionsgüter fokussierten deutschen Exporte zusätzlich belasten würde. Zudem könnten die nach der Bundestagswahl anstehenden wirtschaftspolitischen Entscheidungen die Rahmenbedingungen ändern. Nach wie vor weisen einige Banken im Euroraum Risiken in ihren Bilanzen auf. Fallen die entsprechenden Kredite aus, würden die resultierenden Verwerfungen an den Finanzmärkten auf die Realwirtschaft ausstrahlen. Die Treffsicherheit der vorliegenden Prognose könnte auch beeinträchtigt werden, falls die Europäische Zentralbank den Ausstieg aus dem Anleihekaufprogramm über einen längeren Zeitraum streckt als hier unterstellt; dies könnte sich über einen entsprechenden Abwertungsimpuls des Euro etwa positiv auf die Exporte, über

² Vgl. Ferdinand Fichtner et al. (2017b): Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Sommer 2017. DIW Wochenbericht Nr. 24, 467–490 (online verfügbar, abgerufen am 4. September 2017. Dies gilt auch für alle anderen Online-Quellen dieses Berichts, sofern nicht anders vermerkt). Die Anpassung der Prognose geht auch auf eine Revision des Bruttoinlandsprodukts durch das Statistische Bundesamt zurück.

³ Für das Jahr 2019 können noch keine entsprechenden Intervalle berechnet werden, da keine Prognosen in ausreichender Zahl für diesen Horizont vorliegen.

⁴ Vgl. Deutscher Industrie- und Handelskammertag (2017): DIHK-Standortumfrage Industrie 2017 (online verfügbar).

eine höhere Teuerung aber negativ auf den privaten Verbrauch auswirken.

Preisstabilität durch anziehende Inflation nicht gefährdet

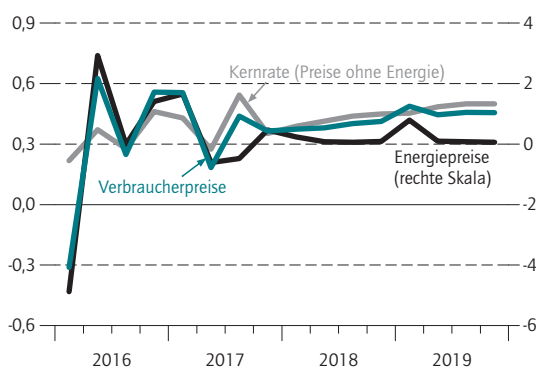
Die Inflation dürfte im Jahr 2017 mit 1,7 Prozent deutlich höher liegen als im vergangenen Jahr (Abbildung 4). Wesentlich hierfür ist allerdings, dass die Energiepreise damals im jahresdurchschnittlichen Vergleich nachgegeben und die Teuerung spürbar gedämpft hatten und dieser Effekt dieses Jahr wegfällt. Insbesondere im Winterhalbjahr 2016/17 haben die Energiepreise zugelegt und im Durchschnitt des Jahres 2017 schieben sie mit einem Anstieg von gut zwei Prozent die Teuerung an. Die Inflation ohne Berücksichtigung der Energiekomponenten, die Kernrate, wird dagegen nur um knapp anderthalb Prozent steigen.

Zu dieser moderaten Grundteuerung wird die vorangegangene Phase günstiger Kosten für Energie und Rohstoffe weiterhin beitragen: Die Kostenreduktion dürfte erst teilweise durch die Produktionskette durchgereicht worden sein und noch für einige Quartale zeitverzögert auf die Verbraucherpreise ausstrahlen. Hinzu kommt die Aufwertung des Euro gegenüber dem Dollar im ersten Halbjahr dieses Jahres, die ebenfalls noch einige Zeit die Importkosten drücken und somit dämpfend auf die Teuerung wirken dürfte.

Abbildung 4

Verbraucherpreise: Gesamt, Energie und Gesamt ohne Energie

Saison- und kalenderbereinigte Änderung gegenüber Vorquartal



Quelle: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; DIW Herbstgrundlinien 2017.

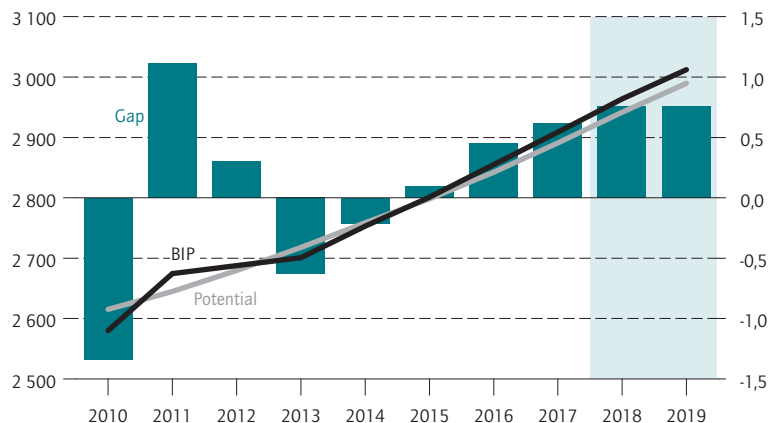
© DIW Berlin 2017

Die Preise ohne Energie steigen allmählich.

Abbildung 3

Bruttoinlandsprodukt und Potential bzw. Produktionslücke

In Milliarden Euro bzw. Prozent des Produktionspotentials



Quelle: DIW Herbstgrundlinien 2017.

© DIW Berlin 2017

Die deutsche Wirtschaft lastet die Kapazitäten derzeit gut aus.

Auch wenn die Kernrate damit weiterhin nur einen gemächlichen Preisauftrieb anzeigt: Zuletzt ist sie etwas gestiegen und wird im weiteren Verlauf einem flachen Aufwärtstrend folgen,⁵ denn die Kapazitäten bleiben für einige Zeit gut ausgelastet und etwas stärker steigende Lohnkosten aufgrund zunehmender Knappheitsverhältnisse am Arbeitsmarkt werden allmählich auf die Verbraucherinnen und Verbraucher übergewälzt.

Trotzdem zeichnet sich derzeit kein hoher Preisdruck ab. Mit 1,6 Prozent im kommenden Jahr und 1,9 Prozent im Jahr 2019 befindet sich die Kernrate erst gegen Ende des Prognosezeitraums unter, aber nahe zwei Prozent – also in einem Bereich, den die Europäische Zentralbank für den Euroraum als Preisstabilität definiert.⁶ Dies hängt auch damit zusammen, dass die Löhne nicht übermäßig anziehen.

Die gesamte Teuerungsrate wird auch im Prognosezeitraum überlagert von der Entwicklung der Energiekos-

⁵ Die Erzeugerpreise hatten – wohl auch aufgrund der zwischenzeitlichen Verteuerung von Rohöl – seit Jahresbeginn zunächst deutlich angezogen; seit einigen Monaten haben sie im Vorjahresvergleich aber wieder an Schwung verloren. Dies spricht dafür, dass die Inflation auf breiter Front etwas stärker steigen, aber nicht aus dem Ruder laufen dürfte.

⁶ Da die Energiepreise von den stark schwankenden Ölpreisen abhängen, gibt die Kernrate, die diese Effekte ausblendet, oft ein klareres Bild vom allgemeinen Preisauftrieb als die Inflationsrate selbst. Tatsächlich liegt die Inflationsrate in den kommenden beiden Jahren voraussichtlich sogar noch unterhalb der Kernrate.

Kasten 2

Annahmen

Die vorliegende Prognose stützt sich auf folgende Annahmen (Tabelle 1). Die Geldpolitik der EZB ist weiterhin expansiv ausgerichtet; angenommen wird, dass ab der Jahreswende 2017/18 das Anleihekaufprogramm allmählich zurückgefahren wird. Zudem wird angenommen, dass die EZB zum Jahresbeginn 2019 den Leitzins um zehn Basispunkte erhöhen wird. Die Renditen zehnjähriger deutscher Staatsanleihen steigen leicht an. Bilaterale nominale Wechselkurse werden gemäß der üblichen Konvention über den Prognosezeitraum als konstant angenommen; dabei werden die durchschnittlichen Wechselkurse der vergangenen 30 Tage zugrunde gelegt. Für den Wechselkurs zwischen Euro und US-Dollar ergibt sich so ein Jahresdurchschnitt von 1,13 US-Dollar je Euro für dieses und von 1,18 US-Dollar je Euro für die kommenden beiden Jahre. Für die Ölpreisentwicklung werden die Futures auf Brent-Öl herangezogen; im jahresdurchschnittlichen Vergleich liegen die Ölpreise gemäß dieser Annahme in diesem Jahr rund 16 Prozent höher, im kommenden um gut ein Prozent niedriger und im Jahr 2019 nur geringfügig höher als im jeweiligen Vorjahr. Der Stichtag, der diesen Annahmen zugrunde liegt, ist der 31. August 2017. Die Tariflöhne auf Stundenbasis legen im laufenden Jahr um 2,2 Prozent zu, im nächsten um 2,4 Prozent und 2019 um 2,6 Prozent. Ferner wird unterstellt, dass es im Zuge der Flüchtlingsmigration per Saldo nicht zu weiteren Zuzügen kommt, etwa im Rahmen des Familiennachzugs.

Die Finanzpolitik ist im Prognosezeitraum expansiv ausgerichtet. Diese Einschätzung beruht auf der Status-quo-Annahme, nach der die Rahmenbedingungen auf Grundlage der heutigen Gesetzeslage basiert werden und darüber hinaus lediglich quasi-automatische Anpassungen von Parametern staatlichen Handelns berücksichtigt werden. In Anbetracht der anstehenden Bundestagswahl ist die Einschätzung der finanzpolitischen Impulse allerdings mit höherer Unsicherheit behaftet als üblich.

Zu Beginn des Jahres 2018 werden wie in diesem Jahr Grund- und Kinderfreibetrag angehoben. Es wird angenommen, dass es auf Grundlage des nächsten Progressionsberichts auch für das Jahr 2019 notwendig sein wird, die Freibeträge anzuheben. Den expansiven Impulsen bei den persönlichen Einkommen steht im Jahr 2018 ein leicht restriktiver Impuls bei der Körperschaftsteuer entgegen, da die Übergangszeit, in der für Altkapitalausschüttungen die höhere Steuerbelastung geltend gemacht werden konnte, Ende des Jahres 2017 ausgelaufen sein wird. Auch das Kindergeld steigt im kommenden Jahr; für das Jahr 2019 ist keine Erhöhung unterstellt. Für übernächstes Jahr zeichnet sich zudem die Einführung einer Infrastrukturabgabe ab, nach der auch für Pkw bei der Benutzung von Autobahnen und Bundesstraßen Mautgebühren fällig werden. Gleichzeitig sollen Autofahrerinnen und Autofahrer über Änderungen bei der Kraftfahrzeugsteuer entlastet werden. Die genaue Ausgestaltung ist derzeit zwar noch unklar, per saldo sollen aber 500 Millionen Euro vereinnahmt werden. In der hier vorgelegten Prognose ist lediglich dieser Saldeneffekt berücksichtigt. Da die gesamten Einnahmen in Investitionen fließen sollen, hat dies auch zur Folge, dass das Investitionsvolumen ab dem Jahr 2019 wohl etwas höher sein dürfte. Auch nach geltender Rechtslage werden die investiven Ausgaben allerdings deutlich aufgestockt. Dabei handelt es sich sowohl um Sachinvestitionen als auch um Ausgaben, denen ein vorwiegend investiver Charakter zugesprochen werden kann. Zudem werden nochmals mehr Mittel für die innere Sicherheit bereitgestellt.

Demgegenüber wirken die Erhöhung des Beitragssatzes zur sozialen Pflegeversicherung zu Beginn des Jahres 2017 wie auch der Anstieg des durchschnittlichen Zusatzbeitrags der gesetzlichen Krankenkassen restriktiv. Dem steht die wiederholte Senkung der Insolvenzgeldumlage entgegen. Dabei ist in dieser Prognose angenommen, dass anstatt der ursprünglich geplanten Senkung der Insolvenzgeldumlage zum 1. Januar 2018 um 0,03 Prozentpunkte wegen höherer Ausgaben in der zweiten Jahreshälfte 2017 lediglich eine Absenkung um 0,01 Prozentpunkte erfolgen kann, dass zu Beginn des Jahres 2019 aber wieder Spielraum für eine größere Senkung – von 0,03 Prozentpunkten – besteht. Expansiv wirken zudem Maßnahmen auf der Ausgabenseite, insbesondere die Ausweitung von Leistungen in der sozialen Pflegeversicherung im laufenden Jahr.

Der finanzpolitische Impuls liegt gemessen am nominalen Bruttoinlandsprodukt im laufenden Jahr bei 0,4 Prozentpunkten. Im kommenden Jahr geht er auf 0,3 Prozentpunkte zurück und im Jahr 2019 ist die Finanzpolitik mit 0,1 Prozentpunkten nur noch leicht expansiv.

Tabelle 1

Annahmen dieser Prognose

		2017	2018	2019
EZB-Leitzins	Prozent	0,0	0,0	0,1
Geldmarktzins	EURIBOR-Dreimonatsgeld in Prozent	-0,3	-0,2	-0,2
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen im Euroraum mit 10-jähriger Restlaufzeit	0,8	0,8	1,0
Kapitalmarktzins	Rendite für Staatsanleihen in Deutschland mit 10-jähriger Restlaufzeit	0,4	0,4	0,5
Wechselkurs	US-Dollar/Euro	1,13	1,18	1,18
Tarifliche Stundenlöhne	Änderung gegenüber Vorjahr in Prozent	2,2	2,3	2,4
Erdölpreis	US-Dollar/Barrel	52,2	51,5	51,7
Erdölpreis	Euro/Barrel	46,3	43,7	43,9

Quelle: DIW Herbstgrundlinien 2017.

Tabelle 2

Finanzpolitische Maßnahmen¹

Haushaltsentlastungen (+) und Haushaltsbelastungen (-) in Milliarden Euro gegenüber 2016

	2017	2018	2019
Alterseinkünftegesetz	-1,2	-2,5	-3,9
Erhöhung des Kindergeldes, des Grundfreibetrags und des Kinderfreibetrags in den Jahren 2017 und 2018	-2,1	-5,4	-5,5
Anpassung von Grund- und Kinderfreibetrag im Jahr 2019			-0,7
Altkapitalerstattungen ²		2,3	2,3
Sonstige steuerliche Maßnahmen ³	-0,8	-1,8	-1,7
Gesetz zur Umsetzung der Änderung der EU-Amtshilferechtlinie und von weiteren Maßnahmen gegen Gewinnkürzungen und -verlagerungen	-2,3	-5,9	-6,2
Ausweitung der Mautstrecken und LKW-Klassen ab dem 01.07.2018		0,7	1,7
Einführung einer Infrastrukturausgabe ⁴			
Zusätzliche Mittel für investive Beschaffungen ⁵	-0,2	-0,5	-2,0
Zusätzliche Finanzmittel für die Deutsche Bahn AG ⁶	-0,9	-0,9	-0,4
Förderung des Breitbandausbaus	-0,2	-0,8	-0,8
Förderung des sozialen Wohnens ⁷	-0,4	-0,4	-0,4
Investitionsprogramm Mikroelektronik	-0,1	-0,3	-0,3
Mehrausgabe aufgrund des Gesetzes zur Stärkung der betrieblichen Altersversorgung und zur Änderung anderer Gesetze		0,0	0,0
Prämie bei Kauf und Förderung von Elektro- und Hybridfahrzeugen durch den Bund	-0,1	-0,2	-0,2
Mehrausgaben bei der Inneren und Äußerer Sicherheit	-1,7	-3,6	-4,8
Änderungen bei Sozialleistungen ⁸	-1,5	-1,3	-1,3
Senkung der Insolvenzgeldumlage	-0,4	-0,5	-0,9
Erhöhung des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung zum 01.01.2017 um 0,2 Prozentpunkte	2,6	2,7	2,8
2. Pflegeverstärkungsgesetz	-4,8	-4,8	-4,8
Erhöhung des Zusatzbeitrags zur Gesetzlichen Krankenversicherung zum um 0,1 Prozentpunkt zum 01.01.2019			1,1
Krankenhausstrukturgesetz	-0,3	-0,4	-0,5
Sonstige Maßnahmen bei den Sozialversicherungen ⁹	0,6	0,6	0,6
Gesetz zur Stärkung der Arzneimittelversorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung		-1,5	-1,5
Honorarerhöhung bei niedergelassenen Ärzten	-0,7	-1,5	-2,3
Insgesamt	-14,4	-26,1	-29,7
in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in %			
nachrichtlich			
BVerfG-Urteil zur Verfassungswidrigkeit der Kernbrennstoffsteuer	-6,3		
EuGH-Urteil zur Besteuerung von Streubesitzdividenden	-1,3	-1,3	0,0
EuGH-Urteil zur Berücksichtigung negativer Aktiengewinne nach § 40a KAGG und § 8b Absatz 3 KStG (STeko-Rechtsprechung)	-1,0	-1,0	0,1
Anwendung des BFH-Urteils vom 6. Dezember 2016 zu Bonuszahlungen der Krankenkassen	0,0	0,0	0,0
EuGH-Urteil vom 15. September zum Zeitpunkt des Vorsteuerabzugs bei Berichtigung einer Rechnung	-0,3	-0,2	-0,1
Anwendung des BFH-Urteils vom 6. April 2016 zur Anrechnung ausländischer Steuern	-1,0	-0,2	-0,1

1 Ohne makroökonomische Rückwirkungen, ohne Maßnahmen im Zusammenhang mit der Banken- und EU-Schuldenkrise.

2 Nach dem Übergang vom Anrechnungs- zum Teileinkünfteverfahren bestand für einen Zeitraum von zehn Jahren die Möglichkeit bei der Ausschüttung von Altkapital Steuerrückstellungen geltend zu machen. Dieser Zeitraum endet Ende 2017.

3 Abschaffung der Eigenheimzulage, Gesetz zur Änderung des Einkommensteuergesetzes zur Erhöhung des Lohnsteuerbehalts in der Seeschifffahrt, Investmentsteuerreformgesetz, Gesetz zum Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik China zur Vermeidung von Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und Vermögen; BMF-Schreiben zur Umsatzsteuerbefreiung bei der Abgabe von Zytostatika, Zweites Gesetz zur Änderung des Energiesteuer- und Stromsteuergesetzes, Anhebung der Grenze für die Sofortabschreibung geringwertiger Wirtschaftsgüter, Gesetz zur Stärkung der betrieblichen Altersversorgung und zur Änderung anderer Gesetze, Gesetz zur Anpassung des Erbschaftsteuer- und Schenkungsteuerrechtes an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, Gesetz zur steuerlichen Förderung von Elektromobilität im Straßenverkehr, Verordnung der Absenkung der Steuersätze im Jahr 2017 nach § 11 Abs. 2 LuftVStAbsenkVO 2017, Gesetz zur Weiterentwicklung der steuerlichen Verlustverrechnung bei Körperschaften, Dritte Verordnung zur Änderung der Fahrzeugzulassungsverordnung und anderer straßenverkehrsrechtlicher Vorschriften.

4 Die Einführung der PKW-Maut dürfte mit gegenläufigen Maßnahmen bei der Kfz-Steuer verbunden sein. Die genaue Regelung lässt sich derzeit noch nicht absehen. In dieser Prognose sind daher lediglich die per saldo erwarteten Mehreinnahmen von 0,5 Mrd. Euro angesetzt.

5 Zusätzliche Verkehrsinfrastrukturausgaben des Bundes, zusätzliche investive Ausgaben finanzschwacher Kommunen mittels Förderung durch Bundessondervermögen, Aufstockung der Kita-Ausgaben sowie der Mittel für die außeruniversitäre Forschung aufgrund des Koalitionsvertrages; Maßnahmen gemäß Finanzplanung 2018.

6 Verringerung der Bahndividende und Aufstockung des Eigenkapitals der Deutschen Bahn.

7 Förderung des sozialen Wohnungsbaus, Wohnungsbauprogramm zugunsten sozialer Brennpunkte, zusätzliche Bundesmittel für den Bereich „soziale Stadt“.

8 Erhöhung der BAföG-Leistungen, Änderungen beim Wohngeld, Unterhaltsvorschußgesetz, Mehrausgaben in Zusammenhang mit Eingliederungsmaßnahmen u. a., Integrationsgesetz, Rentenangleichung der Ost- an die Westrenten.

9 Gesetz zur Stärkung der Gesundheitsförderung und der Prävention, GKV-Versorgungsstärkungsgesetz, Hospiz- und Palliativgesetz, Gesetz zur Stärkung der Hilfs- und Heilmittelversorgung.

Quellen: Bundesministerium der Finanzen; DIW Herbstgrundlinien 2017.

Tabelle 3

Arbeitsmarktbilanz

In Millionen Personen

	2015	2016	2017	2018	2019
Erwerbstätige im Inland	43,07	43,64	44,28	44,64	44,90
Selbständige und mithelf. Familienangehörige	4,36	4,33	4,31	4,31	4,31
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	30,86	31,52	32,16	32,56	32,86
Beamte, Richter, Zeit- und Berufssoldaten	1,91	1,92	1,93	1,94	1,95
Ausschließlich geringfügig Beschäftigte (Minijobber)	4,86	4,80	4,73	4,68	4,63
Sonstige	1,08	1,07	1,15	1,15	1,15
+/- Pendler, Beschäftigte in staatlichen Einrichtungen des Auslandes bzw. im Ausland etc.	-0,08	-0,09	-0,10	-0,10	-0,10
Erwerbstätige Inländer	42,99	43,54	44,17	44,54	44,79
Erwerbslose	1,95	1,78	1,62	1,62	1,59
Erwerbspersonen	44,94	45,32	45,79	46,16	46,38
<i>Nachrichtlich:</i>					
Arbeitslose	2,79	2,69	2,54	2,56	2,53
Arbeitslosenquote BA ¹ – Prozent	6,4	6,1	5,7	5,7	5,6
Arbeitslosenquote SGB ² – Prozent	8,3	7,9	7,3	7,3	7,1
Erwerbslosenquote VGR ³ – Prozent	4,3	3,9	3,5	3,5	3,4
Erwerbslosenquote ILO-Statistik – Prozent	4,6	4,1	3,8	3,7	3,6
Erwerbstätige am Wohnort nach ILO	40,1	41,1	41,3	41,7	42,0

1 Registrierte Arbeitslose bezogen auf alle zivilen Erwerbspersonen.

2 Registrierte Arbeitslose bezogen auf die Summe von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und registrierten Arbeitslosen.

3 Erwerbslose bezogen auf die Summe der Erwerbstätigen nach VGR und der Erwerbslosen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; DIW Herbstgrundlinien 2017.

© DIW Berlin 2017

ten: Die Ölpreise – und durch sie maßgeblich beeinflusst auch die Energiepreise – lagen zuletzt etwa ein Prozent niedriger als im Durchschnitt des bisherigen Jahresverlaufs. Daher – und ausgehend von dem unterstellten weiteren Verlauf für die Rohölpreise (Kasten 2) – wird Energie im kommenden Jahr für die Verbraucherinnen und Verbraucher sogar günstiger und im Jahr 2019 nur geringfügig teurer. Im Jahr 2018 kommt hinzu, dass die EEG-Umlage nahezu unverändert bleibt; dies liegt unter anderem an einem prall gefüllten Ausgleichskonto.⁷ Unter dem Strich wirken die moderaten Änderungen der Energiepreise dämpfend auf die gesamte Inflation – vor allem im Jahr 2018, in dem diese mit voraussichtlich 1,5 Prozent sogar geringer ausfällt als in diesem Jahr. Im Jahr 2019 beträgt die Inflation dann wohl 1,8 Prozent. Das 68-Prozent-Konfidenzintervall liegt für dieses Jahr zwischen 1,6 und 1,8 Prozent und für das Jahr 2018 zwischen 0,6 und 2,4 Prozent.

⁷ Zur Höhe des Ausgleichskontos – der Stand vom Juli wies einen Überschuss in Höhe von 4,2 Milliarden Euro auf – vgl. Informationsplattform der deutschen Übertragungsnetzbetreiber: EEG-Umlage (online verfügbar); und zur Prognose der EEG-Umlage Agora Energiewende: Online EEG-Rechner (online verfügbar). Mittelfristig sind weitere Anhebungen der Umlage zu erwarten, für das Jahr 2019 sogar um 16 Prozent.

Beschäftigungsaufbau schlägt langsamere Gangart ein

Die Beschäftigung ist weiter kräftig gewachsen. Da das Erwerbspersonenpotential ebenfalls erheblich zulegte, stagnierte zuletzt die Zahl der registrierten Arbeitslosen nahezu. Weiterhin sind vor allem zusätzliche Arbeitskräfte aus Osteuropa gekommen; das Wachstum der Zuwanderung von dort hat sich aber abgeschwächt. Das selbe gilt für die Zuwanderungen aus Südeuropa. Dagegen beschleunigt sich das Wachstum bei den Zuzügen von Arbeitskräften aus Westeuropa und aus außereuropäischen Staaten, die nicht im Zusammenhang mit der Asylsuche stehen. Bei den Asylwanderungen macht sich bemerkbar, dass immer mehr Asylverfahren abgeschlossen sind. Viele der anerkannten Flüchtlinge nehmen danach an arbeitsmarktpolitischen und Integrationsmaßnahmen teil, eine inzwischen steigende Zahl hat sie beendet und tritt auf den Arbeitsmarkt. Etwas zugenommen hat überdies das heimische Erwerbspersonenpotential; der weitere Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter konnte noch gerade durch eine weiter zunehmende Erwerbsbeteiligung etwas mehr als ausgeglichen werden.

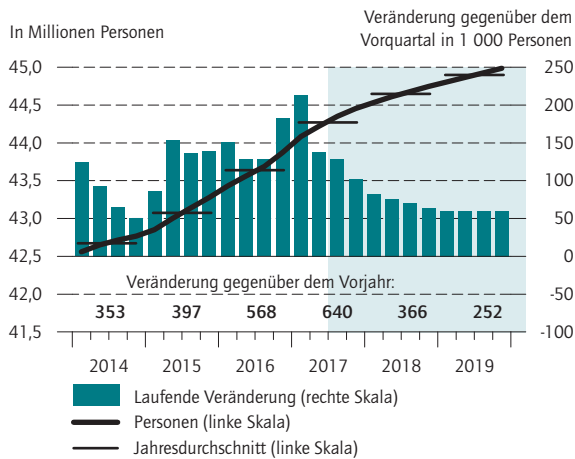
Der anhaltend starke Beschäftigungsaufbau wurde weiterhin fast allein von der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung getragen (Tabelle 3). Die Zahl derjenigen Personen, die ausschließlich einem Mini-Job nachgehen, ist dagegen gesunken. Das mag zum Teil auch daran liegen, dass die Erhöhung des Mindestlohns zu Beginn dieses Jahres diese Beschäftigungsform noch unattraktiver gemacht hat. Etwas gestiegen ist indes die Zahl der Beamten. Bei der selbständigen Beschäftigung ist die seit 2012 dauernde Talfahrt zum Ende gekommen.

Die Zahl der Erwerbstätigen hat bis zur Jahresmitte in fast allen Wirtschaftsbereichen zugenommen. Die Ausnahme sind die Finanzdienste, bei denen der schon seit längerer Zeit zu beobachtende Personalabbau anhielt. Generell wuchs der Personalbestand in den Dienstleistungsbereichen stärker als im produzierenden Gewerbe. Im Dienstleistungssektor waren die Zuwächse besonders stark im Gastgewerbe, im Bereich Information und Kommunikation, bei den freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Diensten sowie bei den sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen – und hier insbesondere bei der Vermittlung von Leiharbeit. Angesichts der günstigen konjunkturellen Entwicklung ist eine Ausweitung der Nachfrage nach Leiharbeitskräften nicht erstaunlich. Dass auch das Angebot wächst, dürfte daran liegen, dass manche Arbeitskräfte Schwierigkeiten haben, in anderen Branchen einen Job zu finden – insbesondere gilt dies für Geringqualifizierte. Zudem wurde im Bereich Erziehung das Personal kräftig aufgestockt, was mit Integrations-

Abbildung 5

Erwerbstätige

Änderung in Tausend Personen gegenüber Vorquartal



Quelle: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; DIW Herbstgrundlinien 2017.

© DIW Berlin 2017

Der Beschäftigungsaufbau verliert an Schwung.

maßnahmen für Flüchtlinge zusammenhängen dürfte. Im produzierenden Gewerbe ist besonders in der Bauwirtschaft die Beschäftigung expandiert, im verarbeitenden Gewerbe wurde der Personalbestand ebenfalls ausgeweitet – aber verhaltener. Wahrscheinlich wird hier verstärkt auf Leiharbeit zurückgegriffen.

Im Prognosezeitraum hält der Beschäftigungsaufbau an, verliert aber infolge eines sich abschwächenden Produktionswachstums an Tempo (Abbildung 5). Zugleich nimmt die Produktivität zu. Teilzeitarbeit dürfte nicht weiter an Bedeutung gewinnen; die durchschnittliche Zahl der je Kopf geleisteten Arbeitsstunden steigt etwas. Auf Grundlage der gegenwärtig vorliegenden Daten der amtlichen Erwerbstätigenrechnung wird geschätzt, dass die Zahl der Erwerbstätigen 2017 das Ergebnis des Vorjahres um 650 000 oder 1,5 Prozent übersteigen wird.⁸ Für das kommende Jahr ist mit einem Beschäftigungsaufbau von 360 000 und für 2019 mit 250 000 Personen zu rechnen. Weiterhin nimmt im Wesentlichen nur die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu. Bei

⁸ Das Wachstum dürfte aber überschätzt sein, da die amtlichen Ergebnisse für das Vorjahr zu niedrig sind. Bei der Bundesagentur kam es im vergangenen Jahr zu Problemen bei der Verarbeitung der Beschäftigtendaten, die grundlegend für die Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Statistischen Bundesamtes sind. Die damit verbundene Untererfassung ist bisher nur zum Teil korrigiert worden; mit einer umfassenden Revision ist Ende dieses Jahres zu rechnen.

der selbständigen ist wohl der Tiefpunkt erreicht; eine Beschäftigungsausweitung ist aber nicht zu erwarten. Die bei Steuern und Sozialabgaben privilegierten Mini-Jobs dürften weiter weniger werden.

Der Bestand an Arbeitslosen liegt 2017 um 150 000 unter dem Niveau des Vorjahres. Ab dem Jahreswechsel nimmt die Arbeitslosigkeit leicht zu, Ende 2018 schrumpft sie dann aber wieder etwas. Der zeitweilige Zuwachs rührt daher, dass das Erwerbspersonenpotential schneller wächst als die Zahl der Erwerbstätigen. Nicht zuletzt wird spürbar, dass vermehrt Flüchtlinge nach der Teilnahme an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen eine Beschäftigung suchen werden. Im gesamten Jahr 2018 wird aber die Zahl der Arbeitslosen kaum höher liegen (plus 14 000) als in diesem Jahr. Für 2019 ist mit einer Abnahme um 30 000 zu rechnen. Zwar wächst dann die Beschäftigung mit geringerem Tempo, aber auch das Erwerbspersonenpotential: Die Effekte infolge von Zuwanderungen werden schwächer, das heimische Potential nimmt sogar ab. Die Arbeitslosenquote beläuft sich in diesem und im nächsten Jahr auf 5,7 Prozent. Die Grenzen des 68-Prozent-Konfidenzintervalls unterscheiden sich für 2017 nur im zweiten Nachkommastellenbereich von dem prognostizierten Wert, für 2018 liegt das Intervall zwischen 5,4 und 6,0 Prozent. Für das Jahr 2019 ist mit einer Arbeitslosenquote von 5,6 Prozent zu rechnen.

Die Löhne haben sich zuletzt nur schwach entwickelt. Das hängt vor allem mit den Tariflöhnen zusammen. Angesichts der kräftig gestiegenen Beschäftigung wäre ein zunehmender Lohnauftrieb zu erwarten, stattdessen trat das Gegenteil ein: Die tariflichen Stundenlöhne haben nach dem Winter mit abnehmenden Raten zugenommen. Im Juni wurde nur noch ein Plus von 1,7 Prozent im Vergleich zum entsprechenden Monat des Vorjahres erzielt; das entsprach gerade einmal der Teuerungsrate. Die tatsächlich gezahlten Löhne sind aber stärker gestiegen, was nicht zuletzt daran liegt, dass sich die Beschäftigungsstruktur weiter hin zu den qualifizierteren Tätigkeiten verschiebt.

Diese Verschiebung dürfte sich im weiteren Prognosezeitraum fortsetzen und dazu beitragen, dass die Effektivstärker als die Tariflöhne steigen. Positiv wird überdies die Lohnkraft deshalb sein, weil im Zuge weiter anziehender Beschäftigung Knappheiten auf dem Arbeitsmarkt in regionaler Hinsicht sowie mit Blick auf bestimmte Qualifikationen größer werden. Die abhängig Beschäftigten sind dadurch in einer besseren Verhandlungsposition. Die bereits vorliegenden Tarifverträge lassen aber lediglich erwarten, dass die Tariflöhne in den kommenden Monaten dieses Jahres etwas anziehen, während sich eine weitere Beschleunigung des Lohnauftriebs für das kommende Jahr kaum abzeichnet. Wahrscheinlich werden

die Gewerkschaften ihre verbesserte Verhandlungsposition bei den Verhandlungen über die Tarifföhne auch im Prognosezeitraum nur unzureichend nutzen; darauf weisen die Erfahrungen der vergangenen Jahre hin. Gleichwohl dürften die effektiven Löhne mit etwas zunehmendem Tempo wachsen, da die Lohndrift zunimmt.

Kräftiger Konsum, Sondereffekte fallen aber weg

Der Konsum der privaten Haushalte hat in den vergangenen zwei Jahren spürbar zugelegt. Allerdings hatte auch die Flüchtlingsmigration die Ausgaben angefacht, und die privaten Haushalte haben in erheblichem Umfang Mittel konsumtiv verwendet, die sie aufgrund des Ölpreisverfalls an anderer Stelle gespart hatten. Diese beiden Konjunkturtreiber fallen im Prognosezeitraum weg, sodass der private Verbrauch an Tempo verlieren dürfte. Dennoch bleibt die Grunddynamik positiv, denn die Einkommen der Haushalte steigen kräftig – stärker noch als in den vergangenen Jahren.

Die Löhne dürften in der Summe spürbar zunehmen, wenngleich die Zuwächse im Zuge des sich abschwächenden Beschäftigungsaufbaus geringer ausfallen dürften. Die einkommensmindernden Effekte der geringeren Beschäftigungsdynamik können durch die etwas kräftiger anziehenden Löhne je Arbeitnehmerin und Arbeitnehmer nur zum Teil kompensiert werden. Zudem bremsen die stark steigenden Abgaben, insbesondere der progressionsbedingte Anstieg der Lohnsteuer, den netto zu verzeichnenden Lohnanstieg. Im laufenden Jahr und deutlicher noch im kommenden Jahr dämpfen die Erhöhungen der Grund- und Kinderfreibeträge den Anstieg der Abgaben; dagegen heben die Erhöhungen der Sozialbeitragsätze (in diesem Jahr steigt derjenige zur Pflege-, im Jahr 2019 derjenige zur gesetzlichen Krankenversicherung) die Abgaben an.

Die Sozialleistungen steigen in diesem Jahr kräftig. Das liegt auch an den im Zuge der Flüchtlingsmigration anfallenden Ausgaben – immer mehr Geflüchtete werden anerkannt und haben Anspruch auf Arbeitslosengeld –, aber auch daran, dass zu Beginn des Jahres 2017 die Transferleistungen im Rahmen des Arbeitslosengeldes II angehoben wurden. In den kommenden Jahren fallen die Zuwächse bei den Sozialleistungen dann geringer aus. Zwar wird auch die Rente deutlich angehoben, der Anstieg fällt aber nicht so hoch aus wie in diesem Jahr. Anhaltend kräftig entwickeln sich angesichts der gut ausgelasteten Wirtschaft die Einkommen, die privaten Haushalten aus unternehmerischer Tätigkeit und aus Vermögen zufließen.

Alles in allem legen die verfügbaren Einkommen spürbar zu. Besonders in diesem Jahr ist im Zuge des merk-

lichen Beschäftigungsaufbaus ein Plus von gut dreieinhalb Prozent zu verzeichnen, aber auch in den kommenden beiden Jahren dürften die Zuwächse mit drei Prozent höher liegen als zuletzt. Aufgrund der höheren und im weiteren Verlauf geringfügig steigenden Teuerung schwächt sich der Zuwachs des privaten Konsums in realer Abgrenzung jedoch ab. Da das Bevölkerungswachstum in den kommenden Jahren abnehmen wird, bleiben die Zuwächse pro Kopf gerechnet im Prognosezeitraum aber – im Vergleich zu zurückliegenden Jahren – hoch.

Ausrüstungsinvestitionen schalten in den zweiten Gang hoch

Die Investitionen in neue Maschinen, Geräte und Fahrzeuge sind im ersten Halbjahr 2016 kräftig gestiegen. Aber auch die sonstigen Investitionen, zu denen geistiges Eigentum, aber auch die Aufwendungen für Forschung und Entwicklung gezählt werden, nahmen zu Jahresbeginn sichtbar zu. Die gestiegenen Unternehmensinvestitionen tragen vor allem dem allgemein erhöhten Expansionstempo der deutschen Wirtschaft, aber auch der aktuellen konjunkturellen Entwicklung der Weltwirtschaft Rechnung. Etwas gebremst hat zuletzt die Investitionstätigkeit des Staates.

Die Expansion der Ausrüstungsinvestitionen dürfte im gesamten Prognosezeitraum anhalten, wenngleich für das dritte Quartal mit einer etwas geringeren Rate zu rechnen ist als in den ersten beiden Quartalen dieses Jahres (Kasten 1). Im Prognosezeitraum liegen die Veränderungsraten bis Mitte 2019 etwas über dem Trend der vergangenen Jahre. Die Finanzierungsbedingungen bleiben günstig und die Weltkonjunktur, insbesondere aber auch die Entwicklung im Euroraum, ist aufwärtsgerichtet. Auch liegt die Kapazitätsauslastung des verarbeitenden Gewerbes mittlerweile deutlich über dem langjährigen Durchschnitt – dies zeigen sowohl der ifo-Geschäftsklimaindex als auch der Order-Capacity-Index an. Dass es dennoch nicht zu einer noch stärkeren Beschleunigung der Investitionstätigkeit kommt, dürfte vor allem mit der sich im weiteren Prognosezeitraum etwas abkühlenden Weltkonjunktur zusammenhängen. Auch ist zu erwarten, dass die Europäische Zentralbank allmählich den Ausstieg aus der expansiven Geldpolitik sucht. Der Realzins dürfte infolgedessen steigen. Latent wird wohl auch noch die Unsicherheit um die Austrittsverhandlungen Großbritanniens aus der Europäischen Union die Investitionsneigung der Unternehmerinnen und Unternehmer dämpfen.⁹

⁹ Vgl. dazu in dieser Ausgabe des DIW Wochenberichts den Kasten „Brexit-Verhandlungen und die Effekte wirtschaftspolitischer Unsicherheit“ in Ferdinand Fichtner et al. (2017a), a. a. O., 710.

Alles in allem dürften die Ausrüstungsinvestitionen im laufenden Jahr um rund zwei Prozent zulegen. Im kommenden Jahr werden sie wohl deutlich stärker, um 4,7 Prozent, expandieren und im Jahr 2019 um 3,4 Prozent. Eine im Verlauf ähnliche Dynamik ist für die sonstigen Investitionen zu erwarten.

Bauwirtschaft greift nach den Sternen

Die Bauinvestitionen sind fulminant in das Jahr 2017 gestartet. Zwar verlangsamte sich das Expansionstempo im zweiten Quartal, weil der Wirtschaftsbau bremste, dennoch stiegen die Bauinvestitionen um knapp ein Prozent.

Nach dem starken Jahresauftakt deutet der Produktionsindex am aktuellen Rand eine Verlangsamung der Bautätigkeit an. Dies gilt für alle Baubereiche. Gleichwohl bleibt insbesondere im Wohnungsbau der kräftige Aufwärtstrend intakt. Nach wie vor sind die Finanzierungsbedingungen günstig und die Wohnungsnachfrage gerade in den Großstädten anhaltend hoch. Die Zahl der genehmigten, aber noch nicht fertiggestellten Wohnungen entspricht mittlerweile mehr als der doppelten Bauleistung des vergangenen Jahres. Angesichts dieses Bauüberhangs dürften die im ersten Halbjahr 2017 rückläufigen Baugenehmigungen zunächst wenig ins Gewicht fallen. Wegen der hohen Kapazitätsauslastung des Baugewerbes dürften die Zuwachsraten der Bauinvestitionen dennoch nur leicht über dem Trend der vergangenen Jahre liegen. Gerade im Bereich des Wohnungsbaus schlägt sich die gestiegene Kapazitätsauslastung mehr und mehr in höheren Preisen nieder. Im späteren Verlauf des Prognosezeitraums dürften dies und die sich abzeichnende Änderung der Geldpolitik die Nachfrage nach Wohnungsbauleistungen dämpfen. Insgesamt bleiben die Zuwächse aber kräftig: Für dieses Jahr ist mit einer Steigerung der Wohnungsbauminvestitionen um gut 4,6 Prozent zu rechnen, für kommendes Jahr um 2,9 Prozent und für das Jahr 2019 um rund zwei Prozent.

Die Dynamik im gewerblichen Bau dürfte demgegenüber verhaltener ausfallen. Das Volumen genehmigter Bauvorhaben ist sehr volatil, entwickelte sich zuletzt aber positiv. Auch das Geschäftsklima der vom ifo Institut befragten Bauunternehmen deutet eine Expansion an. Nachdem die Impulse zuletzt von zusätzlichen Genehmigungen für Fabrik-, Handels- und Lagergebäude ausgingen, wird mittlerweile vor Knappheiten an Büroflächen in den Großstädten gewarnt.¹⁰ Im Bereich des Tiefbaus dürften der Ausbau des Breitbandnetzes und die Aktivitäten der Deutschen Bahn die Investitionstätigkeit steigern. Im laufenden Jahr werden die Wirtschafts-

Tabelle 4

Reale Bauinvestitionen (Veränderung)

In Prozent

	2016	2015	2016	2017	2018	2019
	Anteile in Prozent					
Wohnungsbau	60,9	-0,7	4,0	4,6	2,9	2,1
Nichtwohnungsbau	39,1	-2,5	0,8	2,5	0,4	1,0
Gewerblicher Bau	27,5	-1,7	0,1	3,0	1,2	1,8
Öffentlicher Bau	11,57	-0,8	2,7	1,4	-1,4	-0,9
Bauinvestitionen	100,0	-1,4	2,7	3,8	1,9	1,7
Ausrüstungsinvestitionen		3,9	2,2	2,0	4,7	3,4

Quelle: Statistisches Bundesamt, DIW Herbstgrundlinien 2017.

© DIW Berlin 2017

bauinvestitionen voraussichtlich um drei Prozent ausgeweitet. Im Jahr 2018 dürften diese um 1,2 Prozent und im Jahr 2019 um etwa 1,8 Prozent steigen.

Der öffentliche Bau wird wahrscheinlich im zweiten Halbjahr 2017 einen Dämpfer erfahren, nachdem bereits jetzt ein sehr hohes Niveau erreicht wurde und viele für dieses Jahr vorgesehene Mittel verbaut werden konnten. Vor allem die für die kommunale Infrastruktur zusätzlich bereitgestellten Mittel und die sich weiter verbessernde Finanzlage der Kommunen dürften zu den anfänglich starken Impulsen in diesem Jahr geführt haben. Das erreichte Niveau wird real in etwa gehalten. Die Auftragsbücher sind zwar nach wie vor gut gefüllt. Allerdings sprechen die rückläufigen Produktionszahlen im Tiefbau für eine nachlassende Dynamik. Die derzeitige Auslastung der Bauwirtschaft wird darüber hinaus zu Preissteigerungen führen, die bei den derzeitigen Haushaltsansätzen nur geringere Ausweitungen der realen Bautätigkeit zulassen (Tabelle 4).

Ein- und Ausfuhren im Gleichschritt

Beim Außenhandel zeigte sich in der ersten Jahreshälfte ein überwiegend positives Bild. Zum Jahresauftakt 2017 verzeichneten vor allem die Ausfuhren ein deutliches Plus, sodass die Außenwirtschaft einen kräftigen Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Expansion leistete. Zuletzt büßten die Exporte ein wenig an Schwung ein, während die Importe Fahrt aufnahmen, was rein rechnerisch den Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes im zweiten Vierteljahr dämpfte.

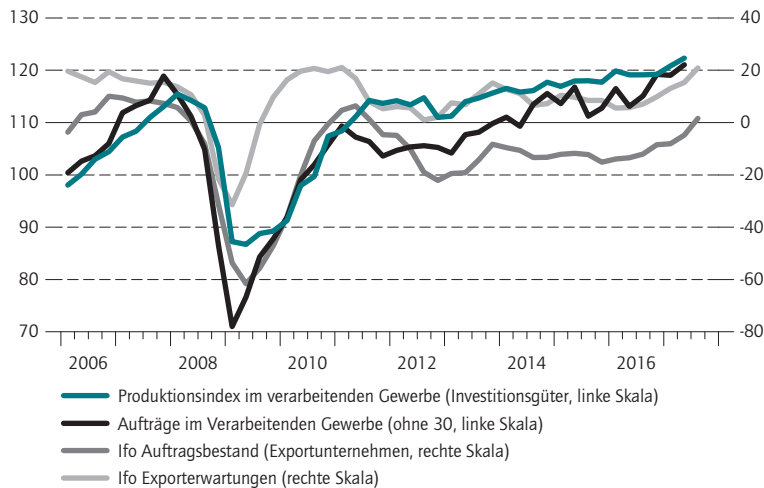
Die geringere Dynamik bei der Ausfuhr im zweiten Quartal dürfte nicht zuletzt auf die deutliche Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit durch die seit Mai 2017 anhaltende Euro-Aufwertung zurückzuführen

¹⁰ Vgl. ZIA (2017): Büroimmobilien: ZIA warnt vor Verknappung in den deutschen Großstädten. Pressemitteilung vom 3. April 2017 (online verfügbar).

Abbildung 6

Frühindikatoren des Exports

Index



Anmerkung: Letzter Wert (Q3 2017): Durchschnitt Juli/August gegenüber Q2 2017.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ifo Institut.

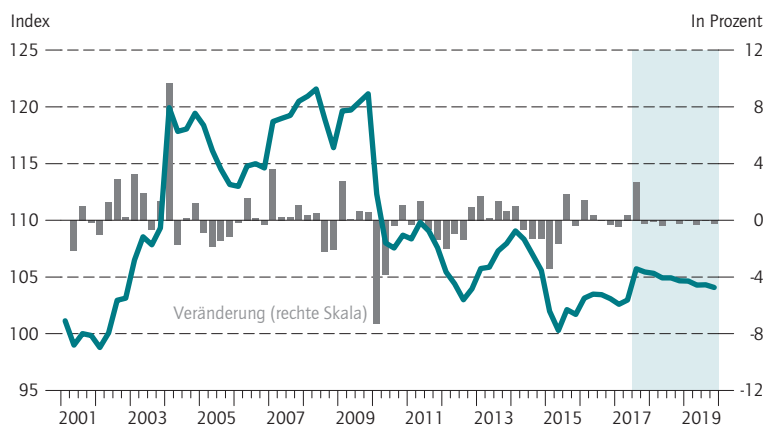
© DIW Berlin 2017

Die Frühindikatoren der Exporte deuten auf eine weitere deutliche Expansion der Ausfuhren im zweiten Halbjahr 2017 hin.

Abbildung 7

Preisliche Wettbewerbsfähigkeit gegenüber 19 Handelspartnern auf Grundlage des VPI

Index (linke Skala), Veränderungen in Prozent (rechte Skala)



Anmerkung: Unter annahmegemäß konstantem nominalen Wechselkurs im Prognosezeitraum.

Quellen: Europäische Zentralbank; Deutsche Bundesbank; Bloomberg; DIW Herbstgrundlinien 2017.

© DIW Berlin 2017

Im laufenden und im kommenden Jahr dürfte sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit im Durchschnitt verschlechtern, im Jahr 2019 hingegen verbessern.

sein. Dafür spricht auch, dass die Güterlieferungen in das nichteuropäische Ausland, insbesondere in die Vereinigten Staaten, rückläufig waren. Dem stand ein kräftiger Nachfrageimpuls aus den Euroländern gegenüber, der die dort günstige konjunkturelle Lage widerspiegelt, zumal der Handel mit diesen Ländern nicht von der Aufwertung betroffen ist. Die Expansion der Importe im zweiten Vierteljahr ging einher mit der lebhaften Binnenkonjunktur. Passend zur deutlichen Ausweitung des privaten Verbrauchs expandierten bei den Wareneinfuhren in erster Linie die Konsumgüterimporte. Insbesondere aus Asien wurden mehr Güter in die Bundesrepublik importiert. Auch hier dürfte die Aufwertung des Euro eine Rolle gespielt haben, da sich ausländische Produkte für inländische Nachfrager tendenziell verbilligen.

Im laufenden Quartal dürften die Exporte ihre in der Tendenz positive Grunddynamik halten. Dafür spricht, dass mit Ausnahme der Warenausfuhr in Abgrenzung des Spezialhandels, die im Juli deutlich zurückging, die Mehrzahl der Exportindikatoren in der Quartalsbetrachtung weiter deutlich aufwärtsgerichtet sind (Abbildung 6 und Kasten 1).

Bis Ende des kommenden Jahres dürften die Exporte ihr Expansionstempo in etwa halten, wobei die Nachfrage der Länder des Euroraums den größten Beitrag zur Auslandsnachfrage leistet. Zwar wirkt die – sich im Jahresdurchschnitt 2017 und 2018 jeweils leicht verschlechternde – preisliche Wettbewerbsfähigkeit (Abbildung 7) bis Ende kommenden Jahres dämpfend, dies wird jedoch durch eine zunehmende Nachfrage aus den Industrieländern wettgemacht. Zum Jahreswechsel 2018/19 kühlt sich die Dynamik im Euroraum und auch in den Schwellenländern – insbesondere China – wohl etwas ab, weshalb die Ausfuhren dann eine langsamere Gangart einschlagen dürften (Abbildung 8).

Die Importe werden im laufenden Quartal wohl ein wenig stärker ausgeweitet werden als die Exporte (Kasten 1). Entsprechend dürfte der Rücksetzer der preisbereinigten Einfuhr in Abgrenzung des Spezialhandels, der im Juni zu verzeichnen war, das allgemeine Bild nur vorübergehend trüben. Im gesamten Prognoseverlauf werden die Zuwächse der Einfuhren wohl geringfügig über denen der Ausfuhren liegen. Die sich verlangsamende Dynamik zum Ende des Prognosezeitraums geht auf die Entwicklung von Ausfuhren, privatem Konsum und Ausrüstungsinvestitionen zurück.

Der Außenbeitrag, also der Saldo von Exporten und Importen, dürfte sich im Prognosezeitraum trotz der stärkeren Importdynamik leicht ausweiten, da – unter Berücksichtigung der Preiseffekte – die höheren Zuwächse der Importe nicht ausreichen, um die Unterschiede der Ausgangsniveaus von Aus- und Einfuhren

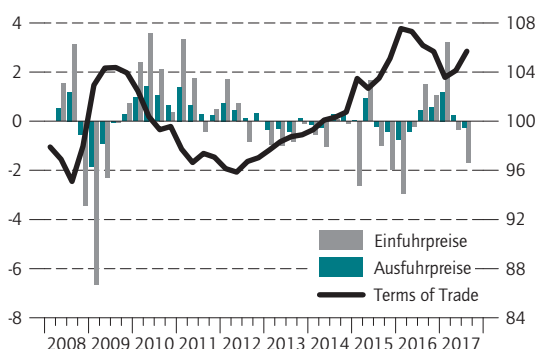
zu kompensieren. Bedingt durch Überhangeffekte dürfte der Beitrag des Außenhandels zur Expansion des Bruttoinlandsprodukts in diesem und im kommenden Jahr rein rechnerisch in etwa neutral sein, während er im Jahr 2019 leicht positiv wirkt.

Die Terms of Trade haben sich im vergangenen Quartal erstmals wieder leicht verbessert, nachdem sie sich seit Frühjahr 2016 – teils deutlich – verschlechtert hatten. Während die Exportpreise leicht zulegten, sanken die Einfuhrpreise (Abbildung 9). Hier hat sich einerseits der seit Frühjahr anhaltende Preisrückgang bei Rohstoffen und Energie bemerkbar gemacht. Diese Entwicklung beeinflusst die Einfuhrpreise in besonderem Maße, da Importe einen relativ hohen Anteil an Rohstoffen und homogenen, rohstoffintensiven Vorleistungsgütern mit geringer Produktionstiefe aufweisen, deren Preisänderungen zeitnah an die Importeure weitergegeben werden können. Weiterhin dürfte zuletzt die Aufwertung des Euro eine Rolle gespielt haben, da sich die Einkaufspreise im Ausland hergestellter Güter bei steigendem Eurokurs tendenziell verringern. Die monatlichen Indizes der Außenhandelspreise weisen darauf hin, dass diese Effekte auch im kommenden Quartal ihre Wirkung entfalten dürften, so dass sich die Terms of Trade bei deutlich sinkenden Einfuhrpreisen weiter verbessern. Bei per Annahme konstantem nominalem Wechselkurs dürfte die Wirkung der Aufwertung ab Jahresmitte 2018 nachlassen.

Abbildung 9

Außenhandelspreise und Terms of Trade

Preise: in Veränderung gegenüber Vorquartal in Prozent (linke Skala); Terms of Trade: Index (2010=100, rechte Skala)



1 Die abgebildeten Werte berücksichtigen eine Phasenverschiebung der Monatswerte der Außenhandelspreisindizes um einen Monat.

2 letzter Wert (Q3 2017): Durchschnitt Juli/August gegenüber Q2 2017.

Quellen: Deutsche Bundesbank; DIW Herbstgrundlinien 2017.

© DIW Berlin 2017

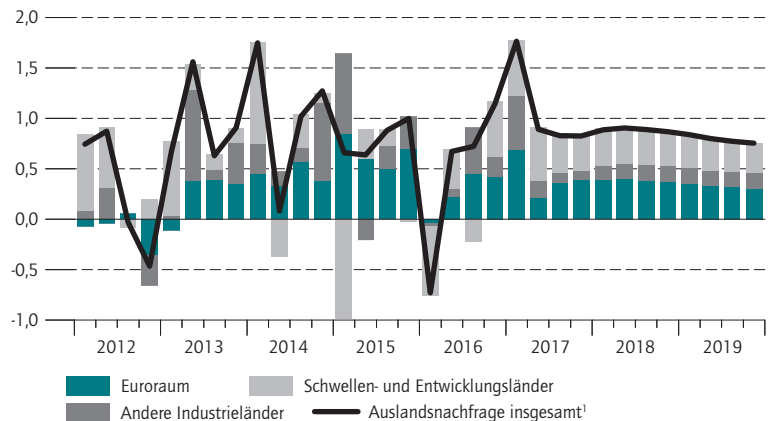
Die Preise für Importe dürften im laufenden Quartal deutlich nachgeben.

Abbildung 8

Nachfrage auf wichtigen Auslandsmärkten

Veränderung gegenüber Vorquartal in Prozent

Wachstumsbeiträge der Regionen in Prozentpunkten



1 Exportanteilsgewichtete Importe der Handelspartner

Quellen: Bloomberg; DIW Herbstgrundlinien 2017.

© DIW Berlin 2017

Die Nachfrage aus dem Euroraum dürfte im Prognosezeitraum den größten Beitrag zur ausländischen Nachfrage nach Exportgütern leisten.

Die Zuwachsraten der Ausfuhrpreise liegen im weiteren Verlauf leicht über den Einfuhrpreisen, da bei guter Weltkonjunktur die Kapazitäten der inländischen Unternehmen gut ausgelastet sind, sodass Preissetzungsspielräume zunehmend genutzt werden können.

Im Zuge eines etwas geringeren Außenbeitrags – er dürfte dieses Jahr im Verhältnis zum nominalen Bruttoinlandsprodukt um gut vier Zehntel schrumpfen – dürfte auch die Leistungsbilanz in Relation zur Wirtschaftsleistung etwas geringer ausfallen. Allerdings werden die per saldo aus dem Ausland bezogenen Einkommen in diesem Jahr wohl wieder merklich zulegen, so dass der Leistungsbilanzsaldo von 8,3 Prozent im vergangenen Jahr nur auf 8,1 Prozent in diesem Jahr sinkt. In den kommenden beiden Jahren wird er voraussichtlich weiter geringfügig zurückgehen – auf knapp unter acht Prozent; gemessen in Milliarden Euro wird er aber in jedem Jahr des Prognosezeitraums weiter steigen.

Mittelfristprojektion bis 2022

Für den Projektionszeitraum wird unterstellt, dass die weltwirtschaftliche Entwicklung dem zum Ende der kurzen Frist eingeschlagenen Pfad folgt. Angenommen wird, dass die entwickelten Volkswirtschaften um zwei Prozent pro Jahr wachsen. Die Dynamik in den Schwel-

Kasten 3

Produktionspotential bis 2022

Die Berechnung des Produktionspotentials beruht grundsätzlich auf dem Methodenrahmen, der von der Europäischen Kommission vorgeschrieben wird.¹ Als Grundlage dient dafür eine Cobb-Douglas-Produktionsfunktion mit den Einsatzfaktoren Arbeitsvolumen, Kapital und der totalen Faktorproduktivität. Demografische Effekte werden beim Arbeitsvolumen berücksichtigt, in dem die Entwicklung der Komponenten für unterschiedliche Alterskohorten fortgeschrieben, geglättet und anschließend mit den Altersanteilen zu einer gesamtwirtschaftlichen Komponente aggregiert werden (siehe dazu auch Kasten 4 im vorliegenden Bericht).²

Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter

Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wird im Wesentlichen anhand der im März 2017 aktualisierten Bevölkerungsprojektion (Variante W2-A) fortgeschrieben. Diese weist jedoch nicht die

aktuellsten Wanderungssalden für 2015 und 2016 aus.³ Im Jahr 2016 betrug dieser Saldo gut 460 000 Personen und ist damit deutlich geringer als noch im Jahr 2015. Die allmähliche wirtschaftliche Erholung im Euroraum sowie die anziehende Weltwirtschaft wird wohl in Zukunft die Nettowanderung insgesamt reduzieren. Aufgrund der guten Arbeitsmarktsituation dürfte Deutschland dennoch weiterhin ein beliebtes Einwanderungsland sein. Es wird deshalb angenommen, dass der Wanderungssaldo bis 2022 zwar zurückgehen wird, aber in der mittleren Frist mit jahresdurchschnittlich 250 000 Personen immer noch hoch sein dürfte. Insgesamt können die positiven Wanderungssalden somit den altersbedingten Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung bis 2022 nicht kompensieren.

Entwicklung der trendmäßigen Partizipationsquote

Die Partizipationsquote wird grundsätzlich getrennt für Geflüchtete und die übrige Bevölkerung geschätzt. Die Partizipationsquote der übrigen Erwerbsbevölkerung wird in der mittleren Frist mit Hilfe eines Kohortenmodells für Fünf-Jahres-Altersgruppen getrennt nach Geschlecht und Nationalität fortgeschrieben. Für Geflüchtete ergibt sie sich aus einem Suchmodell für den Arbeitsmarkt. Die trendmäßige Partizipationsquote der gesamten Bevölkerung errechnet sich anschließend als gewichteter Durchschnitt der trendmäßigen Partizipationsquoten für Geflüchtete und der übrigen Bevölkerung. Sie steigt von rund 73 Prozent im Jahr 2016 bis 2022 um fast zwei Prozentpunkte, allerdings mit deutlich abnehmenden jährlichen Zuwächsen.

Entwicklung der natürlichen Erwerbslosenquote (NAWRU)

Auch die NAWRU ergibt sich im Projektionszeitraum als mit den Erwerbspersonenanteilen gewichteter Durchschnitt der natürlichen Erwerbslosenquoten für Geflüchtete und der übrigen Bevölkerung. Die natürliche Erwerbslosenquote der übrigen Bevölkerung ergibt sich als Trend der Erwerbslosenquote. Im ersten Jahr des mittelfristigen Zeitraums wird sie mit der halben Vorjahresveränderung fortgeschrieben und anschließend konstant gehalten. Für die Geflüchteten wird sie ähnlich wie die Partizipationsquote aus dem Suchmodell abgeleitet. Die NAWRU liegt im Jahr 2017 bei 4,1 Prozent und geht bis 2020 auf 3,7 Prozent zurück. Anschließend legt sie marginal zu, denn obwohl Geflüchtete in zunehmendem Maße Beschäftigung finden dürften, ist

Tabelle

Wachstum des realen Produktionspotentials

Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent

	2011-2016	2016-2022
Produktionspotential	1,5	1,6
Kapitalstock	1,2	1,4
Solow-Residuum	0,6	0,9
Arbeitsvolumen	0,7	0,3
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	0,1	0
Partizipationsquote	0,5	0,4
NAWRU	0,4	0,1
Durchschnittliche Arbeitszeit	-0,3	-0,2

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW Herbstgrundlinien 2017.

© DIW Berlin 2017

1 Für eine ausführliche Beschreibung dieser Methode siehe Karel Havik et al. (2010): The Production Function Methodology for Calculating Potential Growth Rates and Output Gaps. Europäische Kommission in ihrer Reihe European Economy – Economic Papers 420.

2 Die Auswirkungen des demografischen Wandels auf die Kapitalbildung und die Arbeitsproduktivität können verfahrensbedingt nur unzureichend berücksichtigt werden, dürften allerdings ebenso wichtige Faktoren sein, vgl. Deutsche Bundesbank (2017): Monatsbericht April 2017 (online verfügbar).

3 Vgl. Statistisches Bundesamt (2017): Mehr als 10 Millionen Ausländer in Deutschland. Pressemitteilung Nr. 227 vom 30. Juni 2017 (online verfügbar).

ihre Erwerbslosenquote noch relativ hoch und ihr Anteil an den Erwerbspersonen steigt.

Kapitalstock

Der Kapitalstock wird über den gesamten Projektionszeitraum anhand der Akkumulation der Nettoinvestitionen fortgeschrieben; zum Kapitalstock des Vorjahres kommen dementsprechend die Bruttoanlageinvestitionen abzüglich der Abschreibungen hinzu. Die Abschreibungsrate wird im Projektionszeitraum konstant auf den Wert des letzten Beobachtungszeitpunktes gesetzt. Der Kapitalstock wird nicht geglättet.

Produktionspotential

Die durchschnittliche Wachstumsrate des Arbeitsvolumens bis 2022 dürfte bei einem Drittel-Prozentpunkt liegen, hauptsächlich getrieben durch den Anstieg der Partizipationsquote und eine leicht sinkende NAWRU (Tabelle). Die durchschnittliche trendmäßige Arbeitszeit sinkt über den gesamten Zeitraum und dürfte die Wachstumsrate des Arbeitsvolumens wohl reduzieren. Die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wird im Durchschnitt wohl keine Wachstumsimpulse liefern: Der Anstieg zu Beginn des Prognosezeitraums wird durch leichte Rückgänge im späteren Verlauf ausgeglichen. Alles in allem dürfte das potentielle Arbeitsvolumen in Stunden bis 2022 damit durchschnittlich einen Wachstumsbeitrag von 0,2 Prozentpunkten leisten. Der Beitrag des Faktors Kapital zum Potentialwachstum dürfte im gesamten Projektionszeitraum einen halben Prozentpunkt ausmachen. Die Wachstumsrate des Kapitalstocks liegt mit gut 1 ⅓ Prozentpunkten unterhalb der Wachstumsrate des Produktionspotentials.

Zusammen mit dem Wachstumsbeitrag der totalen Faktorproduktivität in Höhe von 0,9 Prozentpunkten ergibt sich schließlich, dass das reale Produktionspotential bis 2022 um jahresdurchschnittlich 1,6 Prozent zunehmen wird. Allerdings wird sich das Tempo, mit dem das Potential in der kurzen Frist wächst, in der Mittelfrist wohl demografisch bedingt verlangsamen.

lenländern bleibt relativ zu den entwickelten Volkswirtschaften hoch; unterstellt wird, dass die Wirtschaft in dieser Ländergruppe um fünf Prozent pro Jahr wächst. Der Ölpreis und der Wechselkurs zwischen Dollar und Euro werden für den gesamten Projektionszeitraum als konstant angenommen und jeweils beim für Ende 2019 unterstellten Niveau verharren. Der Ölpreis beträgt demnach 52 Dollar pro Barrel, der Wechselkurs 1,18 US-Dollar pro Euro.

Die Europäische Zentralbank wird bei weiterhin unterdurchschnittlichen Teuerungsraten auch in der mittleren Frist den Expansionsgrad nur schrittweise und in Abhängigkeit von den zukünftigen Inflationserwartungen reduzieren. Damit dürften die Zinsen in Deutschland bis 2022 dem Trend aus der kurzen Frist folgen und auf einem relativ niedrigen Niveau liegen. Die Finanzpolitik in Deutschland dürfte ab dem Jahr 2019 restriktiv ausgerichtet sein.

Es wird wie üblich angenommen, dass die Produktion zum Ende des Konjunkturzyklus wieder mit der Potentialrate wächst. Diese liegt im Zeitraum zwischen 2016 und 2022 jahresdurchschnittlich bei 1,6 Prozent (Kasten 3), dürfte jedoch demografisch bedingt zum Ende des Projektionszeitraums um 0,2 Prozentpunkte niedriger sein.

Trotz der rückläufigen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter wird während des gesamten Projektionszeitraums weiter Beschäftigung aufgebaut (Tabelle 5). Dies gelingt vor allem deshalb, weil wanderungsbedingt jahresdurchschnittlich rund 250 000 Personen – insbeson-

Tabelle 5

Verwendung des nominalen Bruttoinlandsprodukts

	Bruttoinlandsprodukt	Konsumausgaben		Bruttoinvestitionen	Außenbeitrag
		private Haushalte	Staat		
in Mrd. Euro					
2010	2 580,1	1 446,3	493,3	506,3	134,1
2016	3 144,1	1 674,4	615,4	603,6	250,6
2022	3 813,0	2 005,9	759,5	774,1	273,4
Anteile am BIP					
2010	100	56,1	19,1	19,6	5,2
2016	100	53,3	19,6	19,2	8,0
2022	100	53	20	20	7 ¼
Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent					
2016/2010	3,3	2,5	3,8	3,0	-
2022/2016	3 ¼	3	3 ½	4 ¼	-

Anmerkung: In dieser Projektion sind die Vorausschätzungen auf 1/4-Prozentpunkte gerundet.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW Herbstgrundlinien 2017.

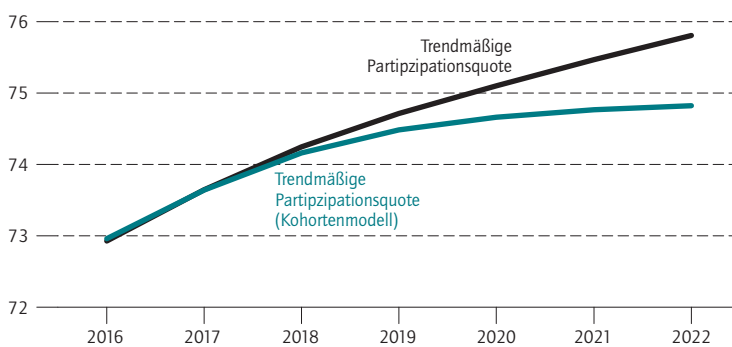
Kasten 4

Kohortenmodell für die Partizipationsquote

Die deutsche Wirtschaft wächst derzeit oberhalb ihres Potentialpfades. Eine weitere Ursache neben der robusten konjunkturellen Situation ist auch, dass der Bevölkerungsrückgang bisher nicht wie befürchtet zu einem Rückgang der Erwerbspersonen geführt hat. Im Gegenteil, durch die hohe Nettozuwanderung in den vergangenen Jahren und eine zunehmende Partizipation am Arbeitsmarkt, insbesondere von Älteren, ist die Zahl der Erwerbspersonen sogar gestiegen.¹

lung der Erwerbsbeteiligung. Hauptursache hierfür ist, dass ältere Bevölkerungskohorten mit relativ niedriger Erwerbsbeteiligung einen immer größeren Anteil ausmachen. Die Zunahme des Erwerbsverhaltens bei Älteren kann diesen demografischen Effekt tatsächlich aber nicht vollständig kompensieren, so dass sich der Anstieg der trendmäßigen Partizipationsquote ab 2019 abschwächt. Die herkömmliche Methodik berücksichtigt den demografischen Effekt nicht und schreibt das Erwerbsverhalten einzelner Altersgruppen verzerrt fort.

Abbildung

Altersspezifische Partizipationsquote

Quelle: DIW Herbstgrundlinien 2017.

© DIW Berlin 2017

In der mittleren Frist bis 2022 wird der demografische Wandel das Wirtschaftswachstum allerdings dämpfen.² Denn auch wenn die Erwerbspersonen geburtenstarker Jahrgänge bis dahin größtenteils noch nicht das Rentenalter erreichen, dürfte die trendmäßige Partizipationsquote in Zukunft weniger stark ansteigen.

Die auf herkömmliche Weise fortgeschriebene gesamtwirtschaftliche Partizipationsquote (Abbildung) überschätzt die Entwick-

Deshalb wird die Partizipationsquote anhand eines Kohortenmodells fortgeschrieben.³ Dazu werden spezifische Partizipationsquoten von Fünf-Jahres-Alterskohorten getrennt nach Geschlecht und Nationalität auf Basis von ARIMA-Modellen geschätzt. Die altersspezifischen trendmäßigen Partizipationsquoten werden schließlich mit den Kohortenanteilen gewichtet aggregiert und geglättet.⁴ Fasst man die Fünf-Jahres-Kohorten in den drei Alterskategorien junge Personen, Personen mittleren Alters (prime-age) und Ältere jeweils getrennt nach Geschlecht und Nationalität zusammen, lassen sich drei wesentliche potentialwirksame Trends ableiten. Erstens ist die Erwerbsbeteiligung insbesondere von Frauen und Älteren gestiegen. Sie dürfte auch weiterhin steigen, jedoch in Zukunft die natürliche Bevölkerungsbewegung nicht mehr kompensieren. Zweitens weicht die Erwerbsbeteiligung bei den Zugewanderten von der deutschen Erwerbsbevölkerung ab. Zugewanderte aus den EU-Ländern weisen eine signifikant höhere Partizipationsquote als Deutsche auf, Zugewanderte aus Drittstaaten eine niedrigere. Das Wachstumspotential hängt folglich auch von der Struktur der Zuwanderung und dem Erfolg der Integrationspolitik ab. Drittens sinkt die Erwerbsbeteiligung in der jüngeren Bevölkerung. Hier macht sich bemerkbar, dass ein wachsender Teil dieser Altersgruppe studiert. Dies dürfte langfristig wiederum die Produktivität und auch die Erwerbsbeteiligung erhöhen, denn Gutqualifizierte sind besonders häufig und lange am Arbeitsmarkt aktiv.⁵

¹ Positiv wirkte sich dabei auch die steigende Zahl von Zugewanderten aus der EU aus, deren Partizipationsquote mittlerweile höher als die der Deutschen ist. Siehe Karl Brenke und Marius Clemens (2017): Steigende Erwerbsbeteiligung wird künftig kaum ausreichen, um den demografischen Wandel in Deutschland zu meistern. DIW Wochenbericht Nr. 35, 675–686 (online verfügbar).

² Zum Ende der mittleren Frist wird das Wirtschaftswachstum allein durch das Potentialwachstum bestimmt und die Produktionslücke schließt sich. Denn eine Prognose von Konjunkturausschlägen, die fast immer Folge von stochastisch nicht prognostizierbaren Ereignissen ist, dürfte über einen solch langen Zeitraum wissenschaftlich seriös kaum möglich sein.

³ Im Modell wird zudem zwischen Geflüchteten und der übrigen Bevölkerung unterschieden. Die Partizipationsquote der Geflüchteten resultiert aus einem separaten Kohortenmodell des Arbeitsmarktes für Geflüchtete, in dem unter anderem die Beschäftigungswahrscheinlichkeit bestimmt wird.

⁴ Vgl. Ferdinand Fichtner et al. (2016): Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung im Winter 2016. DIW Wochenbericht Nr. 50, 1171–1192.

⁵ Vgl. Karl Brenke und Klaus F. Zimmermann (2011): Ältere auf dem Arbeitsmarkt. Vierteljahrshefte zur Wirtschaftsforschung Nr. 2, 11–31 (online verfügbar); und Karl Brenke (2012): Gibt es in Deutschland einen Fachkräftemangel – und wird es einen geben? In: BBSR-Online-Publikation 02/2012. Hrsg.: Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (BBR), Bonn, November 2012, 4–13 (online verfügbar).

Tabelle 6

Erwerbstätige, Beschäftigte und Arbeitszeit

	Erwerbstätige (Inland)	beschäftigte Arbeitnehmer (Inland)	Arbeitszeit je Erwerbstätigen	Bruttoinlandsprodukt				
				preisbereinigt, verkettete Volumenwerte			in jeweiligen Preisen	Deflator
				insgesamt	je Erwerbstätigen	je Erwerbstätigen- stunde		
	in Mio.	in Mio.	in Stunden	in Mrd. Euro	in Euro	in Euro	in Mrd. Euro	2010 = 100
2010	41 020	36 533	1 390	2 580	62 899	45	2 580	100
2016	43 638	39 305	1 359	2 855	65 432	48	3 144	110
2022	45 030	40 717	1 350	3 130	69 517	52	3 813	122
Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent								
2016/2010	1,0	1,2	-0,4	1,7	0,7	1,0	3,3	1,6
2022/2016	½	½	-0	1 ½	1	1 ¼	3 ¼	1 ¾

Anmerkung: In dieser Projektion sind die Vorausschätzungen auf ¼-Prozentpunkte gerundet.

Quellen: Statistisches Bundesamt; DIW Herbstgrundlinien 2017.

© DIW Berlin 2017

dere aus Ländern der EU – auf den Arbeitsmarkt kommen. Trotz deren überdurchschnittlich hoher Partizipationsquote reicht die Nettowanderung zahlenmäßig allerdings nicht aus, um die Beschäftigungslücke bis 2022 vollständig zu schließen. Dies liegt auch daran, dass die inländische Erwerbsbeteiligung, die bisher einen großen Beitrag zum Anstieg der verfügbaren Erwerbspersonen leistete, in Zukunft weniger stark steigt. Denn der Anteil älterer Bevölkerungsgruppen, die zwar steigende, aber relativ niedrige Partizipationsquoten haben, wächst zunehmend (Kasten 4). Der Beschäftigungsaufbau dürfte sich bis zum Ende des Projektionszeitraums abschwächen, bei allerdings steigender Arbeitsproduktivität. Die Erwerbslosenquote wird wohl bis 2020 sinken und bis zum Ende des Projektionszeitraums auf einem niedrigen Niveau bleiben.

Die steigende Nachfrage nach Arbeit führt dazu, dass die Bruttolöhne und -gehälter im Projektionszeitraum weiterhin expandieren.¹¹ Die reale Kaufkraft der privaten Haushalte wird durch eine stärkere Teuerung etwas gebremst werden, sodass der private Konsum weniger zum Wachstum beiträgt als in den vorherigen Jahren. Pro Kopf bleibt die Wachstumsrate des privaten Konsums hingegen in etwa konstant. Der öffentliche Konsum dürfte demgegenüber an Bedeutung gewinnen

(Tabelle 6), da die alternde Bevölkerung zunehmend Leistungen beispielsweise der gesetzlichen Krankenversicherung in Anspruch nehmen wird.

Der Wohnungsbau und die Ausrüstungsinvestitionen werden zunächst durch die günstigen Finanzierungsbedingungen gestützt. Die Dynamik nimmt allerdings im späteren Verlauf auch wegen der sich abzeichnenden Zinsentwicklung etwas ab. Die Investitionsquote dürfte alles in allem nur leicht über dem Niveau im Jahr 2016 liegen, so dass der Kapitalstock mittelfristig weniger stark wächst als das Produktionspotential.

Im Gleichlauf mit der weltwirtschaftlichen Entwicklung nehmen die Exporte in der mittleren Frist etwas verhaltener zu. Die Importe steigen infolge der robusten Binnenkonjunktur stärker als die Exporte, sodass der Anteil des Außenbeitrags am Bruttoinlandsprodukt auch über den Projektionszeitraum weiter sinkt. Insgesamt wird der Außenbeitrag im Projektionszeitraum keinen wesentlichen Wachstumsbeitrag liefern. Die Terms of Trade werden hingegen leicht steigen.

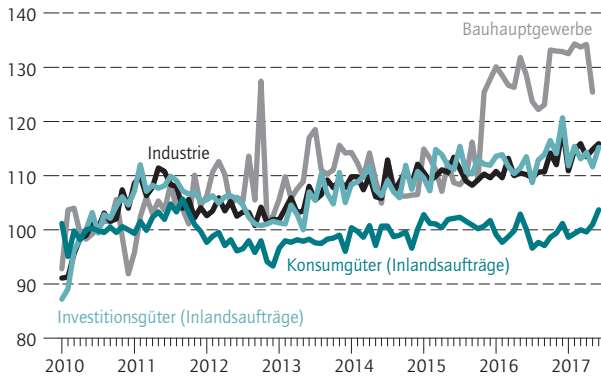
Über den gesamten Projektionszeitraum wird der Deflator des Bruttoinlandsprodukts um durchschnittlich 1,7 Prozent zunehmen. Die Wachstumsrate des nominalen Bruttoinlandsprodukts liegt jahresdurchschnittlich bei etwa 3¼ Prozent.

¹¹ Nicht zuletzt deshalb könnte der Arbeitsmarkt in Deutschland attraktiver für ausländische Erwerbspersonen werden. Ein Aspekt, den die Setzung der Zuwanderung allerdings nicht berücksichtigt. Eine weitergehende Betrachtung bietet sich hier im Rahmen eines strukturellen Modells an, das beispielsweise Wanderungsbewegungen anhand der Differenzen im Lohnniveau und der Arbeitslosenquote erklärt. Siehe unter anderem Michel Beine, Pauline Bourgeon und Jean-Charles Bricongne (2013): Aggregate Fluctuations and International Migration, CES ifo Working Paper No. 4379.

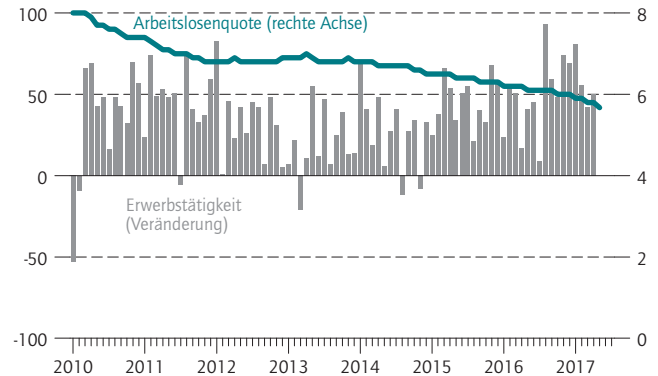
Abbildung 10

Konjunkturindikatoren Deutschland**1. Auftragseingang**

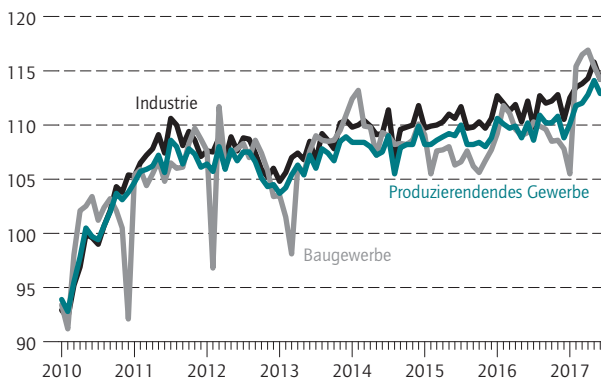
Kalender- und saisonbereinigte Werte

**2. Arbeitsmarkt**

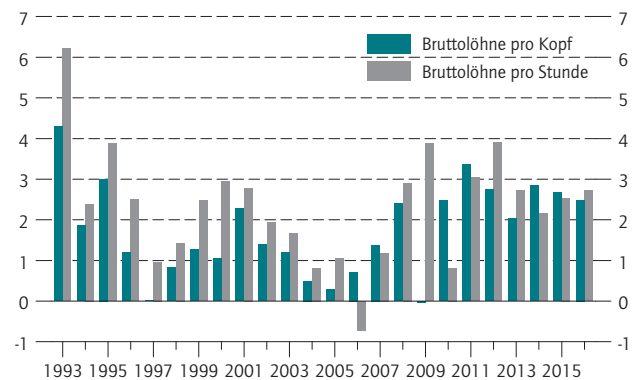
In Prozent, in Tausend

**3. Produktionsindex**

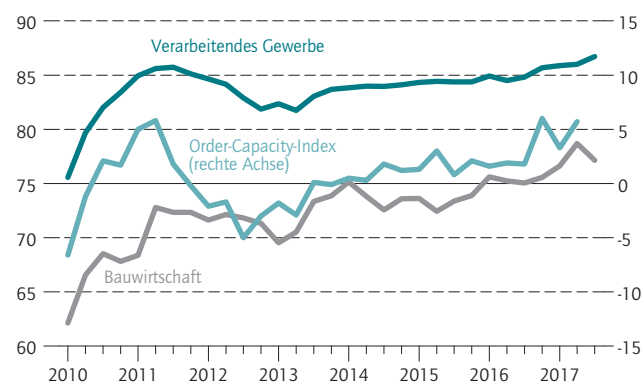
Kalender- und saisonbereinigte Werte

**4. Löhne**

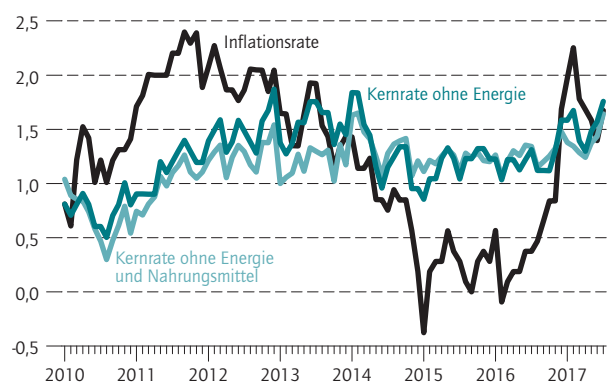
Veränderung in Prozent

**5. Kapazitätsauslastung**

Kalender- und saisonbereinigte Werte

**6. Preisentwicklung**

In Prozent, saisonbereinigte Werte

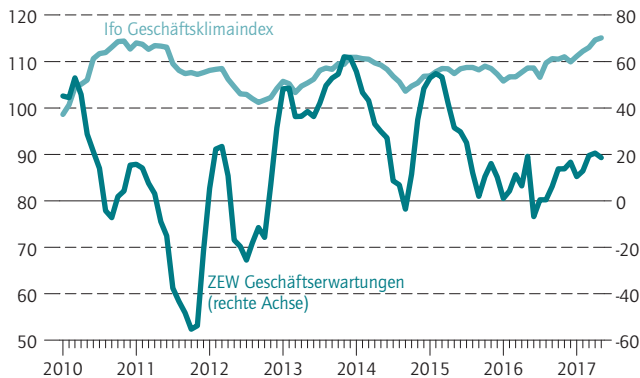


Quellen: (1,3,4,6) Statistisches Bundesamt; (2) Deutsche Bundesbank; (5) ifo Institut; Deutsche Bundesbank.

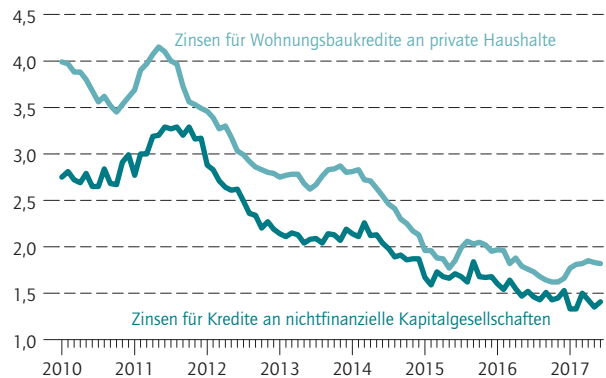
Abbildung 10 (Fortsetzung)

Konjunkturindikatoren Deutschland**7. Unternehmensstimmung**

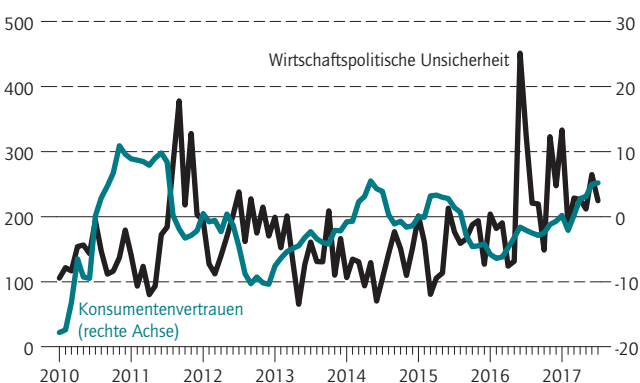
Kalender- und saisonbereinigte Werte

**8. Zinsen**

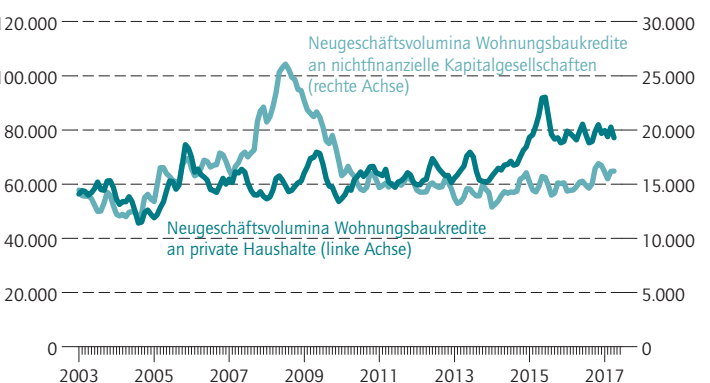
In Prozent

**9. Konsumentenstimmung, wirtschaftspolitische Unsicherheit**

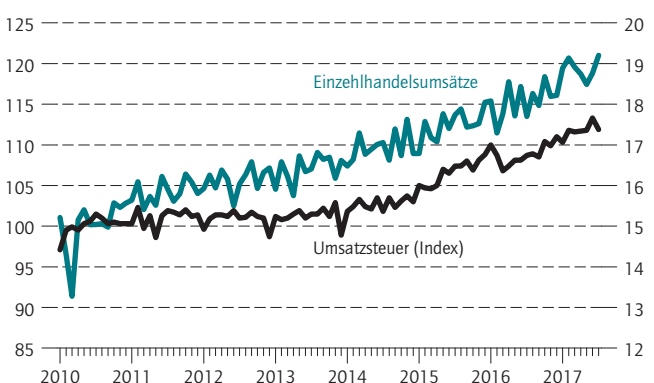
Saldo positiver/negativer Antworten; Newsindex, Mittelwert vor 2011=100

**10. Kredite Neugeschäftsvolumina**

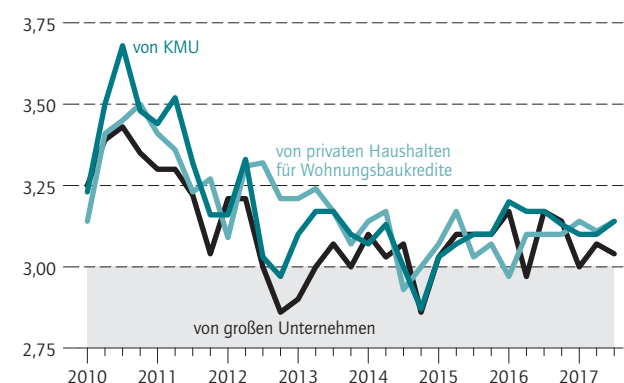
In Millionen Euro, gleitender Dreimonatsdurchschnitt

**11. Umsatzsteueraufkommen und Einzelhandelsumsätze**

Index 2010=100, Milliarden Euro

**12. Kreditnachfrage in den kommenden drei Monaten**

=3 konstant, >3 steigt <3 sinkt



Quellen: (1) ifo Institut; ZEW; (2,4) Deutsche Bundesbank; (3) Eurostat; Economic Policy Uncertainty (online verfügbar); (5) Statistisches Bundesamt; (6) ifo Institut; Deutsche Bundesbank.

DEUTSCHLAND

Ferdinand Fichtner ist Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | ffichtner@diw.de

Karl Brenke ist wissenschaftlicher Referent im Vorstandsbereich des DIW Berlin | kbrenke@diw.de

Marius Clemens ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | mclemens@diw.de

Simon Junker ist stellvertretender Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik | sjunker@diw.de

Claus Michelsen ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | cmichelsen@diw.de

Thore Schlaak ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin | tschlaak@diw.de

JEL: E32, E66, F01

Keywords: Business cycle forecast, economic outlook

This report is also available in an English version as DIW Economic Bulletin 36/2017:

www.diw.de/econbull





Dr. Ferdinand Fichtner, Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik am DIW Berlin

INTERVIEW MIT FERDINAND FICHTNER

»Inflation wird die Zwei-Prozent-Marke auch in den nächsten Jahren nicht knacken«

1. Herr Fichtner, der deutschen Wirtschaft ging es in den letzten Quartalen ausgesprochen gut. Gilt das auch für die Zukunft? Nach unserer Einschätzung wird die deutsche Wirtschaft ihr hohes Wachstumstempo zunächst einmal beibehalten können. Die zweite Jahreshälfte wird nicht mehr ganz so kräftig ausfallen wie die erste Jahreshälfte 2017, aber alles in allem sehen wir eine durchaus erfreuliche Aufwärtsentwicklung der deutschen Wirtschaft.
2. Mit welchen Wachstumszahlen rechnen Sie? Wir erwarten für das kommende Jahr 2018 ebenso wie für dieses Jahr eine Wachstumsrate der deutschen Wirtschaft von 1,9 Prozent. Wobei man sagen muss, dass das Wachstum dieses Jahr durch den arbeitnehmerfreundlichen Kalender etwas gedämpft wird, weil relativ viele Feiertage auf einen Wochentag fallen. Im Jahr 2019 dagegen verlangsamt sich das Tempo im Vergleich zu 2018. Da wächst die deutsche Wirtschaft nach unserer Einschätzung nur um 1,6 Prozent.
3. Wie entwickelt sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt? Die Beschäftigung steigt dieses Jahr sehr kräftig um rund 600.000 Personen und auch nächstes Jahr noch einmal um etwa 400.000 Personen. Erst im Jahr 2019 verlangsamt sich der Zuwachs wegen der dann etwas geringeren wirtschaftlichen Dynamik auf etwa 200.000 Personen. Das heißt, wir haben eine enorm kräftige Beschäftigungsentwicklung. Das schlägt sich auch in einem weiteren Rückgang bei der Arbeitslosigkeit nieder, obwohl wir gleichzeitig durch die anhaltend hohe Zuwanderung nach Deutschland einen relativ ausgeprägten Anstieg der Zahl der Erwerbspersonen haben.
4. Wie sieht es bei der Lohnentwicklung aus? Die Löhne entwickeln sich ordentlich, wenn auch nicht überschäumend. Wir haben für dieses und auch für die kommenden Jahre eine Reallohnentwicklung im positiven Bereich, weil die Löhne um ungefähr drei Prozent steigen und die Inflationsraten die Zwei-Prozent-Marke noch nicht knacken. Das heißt, die Menschen haben unter dem Strich mehr Geld in der Tasche, was sich insgesamt in einer günstigen Konsumententwicklung niederschlägt. Angesichts der hohen Nachfrage nach Arbeitskräften könnte man sich aber durchaus eine kräftigere Lohnentwicklung vorstellen. Die sehen wir im Moment aber noch nicht.
5. Treibt der private Konsum weiterhin das Wachstum in Deutschland an? Die Haushalte werden auch in den kommenden Jahren weiterhin ordentlich konsumieren, auch wenn die leicht ansteigende Inflation die Kaufkraft ein bisschen anknabbert und wir nicht mehr ganz so kräftige Zuwächse haben.
6. Wie steht die deutsche Exportwirtschaft da? Auch wenn die Weltwirtschaft im Jahresverlauf 2018 etwas an Schwung verlieren wird, bleiben die Exporte eine wichtige Stütze der deutschen Konjunktur. Allerdings muss man sagen, dass auch die Importe aufgrund der starken inländischen wirtschaftlichen Entwicklung kräftig anziehen, sodass per Saldo der Außenhandel kaum zum Wachstum beiträgt.
7. Wie beurteilen Sie das weltwirtschaftliche Umfeld? Die Weltwirtschaft wird in der zweiten Jahreshälfte 2017 etwas an Schwung verlieren. Deutlich ausgeprägter wird der Tempoverlust aber vor allem im Jahresverlauf 2018 sein, wenn die Zentralbanken weltweit, aber wahrscheinlich auch im Euroraum, etwas die Zügel anziehen werden und die Geldpolitik durch einen Ausstieg aus den quantitativen Maßnahmen, möglicherweise auch durch Zinsanstiege, etwas restriktiver wird.
8. Wo sehen Sie aktuell konjunkturelle Risiken? Die Hauptrisiken für die deutsche Konjunktur liegen im außenwirtschaftlichen Umfeld. Im Euroraum gibt es nach wie vor einige Volkswirtschaften wie Italien, die durch Schief-lagen im Bankensystem gekennzeichnet sind und die Konjunktur beeinträchtigen können. Schwierig ist auch die Abschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung in den USA, weil das finanzpolitische Gebaren der dortigen Regierung kaum vorhersehbar ist. Auch mit Blick auf Deutschland wissen wir wegen der bevorstehenden Bundestagswahl nicht, wie genau die Wirtschaftspolitik künftig aussehen wird. Vor dem Hintergrund gibt es auch in Deutschland finanzpolitische Risiken.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden Sie auf www.diw.de/interview

HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

Jahresergebnisse 2017

Milliarden Euro

Gegenstand der Nachweisung		Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
3	Bruttowertschöpfung	2 927,6	1 978,4	311,4	637,9	-
4	- Abschreibungen	571,7	328,4	71,1	172,1	-
5	= Nettowertschöpfung ¹	2 355,9	1 649,9	240,2	465,7	-244,7
6	- Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 664,0	1 192,1	244,2	227,7	14,8
7	- Geleistete sonstige Produktionsabgaben	22,6	13,1	0,2	9,3	-
8	+ Empfangene sonstige Subventionen	26,4	24,8	0,2	1,3	-
9	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	695,7	469,5	- 3,9	230,1	-259,6
10	+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 665,9	-	-	1 665,9	12,9
11	- Geleistete Subventionen	28,4	-	28,4	-	5,5
12	+ Empfangene Produktions- und Importabgaben	346,8	-	346,8	-	6,7
13	- Geleistete Vermögenseinkommen	696,0	630,3	39,9	25,9	173,0
14	+ Empfangene Vermögenseinkommen	753,9	345,0	16,1	392,8	115,2
15	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 737,9	184,2	290,8	2 262,9	-303,3
16	- Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	407,5	87,7	-	319,8	9,8
17	+ Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	416,9	-	416,9	-	0,4
18	- Geleistete Sozialbeiträge	670,0	-	-	670,0	4,4
19	+ Empfangene Sozialbeiträge	671,3	123,9	546,6	0,8	3,1
20	- Geleistete monetäre Sozialleistungen	574,2	65,8	507,5	0,8	0,5
21	+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	567,1	-	-	567,1	7,6
22	- Geleistete sonstige laufende Transfers	328,5	172,4	76,0	80,1	61,0
23	+ Empfangene sonstige laufende Transfers	289,3	158,5	21,2	109,6	100,3
24	= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 702,2	140,5	691,9	1 869,7	-267,6
25	- Konsumausgaben	2 371,3	-	638,6	1 732,7	-
26	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 49,5	-	49,5	-
27	= Sparen	330,9	91,0	53,3	186,6	-267,6
28	- Geleistete Vermögenstransfers	62,1	12,7	39,4	10,0	5,2
29	+ Empfangene Vermögenstransfers	57,8	31,4	11,1	15,4	9,6
30	- Bruttoinvestitionen	635,0	362,8	68,3	203,9	-
31	+ Abschreibungen	571,7	328,4	71,1	172,1	-
32	- Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	- 3,0	- 2,0	- 1,4	0,4	3,0
33	= Finanzierungssaldo	266,3	77,3	29,2	159,8	- 266,3
Nachrichtlich:						
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 702,2	140,5	691,9	1 869,7	- 267,6
35	- Geleistete soziale Sachtransfers	418,6	-	418,6	-	-
36	+ Empfangene soziale Sachtransfers	418,6	-	-	418,6	-
37	= Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 702,2	140,5	273,3	2 288,4	-267,6
38	- Konsum ²	2 371,3	-	220,0	2 151,3	-
39	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-49,5	-	49,5	-
40	= Sparen	330,9	91,0	53,3	186,6	-267,6

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

Jahresergebnisse 2018

Milliarden Euro

Gegenstand der Nachweisung	Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
3 Bruttowertschöpfung	3 039,5	2 057,2	321,5	660,8	-
4 - Abschreibungen	594,4	341,1	74,8	178,6	-
5 = Nettowertschöpfung ¹	2 445,0	1 716,1	246,7	482,2	-256,1
6 - Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 721,9	1 232,8	252,3	236,8	15,4
7 - Geleistete sonstige Produktionsabgaben	23,3	13,5	0,2	9,6	-
8 + Empfangene sonstige Subventionen	26,5	24,9	0,2	1,4	-
9 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	726,3	494,7	-5,7	237,2	-271,5
10 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 723,8	-	-	1 723,8	13,5
11 - Geleistete Subventionen	28,8	-	28,8	-	5,3
12 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	354,3	-	354,3	-	6,4
13 - Geleistete Vermögenseinkommen	693,4	629,0	39,5	24,9	171,3
14 + Empfangene Vermögenseinkommen	750,1	331,7	16,2	402,2	114,6
15 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 832,3	197,4	296,5	2 338,4	- 313,5
16 - Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	431,2	95,0	-	336,1	10,2
17 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	440,9	-	440,9	-	0,5
18 - Geleistete Sozialbeiträge	691,6	-	-	691,6	4,8
19 + Empfangene Sozialbeiträge	692,9	127,3	564,8	0,8	3,5
20 - Geleistete monetäre Sozialleistungen	590,7	67,2	522,7	0,8	0,5
21 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	583,5	-	-	583,5	7,8
22 - Geleistete sonstige laufende Transfers	347,5	177,6	87,8	82,1	57,6
23 + Empfangene sonstige laufende Transfers	300,3	165,6	21,4	113,3	104,8
24 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 788,8	150,5	713,1	1 925,2	-270,0
25 - Konsumausgaben	2 445,2	-	662,1	1 783,1	-
26 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 50,0	-	50,0	-
27 = Sparen	343,6	100,5	51,0	192,1	-270,0
28 - Geleistete Vermögenstransfers	57,2	13,4	33,4	10,5	5,4
29 + Empfangene Vermögenstransfers	53,1	27,7	10,1	15,4	9,6
30 - Bruttoinvestitionen	668,0	380,5	70,5	217,0	-
31 + Abschreibungen	594,4	341,1	74,8	178,6	-
32 - Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-2,3	-1,8	-1,4	0,8	2,3
33 = Finanzierungssaldo	268,2	77,0	33,4	157,8	-268,2
Nachrichtlich:					
34 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 788,8	150,5	713,1	1 925,2	-270,0
35 - Geleistete soziale Sachtransfers	435,0	-	435,0	-	-
36 + Empfangene soziale Sachtransfers	435,0	-	-	435,0	-
37 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 788,8	150,5	278,1	2 360,2	-270,0
38 - Konsum ²	2 445,2	-	227,1	2 218,1	-
39 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-50,0	-	50,0	-
40 = Sparen	343,6	100,5	51,0	192,1	-270,0

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

HAUPTAGGREGATE DER SEKTOREN

Jahresergebnisse 2019

Milliarden Euro

Gegenstand der Nachweisung		Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
3	Bruttowertschöpfung	3 146,0	2 131,1	331,0	683,9	-
4	- Abschreibungen	615,1	352,5	77,4	185,1	-
5	= Nettowertschöpfung ¹	2 530,9	1 778,5	253,5	498,8	-262,9
6	- Geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 784,2	1 278,9	259,9	245,4	16,0
7	- Geleistete sonstige Produktionsabgaben	23,7	13,9	0,2	9,6	-
8	+ Empfangene sonstige Subventionen	26,8	25,3	0,2	1,4	-
9	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	749,8	510,9	-6,3	245,2	-278,9
10	+ Empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 786,1	-	-	1 786,1	14,1
11	- Geleistete Subventionen	29,3	-	29,3	-	5,3
12	+ Empfangene Produktions- und Importabgaben	363,3	-	363,3	-	6,2
13	- Geleistete Vermögenseinkommen	691,9	628,4	39,1	24,4	172,4
14	+ Empfangene Vermögenseinkommen	750,4	320,7	17,8	411,9	114,0
15	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 928,5	203,3	306,4	2 418,8	-322,4
16	- Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	447,5	98,1	-	349,4	10,5
17	+ Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	457,5	-	457,5	-	0,5
18	- Geleistete Sozialbeiträge	718,8	-	-	718,8	5,3
19	+ Empfangene Sozialbeiträge	720,1	132,3	587,0	0,8	4,0
20	- Geleistete monetäre Sozialleistungen	609,5	69,3	539,4	0,8	0,5
21	+ Empfangene monetäre Sozialleistungen	601,9	-	-	601,9	8,1
22	- Geleistete sonstige laufende Transfers	357,8	182,9	90,9	84,0	60,8
23	+ Empfangene sonstige laufende Transfers	308,6	172,2	21,7	114,7	110,0
24	= Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 883,0	157,4	742,4	1 983,1	-276,9
25	- Konsumausgaben	2 523,2	-	687,2	1 836,0	-
26	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-50,4	-	50,4	-
27	= Sparen	359,8	106,9	55,3	197,6	-276,9
28	- Geleistete Vermögenstransfers	58,8	13,7	34,5	10,7	5,5
29	+ Empfangene Vermögenstransfers	54,8	29,3	10,2	15,4	9,6
30	- Bruttoinvestitionen	698,0	396,0	73,3	228,7	-
31	+ Abschreibungen	615,1	352,5	77,4	185,1	-
32	- Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-2,3	-1,8	-1,4	0,8	2,3
33	= Finanzierungssaldo	275,1	80,8	36,4	157,9	-275,1
Nachrichtlich:						
34	Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 883,0	157,4	742,4	1 983,1	-276,9
35	- Geleistete soziale Sachtransfers	454,6	-	454,6	-	-
36	+ Empfangene soziale Sachtransfers	454,6	-	-	454,6	-
37	= Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 883,0	157,4	287,8	2 437,8	-276,9
38	- Konsum ²	2 523,2	-	232,5	2 290,6	-
39	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	- 50,4	-	50,4	-
40	= Sparen	359,8	106,9	55,3	197,6	-276,9

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d.h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2017 bis 2019

	2017	2018	2019	2017		2018		2019	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts									
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Erwerbstätige	1,5	0,8	0,6	1,5	1,4	1,0	0,7	0,6	0,5
Arbeitszeit, arbeitstächlich	0,9	0,3	0,1	-0,1	1,8	0,4	0,3	0,6	-0,4
Arbeitstage	-1,2	-0,3	0,0	0,0	-2,3	-0,5	-0,1	-0,8	0,8
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	1,2	0,9	0,7	1,4	0,9	0,9	0,9	0,4	0,9
Produktivität¹	0,7	1,0	1,0	0,6	0,9	0,9	1,0	1,1	0,9
Reales Bruttoinlandsprodukt	1,9	1,9	1,6	2,0	1,8	1,8	1,9	1,5	1,8
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen									
a) Milliarden Euro									
Konsumausgaben	2371,3	2445,2	2523,2	1156,5	1214,7	1193,1	1252,2	1228,5	1294,6
Private Haushalte²	1732,7	1783,1	1836,0	846,2	886,5	870,8	912,4	894,6	941,4
Staat	638,6	662,1	687,2	310,4	328,2	322,3	339,8	334,0	353,2
Anlageinvestitionen	662,1	695,3	725,3	319,7	342,3	334,8	360,4	349,9	375,4
Ausrüstungen	210,4	220,7	229,1	100,5	109,9	104,9	115,8	108,8	120,3
Bauten	326,1	343,2	359,7	157,9	168,1	165,8	177,4	174,3	185,4
Sonstige Anlageinvestitionen	125,6	131,4	136,5	61,3	64,3	64,2	67,2	66,8	69,7
Vorratsveränderung³	-27,1	-27,3	-27,3	-5,4	-21,6	-4,8	-22,4	-6,1	-21,3
Inländische Verwendung	3006,3	3113,2	3221,2	1470,9	1535,4	1523,1	1590,1	1572,4	1648,7
Außenbeitrag	244,7	256,1	262,9	128,1	116,6	135,8	120,3	139,0	123,9
Exporte	1527,8	1597,9	1673,5	759,6	768,1	791,8	806,1	827,2	846,4
Importe	1283,0	1341,9	1410,6	631,6	651,5	656,1	685,8	688,2	722,4
Bruttoinlandsprodukt	3251,0	3369,3	3484,1	1599,0	1652,0	1658,9	1710,4	1711,4	1772,7
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	3,6	3,1	3,2	3,5	3,6	3,2	3,1	3,0	3,4
Private Haushalte²	3,5	2,9	3,0	3,5	3,5	2,9	2,9	2,7	3,2
Staat	3,8	3,7	3,8	3,6	3,9	3,8	3,5	3,6	3,9
Anlageinvestitionen	5,1	5,0	4,3	4,8	5,3	4,7	5,3	4,5	4,2
Ausrüstungen	2,2	4,9	3,8	1,5	2,8	4,4	5,4	3,8	3,8
Bauten	7,1	5,2	4,8	7,1	7,1	5,0	5,5	5,1	4,5
Sonstige Anlageinvestitionen	5,0	4,6	3,9	4,9	5,1	4,6	4,5	4,2	3,7
Inländische Verwendung	3,9	3,6	3,5	4,0	3,8	3,6	3,6	3,2	3,7
Exporte	5,4	4,6	4,7	5,8	4,9	4,2	4,9	4,5	5,0
Importe	7,0	4,6	5,1	8,4	5,6	3,9	5,3	4,9	5,3
Bruttoinlandsprodukt	3,4	3,6	3,4	3,2	3,6	3,7	3,5	3,2	3,6
3. Verwendung des Inlandsprodukts, preisbereinigt									
a) Verkettete Volumina in Milliarden Euro									
Konsumausgaben	2157,2	2194,2	2226,4	1058,3	1098,8	1077,5	1116,8	1092,1	1134,2
Private Haushalte²	1595,1	1620,6	1641,0	780,9	814,2	794,2	826,4	803,0	838,0
Staat	561,7	573,2	584,8	277,2	284,5	283,0	290,2	288,8	296,0
Anlageinvestitionen	590,5	608,4	622,8	285,9	304,6	293,7	314,7	301,3	321,6
Ausrüstungen	203,5	212,7	219,9	96,7	106,8	100,6	112,1	104,0	115,9
Bauten	273,9	279,5	284,2	133,7	140,3	136,0	143,5	138,6	145,5
Sonstige Anlageinvestitionen	113,5	117,0	119,9	55,6	57,9	57,3	59,7	58,9	61,0
Inländische Verwendung	2712,0	2767,0	2813,7	1337,4	1374,6	1365,0	1402,0	1386,0	1427,7
Exporte	1446,6	1508,2	1568,7	718,9	727,6	748,5	759,7	776,6	792,1
Importe	1250,3	1313,3	1374,0	611,1	639,2	642,4	670,9	670,6	703,4
Bruttoinlandsprodukt	2908,9	2963,9	3012,0	1444,8	1464,2	1471,3	1492,6	1492,9	1519,1
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Konsumausgaben	1,8	1,7	1,5	1,7	1,9	1,8	1,6	1,4	1,6
Private Haushalte²	1,8	1,6	1,3	1,7	1,9	1,7	1,5	1,1	1,4
Staat	1,7	2,0	2,0	1,6	1,8	2,1	2,0	2,0	2,0
Anlageinvestitionen	3,2	3,0	2,4	3,1	3,3	2,7	3,3	2,6	2,2
Ausrüstungen	2,0	4,5	3,4	1,2	2,7	4,1	5,0	3,4	3,4
Bauten	3,8	2,0	1,7	4,1	3,5	1,7	2,3	2,0	1,4
Sonstige Anlageinvestitionen	3,7	3,1	2,5	3,7	3,8	3,1	3,0	2,7	2,2
Inländische Verwendung	2,1	2,0	1,7	2,1	2,0	2,1	2,0	1,5	1,8
Exporte	3,7	4,3	4,0	3,9	3,5	4,1	4,4	3,8	4,3
Importe	4,5	5,0	4,6	4,6	4,4	5,1	4,9	4,4	4,8
Bruttoinlandsprodukt	1,9	1,9	1,6	2,0	1,8	1,8	1,9	1,5	1,8

Noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2017 bis 2019

	2017	2018	2019	2017		2018		2019	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010 = 100)									
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Private Konsumausgaben ²	1,6	1,3	1,7	1,7	1,5	1,2	1,4	1,6	1,8
Konsumausgaben des Staates	2,0	1,6	1,7	2,0	2,0	1,7	1,5	1,6	1,9
Anlageinvestitionen	1,9	1,9	1,9	1,7	2,0	1,9	1,9	1,9	1,9
Ausrüstungen	0,2	0,4	0,4	0,3	0,2	0,3	0,4	0,4	0,4
Bauten	3,2	3,2	3,1	2,9	3,4	3,2	3,1	3,1	3,1
Exporte	1,6	0,3	0,7	1,9	1,4	0,1	0,5	0,7	0,7
Importe	2,4	-0,4	0,5	3,7	1,2	-1,2	0,3	0,5	0,5
Bruttoinlandsprodukt	1,5	1,7	1,8	1,2	1,8	1,9	1,6	1,7	1,8
5. Einkommensentstehung und -verteilung									
a) Milliarden Euro									
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2262,9	2338,4	2418,8	1115,0	1147,9	1152,2	1186,1	1190,3	1228,5
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	300,1	310,5	322,4	144,9	155,2	150,0	160,5	156,1	166,3
Bruttolöhne und -gehälter	1365,8	1413,3	1463,7	652,5	713,3	675,7	737,6	699,4	764,3
Übrige Primäreinkommen ⁴	597,0	614,5	632,6	317,6	279,4	326,5	288,0	334,8	297,9
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	475,0	493,9	509,7	219,9	255,0	231,2	262,7	235,9	273,8
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2737,9	2832,3	2928,5	1334,9	1402,9	1383,4	1448,8	1426,2	1502,3
Abschreibungen	571,7	594,4	615,1	283,4	288,3	294,7	299,7	305,5	309,6
Bruttonationaleinkommen	3309,6	3426,7	3543,5	1618,4	1691,2	1678,1	1748,6	1731,7	1811,8
Nachrichtlich:									
Volkseinkommen	2419,4	2506,8	2594,4	1177,0	1242,4	1222,1	1284,7	1260,6	1333,9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	753,5	783,0	808,3	379,6	373,9	396,4	386,6	405,0	403,3
Arbeitnehmerentgelt	1665,9	1723,8	1786,1	797,4	868,5	825,7	898,1	855,5	930,6
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr									
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	3,9	3,3	3,4	4,1	3,8	3,3	3,3	3,3	3,6
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	3,9	3,5	3,8	3,7	4,1	3,6	3,4	4,0	3,6
Bruttolöhne und -gehälter	4,1	3,5	3,6	4,4	3,9	3,6	3,4	3,5	3,6
Übrige Primäreinkommen ⁴	3,5	2,9	2,9	3,7	3,3	2,8	3,1	2,5	3,4
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	1,5	4,0	3,2	-0,9	3,8	5,1	3,0	2,0	4,2
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3,5	3,4	3,4	3,2	3,8	3,6	3,3	3,1	3,7
Abschreibungen	3,5	4,0	3,5	3,3	3,7	4,0	4,0	3,6	3,3
Bruttonationaleinkommen	3,5	3,5	3,4	3,3	3,8	3,7	3,4	3,2	3,6
Nachrichtlich:									
Volkseinkommen	3,5	3,6	3,5	3,2	3,8	3,8	3,4	3,1	3,8
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	2,2	3,9	3,2	0,9	3,4	4,4	3,4	2,2	4,3
Arbeitnehmerentgelt	4,1	3,5	3,6	4,3	3,9	3,6	3,4	3,6	3,6
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte									
a) Milliarden Euro									
Masseneinkommen	1348,9	1390,8	1434,5	649,8	699,1	670,5	720,4	690,7	743,8
Nettolöhne- und -gehälter	902,1	932,3	962,0	427,0	475,1	441,6	490,7	454,9	507,1
Monetäre Sozialleistungen	567,1	583,5	601,9	282,5	284,6	290,8	292,7	300,0	301,9
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	120,3	124,9	129,4	59,7	60,6	61,9	63,0	64,2	65,2
Übrige Primäreinkommen ⁴	597,0	614,5	632,6	317,6	279,4	326,5	288,0	334,8	297,9
Sonstige Transfers (Saldo) ⁶	-76,2	-80,1	-84,0	-38,6	-37,6	-40,6	-39,5	-42,6	-41,4
Verfügbares Einkommen	1869,7	1925,2	1983,1	928,9	940,8	956,4	968,8	982,9	1000,2
Nachrichtlich:									
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	49,5	50,0	50,4	24,5	25,0	24,7	25,3	24,9	25,5
Konsumausgaben	1732,7	1783,1	1836,0	846,2	886,5	870,8	912,4	894,6	941,4
Sparen	186,6	192,1	197,6	107,2	79,4	110,4	81,7	113,3	84,3
Sparquote in Prozent ⁷	9,7	9,7	9,7	11,2	8,2	11,2	8,2	11,2	8,2
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr									
Masseneinkommen	3,8	3,1	3,1	4,1	3,6	3,2	3,0	3,0	3,3
Nettolöhne- und -gehälter	3,8	3,4	3,2	4,1	3,5	3,4	3,3	3,0	3,3
Monetäre Sozialleistungen	4,1	2,9	3,2	4,3	3,8	2,9	2,8	3,2	3,2
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	4,8	3,8	3,6	5,5	4,0	3,8	3,9	3,7	3,6
Übrige Primäreinkommen ⁴	3,5	2,9	2,9	3,7	3,3	2,8	3,1	2,5	3,4
Verfügbares Einkommen	3,6	3,0	3,0	3,7	3,5	3,0	3,0	2,8	3,2
Konsumausgaben	3,5	2,9	3,0	3,5	3,5	2,9	2,9	2,7	3,2
Sparen	3,8	2,9	2,9	5,0	2,3	3,0	2,9	2,6	3,2

1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. 2 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

4 Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); DIW Herbstgrundlinien 2017.

3 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

5 Einschließlich verbrauchsnahe Steuern.

Hochschulen: Weniger aussagekräftige Prüfungsnoten können Vorteile haben

Von Lilo Wagner

Prüfungsleistungen in vielen Hochschulfächern werden heutzutage fast ausschließlich mit den Noten „sehr gut“ oder „gut“ bewertet. Die Verbesserung der Prüfungsnoten wird als Noteninflation bezeichnet – ein Begriff, der in der Regel negativ konnotiert ist. Er kann aber auch als eine Entwicklung hin zu weniger ausdifferenzierten Benotungssystemen betrachtet werden. Die Ausgestaltung eines Benotungssystems beeinflusst Lernanreize von AbsolventInnen und legt fest, wie viele Informationen an Dritte, wie zum Beispiel ArbeitgeberInnen oder Hochschulen, weitergegeben werden. In der vorliegenden Modellstudie des DIW Berlin wird der Einfluss von Noten auf Lernanreize untersucht. Ein sehr fein ausgestaltetes Benotungssystem kann zu einem ineffizient hohen Lerneinsatz und in der Folge zu Frust und Krankheit führen, wenn Studierende bei ihrer Entscheidung, wie viel Lernaufwand zu leisten ist, einer weit verbreiteten Wahrnehmungsverzerrung entsprechend der Theorie der auffälligen Auszahlungen unterliegen. Obwohl die Weitergabe von Informationen wichtig ist, sollte bei der Ausgestaltung eines Benotungssystems auch das Wohlergehen der AbsolventInnen in Betracht gezogen werden, welches letztlich auch ArbeitgeberInnen zugutekommt. In diesem Sinne ist eine Noteninflation nicht notwendigerweise negativ zu bewerten.

An deutschen Hochschulen besteht eine Tendenz hin zu einer immer häufigeren Vergabe von guten Noten. So hat sich der Anteil der AbsolventInnen mit den Noten „gut“ oder „sehr gut“ von 70,2 Prozent im Jahr 2000 auf 79,4 Prozent im Jahr 2010 erhöht.¹ In einigen Fächern werden Prüfungsleistungen fast ausschließlich mit „gut“ oder „sehr gut“ bewertet (Abbildung 1). Diese Entwicklung, gemeinhin unter dem Begriff Noteninflation bekannt, wird für gewöhnlich negativ bewertet. Der Wissenschaftsrat betont, dass die Notenskala immer weniger ausgenutzt wird.² Damit gehe der Informationsgehalt der Noten verloren. Auch die Autoren einer breit angelegten Studie zur Noteninflation an deutschen Hochschulen bemängeln diese Tendenz hin zu einem weniger aussagekräftigen Benotungssystem, da sich „Noten irgendwann selbst ad absurdum“ führen würden.³

Andere hingegen monieren den herrschenden übersteigerten Fokus auf Noten, der Frust hervorrufen und Fähigkeiten unterdrücken kann. Studien belegen, dass Studierende, die anhand von Noten bewertet werden, dazu tendieren, das Interesse an ihrem Studienfach zu verlieren. Konsequenterweise wählen sie dann immer die leichtesten Aufgaben und nicht diejenigen, die ihrem Interesse entsprechen.⁴ Die Vorsitzende der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) sowie die Vorsitzende des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes (BLLV) plädieren deshalb für die vollständige Abschaffung von

¹ Wissenschaftsrat (2012 a): Arbeitsbericht Prüfungsnoten an Hochschulen im Prüfungsjahr 2010 (online verfügbar, abgerufen am 28. Juli 2017. Dies gilt auch für alle anderen Online-Quellen dieses Berichts, sofern nicht anders vermerkt).

² Wissenschaftsrat (2012 b): Wissenschaftspolitischer Kommentar des Wissenschaftsrates zum Arbeitsbericht Prüfungsnoten an Hochschulen im Prüfungsjahr 2010 (online verfügbar).

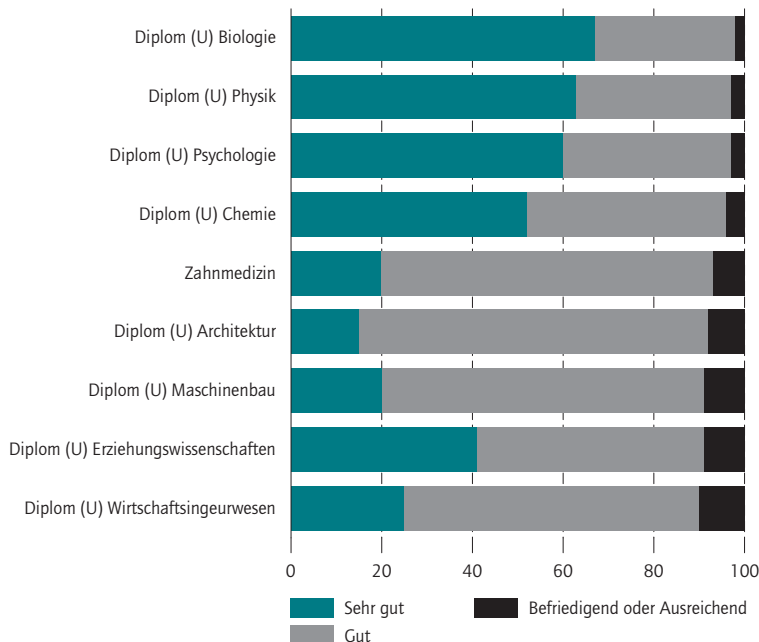
³ Pressemitteilung der Europa-Universität Flensburg vom 8. März 2017: Gerechtigkeit der Noten wird in Frage gestellt (online verfügbar).

⁴ Vgl. z. B. Hall P. Beck, Sherry Rorrer-Woody, Linda G. Pierce (1991): The relations of learning and grade orientations to academic performance. *Teaching of Psychology*, 18 (1), 35–37.

Abbildung 1

Notenverteilung für ausgewählte Studiengänge im Jahr 2010

In Prozent



Anmerkung: Der grüne Balken zeigt den Anteil der Abschlussnote „sehr gut“, der graue Balken den Anteil der Abschlussnote „gut“. Dargestellt sind Studiengänge, in denen mindestens 90 Prozent der Abschlüsse mit der Note „sehr gut“ oder „gut“ bewertet wurden. Die Notenverteilung bezieht sich nur auf abgeschlossene Studien.

Quelle: Wissenschaftsrat (2012 a): a. a. O.

© DIW Berlin 2017

In den dargestellten Studiengängen werden Studienabschlüsse fast ausschließlich mit „sehr gut“ oder „gut“ bewertet.

Prüfungsnoten und fordern, sie durch individuelle Lernentwicklungsgespräche zu ersetzen.⁵

Die Entscheidung, wie ein Benotungssystem ausgestaltet sein sollte, beeinflusst die Lernanreize Studierender. Die theoretische Forschung zeigt, dass weniger ausdifferenzierte Systeme Lernanreize steigern können, wenn Studierende lediglich an dem Rang in ihrer Klasse interessiert sind.⁶ Sind Studierende allerdings an dem Gehalt interessiert, welches sie später auf dem Arbeitsmarkt erwarten können, dann reduzieren sich Lernanreize, wenn Benotungssysteme weniger aussagekräftig

sind. Die vorliegende Modellstudie⁷ zeigt, dass eine geringere Aussagekraft nicht notwendigerweise negativ ist. Im Gegenteil: Ein wenig ausdifferenziertes Benotungssystem kann sich vorteilhaft auf das Wohlergehen von Studierenden auswirken, wenn hierdurch ein übersteigerter Fokus auf Noten abgeschwächt wird. Betrachtet man die Noteninflation als wenig ausdifferenziertes Benotungssystem, kann sie demnach auch positiv wirken. Dies kommt nicht nur den Studierenden, sondern auch zukünftigen ArbeitgeberInnen zugute, die von der Leistungsfähigkeit ihrer MitarbeiterInnen profitieren. Damit nimmt der vorliegende Artikel eine Position zwischen der Forderung nach einem sehr ausdifferenzierten Benotungssystem und der nach der Abschaffung von Prüfungsnoten ein.

Theoretisch ist ein vollständig ausdifferenziertes Benotungssystem die beste Lösung

Ist ein Benotungssystem wenig aussagekräftig, bilden ArbeitgeberInnen Erwartungen über den Leistungsstand von AbsolventInnen. Das erschwert die Abgrenzung zu anderen BewerberInnen und führt in der Folge zu einem verringerten Lernaufwand. Dies wiederum antizipieren Unternehmen, weshalb Gehälter in so einem Fall im Durchschnitt sinken, da von den AbsolventInnen weniger Produktivität erwartet wird.

Aus volkswirtschaftlicher Sicht ist also zunächst anzunehmen, dass ein möglichst ausdifferenziertes Benotungssystem die beste Lösung darstellt, da AbsolventInnen im Durchschnitt mehr verdienen. Zwar ist der Lernaufwand entsprechend höher, legen Studierende jedoch wenig Wert auf ein hohes Gehalt und möchten ihre Zeit lieber für andere (möglicherweise nicht gehaltsrelevante) Aktivitäten nutzen, so sollte sie auch ein ausdifferenziertes Benotungssystem nicht daran hindern. Anders ausgedrückt: Ein aussagekräftiges Benotungssystem ist fair, da AbsolventInnen nach ihrer Prüfungsleistung differenziert werden können.⁸ Somit entscheidet jede oder jeder für sich, welchen Aufwand sie oder er bereit ist, für ein hohes Gehalt in Kauf zu nehmen. Abhängigkeiten von den Leistungen anderer bestehen nicht.

⁵ Vgl. Berliner Zeitung (2017): Berichte als Alternative: Bildungsexperten möchten Schulnoten abschaffen. Veröffentlicht am 17. Februar 2017 (online verfügbar). Streng genommen sind auch diese Gespräche eine Art Note, wenn Informationen weitergegeben werden.

⁶ Pradeep Dubey, John Geanakoplos (2010): Grading exams: 100, 99, 98, ... or A, B, C? Games and Economic Behavior, 69 (1), 72–94.

⁷ Für Details zu den folgenden Darstellungen siehe Lilo Wagner (2015): Pass/Fail, A-F, or 0-100? Optimal Grading of Eager Students. DIW Discussion Paper Nr. 1445 (online verfügbar).

⁸ Natürlich sind Noten an sich nicht unbedingt fair im dem Sinne, dass Prüfungsleistungen immer korrekt den Leistungsstand von Studierenden abbilden können. Dies soll aber nicht Gegenstand dieses Beitrags sein.

Kasten 1

**Das Allais Paradoxon und seine Auflösung:
die Theorie der auffälligen Auszahlungen**

Die Erwartungsnutzentheorie besagt: Wird einer Lotterie eine gemeinsame Konsequenz hinzugefügt, sollte dies die Präferenzen eines Entscheiders nicht verändern (Unabhängigkeitsaxiom).

Die Wahl für eine der folgenden Lotterien sollte demnach unabhängig vom Wert von z sein, da z jeweils mit der gleichen Wahrscheinlichkeit auftritt:

$$L_1 = \begin{cases} \$2500 \text{ mit } 33\% \\ \$0 \text{ mit } 1\% \\ \$z \text{ mit } 66\% \end{cases} \quad \text{oder } L_2 = \begin{cases} \$2400 \text{ mit } 34\% \\ \$z \text{ mit } 66\% \end{cases}$$

Experimente widerlegen jedoch diese Annahme: Entspricht z einem Wert von 2400, wird Lotterie 2 relativ häufiger gewählt, als es der Fall ist, wenn z 0 entspricht. Die Theorie der auffälligen Auszahlungen (engl. Saliency Theory) bietet folgende Erklärung für diese Wahrnehmungsverzerrung an: Ist z 2400, so ist die Auszahlung \$0 in Lotterie 1 auffällig. Sie erscheint relativ wenig im Vergleich zur sicheren Auszahlung von \$2400 in Lotterie 2. Die höhere Auszahlung in Höhe von \$2500 (Lotterie 1) scheint dagegen nur ein kleiner Bonus zu sein. Weil die kleine Auszahlung \$0 auffällig (engl. salient) ist, wird ihre Wahrscheinlichkeit überbewertet. Ist z aber null, haben die Lotterien die Auszahlungen \$0 und \$2500 bzw. \$0 und \$2400. Die kleine Auszahlung ist im Vergleich nun weniger auffällig und wird entsprechend weniger stark gewichtet.

Auffällige Noten werden überbewertet

Sehr oft fällt es Menschen allerdings schwer, Kosten und Nutzen einer Entscheidung rational gegeneinander abzuwägen. Dies gilt besonders im Hinblick auf Risikopräferenzen. Das führt in der Folge zu inkonsistenten Verhaltensmustern. Konfrontiert mit der Wahl zwischen zwei Lotterien mit der gleichen erwarteten Auszahlung wählen ExperimentalteilnehmerInnen oft die sichere Lotterie, sind jedoch bereit, mehr für die riskan-

tere Lotterie zu zahlen.⁹ Ein anderes bekanntes Beispiel

ist das Allais Paradoxon¹⁰ (Kasten 1): Wird bei zwei Lotterien eine Auszahlung verändert, welche mit derselben Wahrscheinlichkeit auftritt, so ändern StudienteilnehmerInnen ihre Präferenz für eine der beiden Lotterien. Dieses irrationale Verhalten wird als Wahrnehmungsverzerrung bezeichnet.

Die Theorie der auffälligen Auszahlungen (engl. Saliency Theory)¹¹ ist in der Lage, derartige Ungereimtheiten zu erklären. Diese Theorie vertritt die Ansicht, dass Menschen sehr hohe und sehr niedrige Auszahlungen in Lotterien überbewerten.

Auch ein Benotungssystem kann als Wahl zwischen Lotterien verstanden werden. Dabei entsprechen die zu erwartenden Gehälter auf dem Arbeitsmarkt den möglichen Auszahlungen, die mit bestimmten Wahrscheinlichkeiten erreicht werden können – je nachdem, wie viel Lernaufwand betrieben wird. Das Niveau der Anstrengung entspricht der Entscheidung für eine Lotterie. Für die Wahl der Lotterie, die bessere Prüfungsergebnisse verspricht, fallen Kosten für den Lernaufwand an. Das können Opportunitätskosten sein, aber auch gesundheitliche Faktoren können Kosten beeinflussen. Kosten können auch als Fähigkeiten verstanden werden: Studierende, denen das Lernen leichter fällt, müssen nur wenig bezahlen für die gute Lotterie, während andere höhere Aufwendungen haben.

Studierende, die Noten, die mit besonders hohen oder besonders niedrigen Gehältern in Verbindung stehen, in den Lotterien zu hoch gewichten, unterliegen einer Wahrnehmungsverzerrung entsprechend der Theorie der auffälligen Auszahlungen. Die Chance auf einen hoch bezahlten Job wird also überbewertet, dasselbe gilt für das Risiko eines schlecht bezahlten Jobs. Studierenden erscheint der hoch bezahlte Job während des Studiums somit wichtiger als danach und umgekehrt büßt ein schlecht bezahlter Job im Nachhinein an Schrecken ein. Die Anpassung eines Benotungssystems, beispielsweise durch eine Noteninflation, verändert die auffälligen Auszahlungen. Wird lediglich zwischen „bestanden“ und „nicht bestanden“ unterschieden, verkleinert sich der Spielraum für Verzerrungen in den Gewichtungen.

Das vorgestellte Modell stilisiert Einsichten der pädagogischen Psychologie. Studierende, die keiner Wahrnehmungsverzerrung unterliegen, sind in der Lage, ihren

⁹ Sarah Lichtenstein und Paul Slovic (1971): Reversals of Preference between Bids and Choices in Gambling Decisions. *Journal of Experimental Psychology*, 89, 46–55.

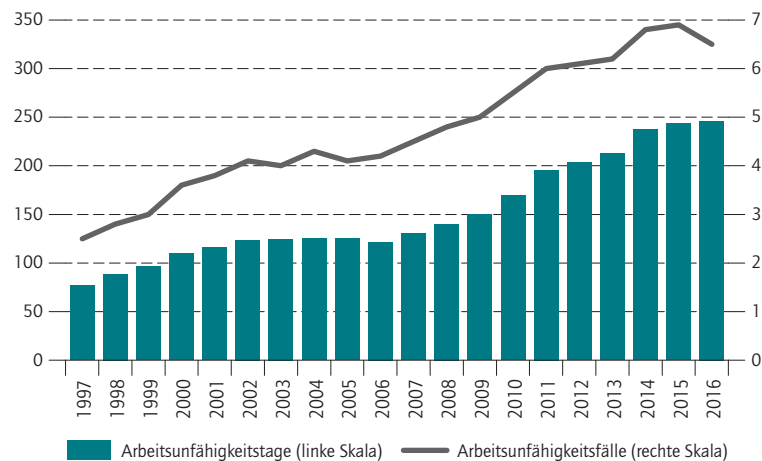
¹⁰ Maurice Allais (1953): Le comportement de l'homme rationnel devant le risque: critique des postulats et axiomes de l'école Américaine. *Econometrica*, 21 (4), 503–546.

¹¹ Pedro Bordalo, Nicola Gennaioli und Andrei Shleifer (2012): Saliency Theory of Choice under Risk. *The Quarterly Journal of Economics*, 127 (3), 1243–1285.

Abbildung 2

Arbeitsunfähigkeitstage und -fälle aufgrund psychischer Erkrankungen

Angabe pro hundert DAK-Versicherten



Quelle: DAK Gesundheitsreport (2017): 21 (online verfügbar).

© DIW Berlin 2017

Arbeitsunfähigkeitstage und -fälle sind kontinuierlich gestiegen.

Interessen zu folgen und in diesen Feldern ihre Kompetenzen auszubauen. Studierende, deren Fokus auf Noten jedoch stark ausgeprägt ist, vereinen sowohl Eigenschaften von extrinsisch motivierten leistungsorientierten (engl. performance approachers) als auch von fehlervermeidenden Typen (engl. failure avoiders).¹²

Ein Fokus auf Noten führt zu übersteigerten Lernanreizen

In einem sehr ausdifferenzierten Benotungssystem fallen sowohl sehr gute als auch sehr schlechte Noten deutlicher auf. Der Fokus auf sehr gute Noten lässt das damit verbundene zu erwartende Gehalt wahrscheinlicher erscheinen. Dies führt zu übersteigerten Lernanreizen. Zwar hat der Fokus auf sehr schlechte Noten den gegenteiligen Effekt, jedoch kann gezeigt werden, dass gute Noten im Verhältnis stärker überbewertet werden als schlechte.

¹² Vgl. z. B. Martin P. Covington (2000): Goal Theory, Motivation, and School Achievement: An Integrative Review. Annual Review of Psychology, 51, 171–200. Im Gegensatz zu den Theorien der pädagogischen Psychologie ist der Fokus in dem untersuchten Modell extern gegeben. PsychologInnen ziehen auch in Erwägung, dass sich Orientierungstypen mit extrinsischen Anreizen ändern können.

Ist das Benotungssystem sehr ausdifferenziert, betreiben angehende AbsolventInnen mit einer Wahrnehmungsverzerrung mehr Lernaufwand, als es das Kosten-Nutzen-Verhältnis rechtfertigt. Ein Zuviel an Anstrengung kann jedoch zu Frust und Enttäuschung führen oder im Extremfall zu Krankheit. Auch hätte die investierte Zeit anders genutzt werden können, beispielsweise für Aktivitäten oder Studien, die den eigenen Fähigkeiten oder Interessen besser entsprechen.

Die Vergrößerung eines Benotungssystems kann eingesetzt werden, um einem solchen Fokus auf Noten entgegenzuwirken. Eine weniger detaillierte Offenlegung von Prüfungsergebnissen schmälert Lernanreize. Im Allgemeinen sollte ein Benotungssystem weniger ausdifferenziert werden, wenn Studierende einer Hochschule stärker von dieser Wahrnehmungsverzerrung betroffen sind. Das Modell kann zeigen, dass eine Ausbalancierung übersteigerten Lernanreizes immer möglich ist. Eine Abschaffung von Noten wird von diesen Überlegungen allerdings nicht unterstützt, da Leistungsanreize dann vollständig entfallen würden.

Der übersteigerte Fokus auf Noten verursacht volkswirtschaftliche Kosten

Die Umstellung des universitären Systems auf Bachelor- und Masterstudiengänge wird oft mit einem überhöhten Leistungsdruck in Verbindung gebracht. Studierende zeigen vermehrt Überlastungssymptome und kehren nicht selten nach Abschluss des Studiums den eigentlichen Studienzielen den Rücken, um sich neu zu orientieren. Das vorgestellte Modell bietet eine Erklärung für ein solches Verhalten und ordnet es bekannten psychologischen Widersprüchen zu. Wird die Bologna-Reform dem Modell entsprechend als eine Erhöhung des übersteigerten Fokus auf Noten interpretiert, würde dies eine zunehmende Noteninflation rechtfertigen.

Auch andere Beobachtungen deuten auf einen zu hohen Lernaufwand während des Studiums hin. Eine Erschöpfung, die bereits zu Beginn einer beruflichen Laufbahn einsetzt, bedingt hohe Ausfallzeiten. Dies hat nicht nur Folgen für das persönliche Wohlergehen der AbsolventInnen, sondern verursacht auch Kosten für ArbeitgeberInnen und belastet zusätzlich das Gesundheitssystem.

Entfällt der Fokus auf Noten mit Abschluss des Studiums, können Frust und Enttäuschung über entgangene Freizeitmöglichkeiten die Folge sein und zu einer geringen Arbeitsmotivation führen. Auch können entgangene Studienmöglichkeiten Enttäuschungen hervorrufen: Extrinsisch motivierte Studierende könnten Noten und folglich zu erwartende Gehälter eher überbewerten und damit im Nachhinein das Beibehalten ihres Studi-

Kasten 2

Grenzen des Modells

Das Modell nimmt nicht für sich in Anspruch, die gesamte Komplexität des Marktes abzubilden, sondern weist auch Grenzen auf:

1. Benotungssysteme dienen auch der Information Dritter. Möglicherweise ist es für sie wichtig, detailliert über den genauen Leistungsstand der AbsolventInnen informiert zu sein. Wenn Dritte zusätzliche Tests einführen, um den genauen Leistungsstand abzurufen, entstehen zusätzliche Kosten. Steht, davon abgesehen, nur eine bestimmte Anzahl an Studien- oder Arbeitsplätzen zur Verfügung, wird der Rang wichtig. Ineffizienzen entstehen dann durch fehlerhafte Zuordnungen, da AbsolventInnen sich nicht mehr so gut unterscheiden.
2. Differenzierungen können auf andere Ebenen verlagert werden. AbsolventInnen unterscheiden sich nicht nur über Noten, sondern auch über Praktika und Auslandsaufenthalte.
3. Praktische Probleme werden ausgeblendet. So wird Transparenz über die Notenvergabe vorausgesetzt. Dies impliziert, dass objektive Qualitätsmaßstäbe existieren müssen, anhand derer Leistungen hochschulübergreifend vergleichbar gemacht werden können. Dies ist in der Praxis kaum sicherzustellen, da oftmals Leistungen anderer Studierender oder anderer Fächer derselben Hochschule als Bezugspunkt dienen.¹

¹ Wissenschaftsrat (2012 b): a. a. O.

enfalls bedauern, da die Wahrnehmungsverzerrung sie davon abgehalten hat, das Studienfach zu wechseln.

Schlussfolgerungen

Wie die vorgestellte Modellstudie zeigt, kann sich ein wenig ausdifferenziertes Benotungssystem positiv auf das Wohlergehen von Studierenden auswirken. Gerade in Hinblick auf die Umstellungen im Rahmen des Bologna-Prozesses, der häufig mit einem erhöhten Leistungsdruck in Verbindung gebracht wird, hat die Noteninflation daher auch Vorteile. Diese Vorteile bieten sich nicht nur den Studierenden selbst, auch zukünftige ArbeitgeberInnen und Krankenkassen profitieren von deren Gesundheit und Motivation.

Nicht unterstützt vom diskutierten Modell werden hingegen Rufe nach einer vollständigen Abschaffung von Prüfungsnoten, da Leistungsanreize in diesem Fall vollständig entfallen würden. Insofern werden auch die positiven Aspekte der Noteninflation relativiert, da sie auf lange Sicht einer solchen Abschaffung gleichkommt. Zudem führt nicht jede Art der Vergrößerung eines Benotungssystems automatisch zu einer verbesserten Situation, vielmehr sollte einem übersteigerten Fokus auf Noten zielgerichtet entgegengewirkt werden.

Auch soll nicht unterschlagen werden, dass Differenzierungen möglicherweise auf andere Ebenen verlagert werden, zum Beispiel auf Praktika oder Auslandsaufenthalte, sodass sich das Problem lediglich verschiebt. Dementsprechend besitzt eine Noteninflation im Rahmen des vorgestellten Modells sowohl Vor- als auch Nachteile.

Lilo Wagner ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Wettbewerb und Verbraucher am DIW Berlin | lwagner@diw.de

JEL: D83, D81, I21

Keywords: optimal grading, effort incentives, salience theory, education

Erratum zum DIW Wochenbericht Nr. 35/2017

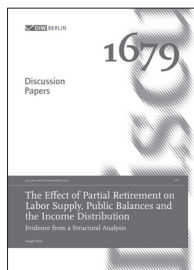
Im Bericht „Einkommen, soziale Netzwerke, Lebenszufriedenheit: Lesben, Schwule und Bisexuelle in Deutschland“ ist ein Fehler unterlaufen. Der Bruttostundenlohn von homo- und bisexuellen Männern wurde auf Seite 694 falsch ausgewiesen. Die elektronische Fassung des Artikels wurde korrigiert.

Die korrigierte Version des entsprechenden Absatzes lautet:

„Sexuality Pay Gap“ bei Männern

Homo- und Bisexuelle wurden auch mit Heterosexuellen hinsichtlich ihrer Brutto-Stundenlöhne (gemessen an den tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden) verglichen (Tabelle 7). Auffällig ist der deutlich höhere Stundenlohn heterosexueller Männer (mittlerer Stundenlohn von 18,14 Euro) gegenüber sowohl heterosexuellen Frauen (14,40 Euro), homosexuellen Frauen (16,44 Euro) als auch homosexuellen Männern (16 Euro). Diese Differenzen bleiben auch bei statistischer Berücksichtigung von Unterschieden in Qualifikationen, Stellung im Beruf, Berufserfahrung, Arbeitszeitmodellen und Branchen bestehen. Die Differenz bei Männern steigt sogar auf 2,64 Euro, wenn die höhere Schulbildung homo- und bisexueller Befragter berücksichtigt wird. Stundenlöhne homosexueller Frauen unterscheiden sich in statistisch signifikanter Weise weder von den Stundenlöhnen homosexueller Männer noch heterosexueller Frauen.

Discussion Papers Nr. 1679
2017 | Songül Tolan



The Effect of Partial Retirement on Labor Supply, Public Balances and the Income Distribution: Evidence from a Structural Analysis

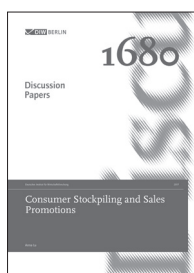
This paper develops a structural dynamic retirement model to investigate effects and corresponding underlying mechanisms of a partial retirement program on labor supply, fiscal balances, and the pension income distribution. The structural approach allows for disentangling the two counteracting mechanisms that drive the employment effects of partial retirement: 1) the crowding-out from full-time employment, and 2) the movement from early retirement or unemployment to partial retirement. It also allows for investigating the role of financial compensations in a partial retirement program. Based on a unique German administrative

dataset, I perform counterfactual policy simulations that analyze the role of partial retirement combined with financial subsidies and an increased normal retirement age. The results show that partial retirement extends working lives but reduces the overall employment volume. The fiscal consequences of partial retirement are negative but substantially less so when wages and pensions in partial retirement remain uncompensated. Partial retirement decreases inequality in pension income and provides a way to smooth consumption especially for retirees in lower income deciles in the context of an increased normal retirement age.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



Discussion Papers Nr. 1680
2017 | Anna Lu



Consumer Stockpiling and Sales Promotions

In retailing markets of storable goods, consumer behavior is typically characterized by stockpiling. While existing research has developed rich models for such strategic consumer behavior, little is known about how sellers should ideally respond to it. In this paper, we provide insights into how frequency and depth of promotions affect consumer purchases and seller revenues in the long run. We show an application to the U.S. market for laundry detergent. We use estimates from a structural dynamic demand model to simulate different pricing policies and find that in the detergent market, an increase in promotion depth is more effective than a change in promotion length. Our results suggest that this finding can be translated to markets with a

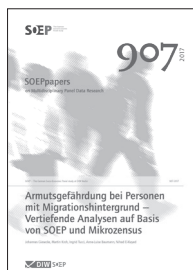
large heterogeneity in storage costs and steady consumption rates.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere



SOEP Papers Nr. 907

2017 | Johannes Giesecke, Martin Kroh, Ingrid Tucci, Anne-Luise Baumann, Nihad El-Kayed



Armutsgefährdung bei Personen mit Migrationshintergrund – vertiefende Analysen auf Basis von SOEP und Mikrozensus

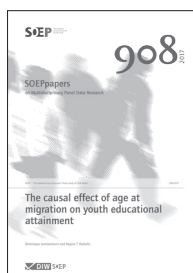
Die Armutsgefährdungsquote von Menschen mit Migrationshintergrund liegt im Zeitraum 1995 bis 2015 deutlich über der von Personen ohne Migrationshintergrund. Im Berichtsjahr 2013 ist sie mit 26 % mehr doppelt so hoch wie die von Personen ohne Migrationshintergrund mit 12%.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



SOEP Papers Nr. 908

2017 | Dominique Lemmermann, Regina T. Riphahn



The Causal Effect of Age at Migration on Youth Educational Attainment

We investigate the causal effect of age at migration on subsequent educational attainment in the destination country. To identify the causal effect we compare the educational attainment of siblings at age 21, exploiting the fact that they typically migrate at different ages within a given family. We consider several education outcomes conditional on family fixed effects. We take advantage of long running and detailed data from the German Socio-Economic Panel, which entails an oversample of immigrants and provides information on language skills. We find significant effects of age at migration on educational attainment and a critical age of

migration around age 6. The educational attainment of female immigrants responds more strongly to a high age at immigration than that of males. Also, language skills do not appear to be central for the causal connection between age at migration and educational attainment.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



DIW aktuell Nr. 2
2017 | Claus Michelsen



Erwerb von Wohneigentum: Eigenkapitalschwelle für immer mehr Haushalte zu hoch

Niedrige Zinsen, ordentliche Einkommenssteigerungen und immer höhere Mieten, trotz Mietpreisbremse: Selten zuvor, könnte man meinen, hat es sich mehr gelohnt, eine Eigentumswohnung oder ein Eigenheim zu kaufen. Zahlreiche Berechnungen zeigen, dass es unter dem Strich günstiger wäre, als ein Leben lang zur Miete zu wohnen. Andere Studien ergeben, dass HauseigentümerInnen im Alter deutlich vermögender sind. Doch richtige Euphorie scheint nicht aufzukommen: Noch immer ist Deutschland ein Land der MieterInnen. Der Anteil derer, die Wohneigentum besitzen, ist nach wie vor vergleichsweise niedrig, vor allem in jüngeren Generationen. Was spricht dagegen, sich den Traum von den eigenen vier Wänden zu erfüllen und damit auch für das Alter vorzusorgen? Wo liegen die Hürden, die scheinbar nicht allzu leicht zu überwinden sind? Die vorliegende Analyse zeigt auch, dass die Vorschläge der Parteien in den Bundestagswahlprogrammen zu unkonkret und wenig zielgenau sind, um deutlich mehr Familien den Weg ins Eigenheim zu ebnen. Eine praktikablere und kostengünstigere Alternative wären sogenannte Nachrangdarlehen, die der Staat über die KfW Bankengruppe vergeben könnte.

www.diw.de/publikationen/diwaktuell



DIW aktuell Nr. 1
2017 | Hermann Buslei, Johannes Geyer und Peter Haan



Grundsicherung im Alter: Neuer Freibetrag macht private Vorsorge für GeringverdienerInnen attraktiver

Das Thema Altersarmut spielt auch im Bundestagswahlkampf 2017 eine große Rolle. Langfristig die beste Lösung, um Altersarmut zu vermeiden, wären höhere Löhne durch eine höhere Produktivität. Doch auch das Rentensystem selbst bietet Ansatzpunkte, vor allem kurz- und mittelfristig. Einige Reformvorschläge sehen Verbesserungen für Personen vor, die über Jahrzehnte in die Rentenkasse eingezahlt haben und wegen niedriger Löhne im Alter auf Grundsicherung angewiesen sind. Angesichts des sinkenden Rentenniveaus könnte dieses Risiko künftig für Personen im Niedriglohnbereich steigen. Wie hoch muss das Lohneinkommen während des Berufslebens in etwa sein, um künftig von der Rente leben zu können, wenn man beispielsweise im Jahr 1970 geboren wurde? Welchen Beitrag kann die Riesterrente leisten? Und was ändert sich durch die neue Freibetragsregelung, nach der ein Teil der privaten Ersparnisse nicht mehr auf die Grundsicherung angerechnet wird? Erfahrungen mit den neuen Freibetragsregeln sollten zu einer Neubewertung der Anrechnung weiterer Altersseinkünfte, insbesondere aus der gesetzlichen Rentenversicherung, genutzt werden.

www.diw.de/publikationen/diwaktuell





Prof. Dr. C. Katharina Spieß ist Leiterin der Abteilung Bildung und Familie am DIW Berlin
Der Beitrag gibt die Meinung der Autorin wieder.

Kindertagesbetreuung: Mehr finanzielles Engagement des Bundes gefragt

Es ist Wahlkampf – und die Parteien streiten auch um die Kindertagesbetreuung. Das ist erfreulich, denn früher spielte das Thema im Vorfeld von Bundestagswahlen keine große Rolle, da für die Kindertagesbetreuung primär die Länder und Kommunen zuständig sind. Doch es ist an der Zeit, dem Thema noch viel mehr Bedeutung beizumessen.

Derzeit unterscheiden sich Kinderbetreuungsangebote und auch deren Qualität regional extrem stark. Das verwundert nicht, denn nach wie vor schultern Städte, Gemeinden und Länder trotz Bundeszuschüssen, etwa für den Kita-Ausbau, die Hauptlast der Kosten. Und um die Finanzkraft dieser Kommunen und Länder ist es unterschiedlich gut (beziehungsweise schlecht) bestellt. Das gilt sowohl mit Blick auf die Zahl der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren als auch mit Blick auf ganztägige Betreuungsangebote für Kinder im Kindergarten- und Grundschulalter. Nach wie vor entscheidet also maßgeblich die Finanzkraft und politische Prioritätensetzung der Gemeinden und Bundesländer darüber, welche Angebote der frühen Bildung und Betreuung Kindern und ihren Familien in welcher Qualität zur Verfügung stehen. Ist das gerechtfertigt? Eindeutige Antwort: Nein, denn es ist unter dem Gesichtspunkt der Förderung aller Bildungspotentiale und einer größeren Bildungsgerechtigkeit mehr als problematisch, wenn die Betreuungsqualität und damit auch die Qualität der frühkindlichen Bildung vom Wohnort abhängen. Sollte sich der Bund deshalb nicht viel stärker engagieren (können)? Eindeutige Antwort: Ja!

Denn Fakt ist: Der Bund profitiert enorm von einer umfangreichen und qualitativ hochwertigen Kindertagesbetreuung, schließlich handelt es sich dabei um Investitionen in unser aller Zukunft. Werden Kinder frühzeitig gefördert, gibt es später weniger Nachholbedarf und die Bildungsausgaben können unter dem Strich sinken. Erreichen die Kinder im Laufe ihres Lebens höhere Bildungsabschlüsse und sind seltener arbeitslos, steigen die Einkommensteuer- und auch die Sozialversicherungseinnahmen. Auch kurzfristig gibt es positive Effekte: Ein Kita-Angebot, das es beiden Eltern

ermöglicht, Beruf und Familie zu vereinbaren, kann die Einnahmen aus Einkommensteuer und Sozialversicherungsbeiträgen ebenfalls erhöhen, während die Ausgaben für soziale Fürsorge sinken.

Entsprechend sollte der Bund stärker in die Finanzierung von Kindertageseinrichtungen einsteigen. Das Grundgesetz bietet dafür allerdings nicht viele Spielräume, denn die Zuständigkeit für die Kinderbetreuung fällt in den Bereich der Kommunen und Länder. Doch was im Hochschulbereich geschaffen wurde, sollte auch bei der frühen Bildung und Betreuung möglich sein: Kooperationsmöglichkeiten der beteiligten Akteure und damit eine Lockerung des Kooperationsverbots, ein Neuzuschnitt der Verantwortlichkeiten und somit mehr Verbindlichkeit. Kommt es dazu in absehbarer Zeit nicht, wären Staatsverträge zwischen Bund und Ländern eine gute Alternative. Die bisherigen Verwaltungsabkommen alleine sind jedenfalls nicht ausreichend. Verträge, denen der Deutsche Bundestag und die 16 Länderparlamente zustimmen, hätten ein deutlich höheres Maß an Verbindlichkeit.

Die Bund-Länder-Konferenzen zur Weiterentwicklung der Qualität im Kita-Bereich sollten fortgeführt und in diesem Rahmen konkret über ein Geldleistungsgesetz diskutiert werden: Ähnlich wie der Bund über das Bafög ein Hochschulstudium fördert, könnte er auch zweckgebunden und adressatengerecht die Bildung und Betreuung in qualitativ hochwertigen Kindertageseinrichtungen fördern. Auch wenn die deutsche Finanzverfassung einer solchen Bundesbeteiligung enge Grenzen setzt, sollte sie doch im Sinne einer effizienten und effektiven Förderungsmöglichkeit von Kindern ausgelegt oder eben verändert werden. Ein lohnender Transfer wäre es allemal, zumal die Zielgenauigkeit erhöht würde: Gruppen, die von guten Bildungs- und Betreuungsmöglichkeiten besonders profitieren, könnten zusätzlich gefördert werden.

Eine längere Version dieses Kommentars ist am 28. August 2017 in der Frankfurter Rundschau erschienen.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e. V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
84. Jahrgang

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Johanna Mollerstrom, Ph.D.
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Redaktion

Renate Bogdanovic
Dr. Franziska Bremus
Claudia Cohnen-Beck
Prof. Dr. Christian Dreger
Sebastian Kollmann
Markus Reiniger
Mathilde Richter
Dr. Alexander Zerrahn

Lektorat

Karl Brenke
Dr. Frauke Peter

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304
ISSN 1860-8787 (Online)

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.